



Armut und soziale Ausgrenzung 2008 bis 2016

Entwicklung von Indikatoren und aktuelle Ergebnisse zur Vererbung von Teilhabechancen in Österreich

Studie der Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und
Konsumentenschutz zu Vertrag **BMASK-57161/0005-V/B/4/2017**



Wien, September 2017

IMPRESSUM

Erstellt von:

Bundesanstalt Statistik Österreich (Statistik Austria)
Guglgasse 13
1110 Wien

Auskünfte:

Schriftliche oder telefonische Anfragen zum Inhalt bei Statistik Austria, Allgemeiner Auskunftsdienst:

Guglgasse 13, 1110 Wien
Tel.: +43 (1) 711 28 – 7070
Fax: +43 (1) 715 68 28
E-mail: info@statistik.gv.at

Verantwortlich für den Inhalt:

Nadja Lamei und Matthias Till (Projektleitung), Thomas Glaser, Richard Heuberger, Susanne Göttlinger.

Die Publikation und die darin enthaltenen Daten sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind der Bundesanstalt Statistik Österreich (Statistik Austria) vorbehalten.

Es ist gestattet, die Inhalte zu vervielfältigen, verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen und sie zu nicht kommerziellen Zwecken zu bearbeiten. Für eine kommerzielle Nutzung ist vorab die schriftliche Zustimmung von Statistik Austria einzuholen. Eine zulässige Weiterverwendung jedweder Art ist jedenfalls nur bei richtiger Wiedergabe und mit korrekter Quellenangabe „STATISTIK AUSTRIA“ gestattet. Bei auszugsweiser Verwendung, Darstellung von Teilen oder sonstiger Veränderung an von STATISTIK AUSTRIA veröffentlichten Tabellen ist an geeigneter Stelle ein Hinweis anzubringen, dass die verwendeten Daten bearbeitet wurden.

Die Bundesanstalt Statistik Österreich sowie alle Mitwirkenden an der Publikation haben deren Inhalte sorgfältig recherchiert und erstellt. Fehler können dennoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Die Genannten übernehmen daher keine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte, insbesondere übernehmen sie keinerlei Haftung für eventuelle unmittelbare oder mittelbare Schäden, die durch die direkte oder indirekte Nutzung der angebotenen Inhalte entstehen.

Korrekturhinweise senden Sie bitte an silc@statistik.gv.at

INHALT

Verzeichnis der Tabellen.....	5
Verzeichnis der Grafiken.....	6
Zusammenfassung.....	9
1. Einleitung.....	11
2. Armutsentwicklung und Europa 2020-Strategie.....	13
3. Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich 2008 bis 2016.....	17
3.1 Lebensstandard.....	17
3.1.1 Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen.....	17
3.1.2 Nationale Einkommensarmutslücke.....	20
3.1.3 Manifeste Armut (Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung).....	22
3.1.4 Dauerhaft manifeste Armut (verfestigte Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung).....	24
3.1.5 Wiederholte Zahlungsprobleme.....	25
3.2 Wohnen.....	26
3.2.1 Wohnkostenüberbelastung.....	26
3.2.2 Überbelag.....	28
3.2.3 Sehr schlechter Wohnstandard.....	29
3.2.4 Belastung durch Wohnumgebung.....	30
3.2.5 Registrierte Wohnungslosigkeit.....	31
3.3 Erwerbsleben.....	33
3.3.1 Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit.....	33
3.3.2 Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle.....	35
3.3.3 Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns).....	37
3.3.4 Langzeitbeschäftigungslosigkeit.....	38
3.3.5 Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten.....	39
3.4 Bildungschancen.....	40
3.4.1 Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität.....	40
3.4.2 Bildungsaktivität.....	42
3.4.3 Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs).....	43
3.4.4 Besuch von vorschulischen Bildungseinrichtungen.....	45
3.5 Soziale Unterschiede bei Gesundheit.....	47
3.5.1 Mehrfache Gesundheitseinschränkungen.....	47
3.5.2 Soziale Lebenserwartungsdifferenzen.....	49
3.6 Alle Indikatoren im Überblick.....	51
3.6.1 Statistisch aussagekräftige Veränderungen.....	52
4. Chancenungleichheiten im Jahr 2016.....	57
4.1 Wohnen: Die Rolle von Ort und Dauer.....	57
4.1.1 Wohnkostenüberbelastung.....	57
4.1.2 Überbelag.....	59
4.1.3 Sehr schlechter Wohnstandard.....	61
4.1.4 Belastung durch die Wohnumgebung.....	62

4.2	Arbeit: Nur eine Frage der Bildung?	64
4.2.1	Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit	64
4.2.2	Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	67
4.2.3	Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	68
4.3	Bildung: Chancen werden früh verteilt	70
4.3.1	Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität	71
4.3.2	Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs)	74
4.3.3	Bildungsaktivität	75
4.4	Gesundheit: Soziale Faktoren auch im Alter	76
4.4.1	Mehrfache Gesundheitseinschränkungen	76
4.5	Lebensstandard: Folge ungleicher Chancen?	79
4.5.1	(Dauerhaft) manifeste Armut	79
4.5.2	Wiederholte Zahlungsprobleme	81
5.	Die „Vererbung“ von Armut und Ausgrenzung	83
5.1	Lebensstandard	86
5.1.1	Lebensstandard von Kindern	87
5.2	Wohnen	88
5.3	Erwerbsarbeit	88
5.4	Bildungschancen	91
5.5	Gesundheit	93
6.	Ausblick	95
7.	Methodischer Anhang	97
7.1	Glossar	97
7.2	Datengrundlage	98
7.2.1	Die Erhebung EU-SILC	98
7.2.2	Die Erfassung sozialer Mobilität	99
7.3	Boostrap-Fehlerrechnung	99
7.3.1	Clustering auf Wohnungsebene	100
7.3.2	Rotation	101
8.	Literatur	103

VERZEICHNIS DER TABELLEN

Tabelle 1: Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich 2008 bis 2016.....	51
Tabelle 2: Indikatoren zur Situation der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten.....	52
Tabelle 3: Signifikante Änderungen der Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung	53
Tabelle 4: Signifikante Änderungen von EU-SILC Indikatoren in ausgewählten Gruppen (2008-16).....	55
Tabelle 5: Signifikante Änderungen von EU-SILC Indikatoren in ausgewählten Gruppen (2015-16).....	56
Tabelle 6: Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich 2016 nach Bildung der Eltern.....	84
Tabelle 7: Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich 2016 nach Bildung der Eltern für 26- bis 40-Jährige.....	85

VERZEICHNIS DER GRAFIKEN

Grafik 1: Entwicklung des Europa 2020-Sozialziels in Österreich und der EU	13
Grafik 2: Entwicklung der Teilindikatoren des Europa 2020-Sozialziels in Österreich	14
Grafik 3: Veränderung des preisbereinigten Haushaltsmedianeinkommens gegenüber dem Vorjahr	18
Grafik 4: Nationale Einkommensarmutslücke 2008 bis 2016	20
Grafik 5: Manifeste Armut	22
Grafik 6: Dauerhaft manifeste Armut	24
Grafik 7: Wiederholte Zahlungsprobleme	25
Grafik 8: Wohnkostenüberbelastung	27
Grafik 9: Überbelag	28
Grafik 10: Sehr schlechter Wohnstandard	29
Grafik 11: Belastung durch die Wohnumgebung	30
Grafik 12: Registrierte Wohnungslose	31
Grafik 13: Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit	33
Grafik 14: Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	35
Grafik 15: Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	37
Grafik 16: Langzeitbeschäftigungslosigkeit	38
Grafik 17: Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten	39
Grafik 18: Anteil der Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss nach Bildungsstand der Eltern	41
Grafik 19: Bildungsaktivität	42
Grafik 20: Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit	43
Grafik 21: Besuch von vorschulischen Bildungseinrichtungen	45
Grafik 22: Mehrfache Gesundheitseinschränkungen	47
Grafik 23: Differenz der ferneren Lebenserwartung mit 35 Jahren zwischen Personen mit Hochschul- oder Pflichtschulabschluss (1981/82 bis 2011/12)	50
Grafik 24: Wohnkostenüberlastung und Wohnkostenanteil nach Ausgrenzungsgefährdung, Einkommensgruppe, Rechtsverhältnis und Gemeindegrößenklasse	58
Grafik 25: Überbelag nach Ausgrenzungsgefährdung, Einkommensgruppe, Rechtsverhältnis und Gemeindegrößenklasse	60
Grafik 26: Überbelag nach Ausgrenzungsgefährdung und Gemeindegrößenklasse	61

Grafik 27: Belastung durch die Wohnumgebung und Subindikatoren nach Einkommensgruppe	62
Grafik 28: Belastung durch die Wohnumgebung nach Rechtsverhältnis und Gemeindegrößenklasse	63
Grafik 29: Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit nach Einkommensgruppe, Bildung, Herkunft.....	65
Grafik 30: Indikatoren des Bereichs Erwerbsleben nach Einkommensgruppe, Bildung, Herkunft.....	69
Grafik 31: Bildungsabschlüsse nach Einkommensgruppe und Herkunft.....	71
Grafik 32: Schulbesuch von 10- bis 14-jährigen Kindern nach Einkommensgruppe	73
Grafik 33: Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) nach Einkommensgruppe, Bildung der Eltern und Herkunft	74
Grafik 34: Personen mit mehrfacher gesundheitlicher Einschränkung nach Geschlecht, Herkunft, Bildung und Einkommensgruppe.....	77
Grafik 35: Personen mit mehrfacher gesundheitlicher Einschränkung nach Bildung und Alter	78
Grafik 36: Manifeste Armut und dauerhaft manifeste Armut nach Haushaltstyp, Bildung, Herkunft.....	80
Grafik 37: Wiederholte Zahlungsrückstände nach Haushaltstyp, Bildung, Herkunft	82
Grafik 38: Lebensformen nach fünfjährigen Altersgruppen.....	85
Grafik 39: Nichtteilnahme an Freizeitaktivitäten bei Kindern nach Einkommensgruppe	87
Grafik 40: Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit nach Bildung der Eltern und eigener Bildung	89
Grafik 41: Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit nach Bildung der Eltern und Alter	90
Grafik 42: Indikatoren zum Erwerbsleben nach Bildung der Eltern und eigener Bildung.....	91
Grafik 43: Bildungsabschlüsse nach Bildung der Eltern und Geschlecht.....	92
Grafik 44: Personen mit mehrfacher gesundheitlicher Einschränkung nach Bildung der Eltern und Alter	93

ZUSAMMENFASSUNG

Europa 2020-Sozialziel: weniger Menschen sind armuts- oder ausgrenzungsgefährdet

Nach der Definition des Sozialziels der Europa 2020-Strategie waren im Jahr 2016 18,0% der Bevölkerung bzw. 1.542.000 Menschen in Österreich armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Sie waren armutsgefährdet (14,1% bzw. 1.208.000 Personen) oder erheblich materiell depriviert (3% bzw. 257.000 Personen) oder lebten in einem Haushalt ohne oder mit sehr niedriger Erwerbsintensität (8,1% bzw. 528.000 Personen unter 60 Jahren). 4,3% der Bevölkerung bzw. 366.000 Personen waren von mindestens zwei dieser Ausgrenzungsmerkmale betroffen. Seit 2008 – damals gab es 20,6% Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete – hat sich die Zahl der Betroffenen um 157.000 verringert.

Kaufkraftgewinne bei anhaltenden Problemen auf Arbeits- und Wohnungsmarkt

Ein erweiterter Katalog an Indikatoren zeichnet ein differenziertes Bild. Einerseits sind die realen Jahreseinkommen im Median um rund 1.000 Euro gestiegen, andererseits treten Probleme vor allem am Arbeitsmarkt und beim Wohnen gehäuft auf. Besonders alarmierend ist der Anstieg von Langzeitbeschäftigungslosigkeit sowie Wohnkostenüberbelastung und Wohnungslosigkeit.

Arme sterben früher

Zum Beispiel ist die Lebenserwartung eines 35-jährigen Mannes mit Hochschulabschluss um sieben Jahre länger als bei einem Mann ohne weiterführende Schulbildung. Auch Gesundheitsprobleme wie chronischer Krankheit, Behinderung oder allgemein sehr schlechter Gesundheitszustand sind vom sozialen Status abhängig.

Bildungschancen werden von den Eltern weitergegeben

Trotz rasant steigender Bildungsbeteiligung sind Bildungschancen weiterhin stark vom Elternhaus geprägt. Der Anteil der 25- bis 59-Jährigen ohne weiterführenden Schulabschluss liegt bei 6,1%, wenn zumindest ein Elternteil einen Abschluss einer weiterführenden Schule erreicht hat. Wenn die Eltern keinen weiterführenden Schulabschluss hatten, liegt diese „Pflichtschulquote“ hingegen bei 27,7%. Jedes fünfte Kind aus einer formal bildungsfernen Familie hat somit aufgrund der Herkunft beschränkte Bildungschancen.

Der soziale Hintergrund bestimmt den Lebensstandard

In armutsgefährdeten Haushalten haben 27% der Erwachsenen einen Pflichtschulabschluss, während dies bei hohem Einkommen auf praktisch niemand zutrifft. In allen untersuchten Lebensbereichen (Armut und Lebensstandard, Erwerbsleben, Gesundheit, Bildung, teilweise sogar beim Wohnen) zeigt sich, dass die Bildung der Eltern einen Einfluss hat. Oft entscheidet auch die Migrationsherkunft über Bildungs- und Berufskarrieren. Nur die Hälfte der innerhalb der letzten zehn Jahre aus dem nichteuropäischen Ausland zugezogenen Jugendlichen hat bisher einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gefunden. Die Folge sind

geringer Lebensstandard und eine Häufung bei Zahlungsproblemen. Die sozialen Teilhabe- und Zukunftschancen von Kindern sind wesentlich durch das Einkommen der Eltern bestimmt.

1. EINLEITUNG

Diese Veröffentlichung setzt die Berichterstattung über die Entwicklung zentraler Indikatoren für Armut und Ausgrenzung in Österreich seit dem Jahr 2008 fort. Für das Jahr 2016 wird dabei insbesondere der Zusammenhang von Lebensbedingungen und sozialer Herkunft untersucht.

Die Lebensbedingungen von Menschen sind in Österreich ungleich verteilt. Schlechte Wohnbedingungen, Einschränkungen bei Grundbedürfnissen, verringerte soziale Teilhabe sowie Gesundheitsprobleme stehen oft in Zusammenhang mit einem geringen Einkommen (vgl. Lamei et al. 2015b und 2017). Der familiäre Hintergrund kann dabei eine wichtige Rolle spielen (vgl. Altzinger et al. 2013).

Der Bericht folgt deshalb zwei zentralen Fragen. Wie haben sich die Teilhabemöglichkeiten in Österreich verändert? Wie sehr sind diese durch die soziale Herkunft vorbestimmt?

Die zweite Frage kann in diesem Bericht deshalb besonders angesprochen werden, weil seit dem Jahr 2014 in Österreich auch Fragen zur Bildung der Eltern in den EU-SILC Fragebogen aufgenommen wurden. Auf deren Grundlage werden in diesem Bericht zum ersten Mal Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung systematisch nach der Bildung der Eltern sowie dem Zuzugsjahr für nicht in Österreich Geborene analysiert.

Der folgende Abschnitt gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklung der EU-Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung für das Sozialziel der Europa 2020-Strategie. Im dritten Abschnitt wird die Entwicklung eines erweiterten Indikatorenkataloges für Österreich präsentiert. Die auch unter dem Begriff „nationale Eingliederungsindikatoren“ bekannten Kennzahlen beschreiben die Bereiche Lebensstandard, Arbeit, Wohnen, Bildung und Gesundheit. Der vierte Abschnitt zeigt detailliertere Ergebnisse für das Jahr 2016. Datengrundlage ist hier ausschließlich die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC).¹ Dabei wird insbesondere auf Chancenungleichheiten eingegangen. Der fünfte Abschnitt zeigt schließlich, wie sehr sich Chancenungleichheiten in Österreich über den Bildungshintergrund der Eltern zwischen den Generationen vererben. Ein Ausblick (Abschnitt 6) fasst die Einschränkungen der vorliegenden Arbeit zusammen und gibt Anregungen für weiterführende Forschung. Im methodischen Anhang werden die kapitelübergreifenden Gliederungsmerkmale definiert² sowie Hintergrundinformationen zu den Daten und zur Methodik gegeben.

¹ Siehe auch Abschnitt 7.2.

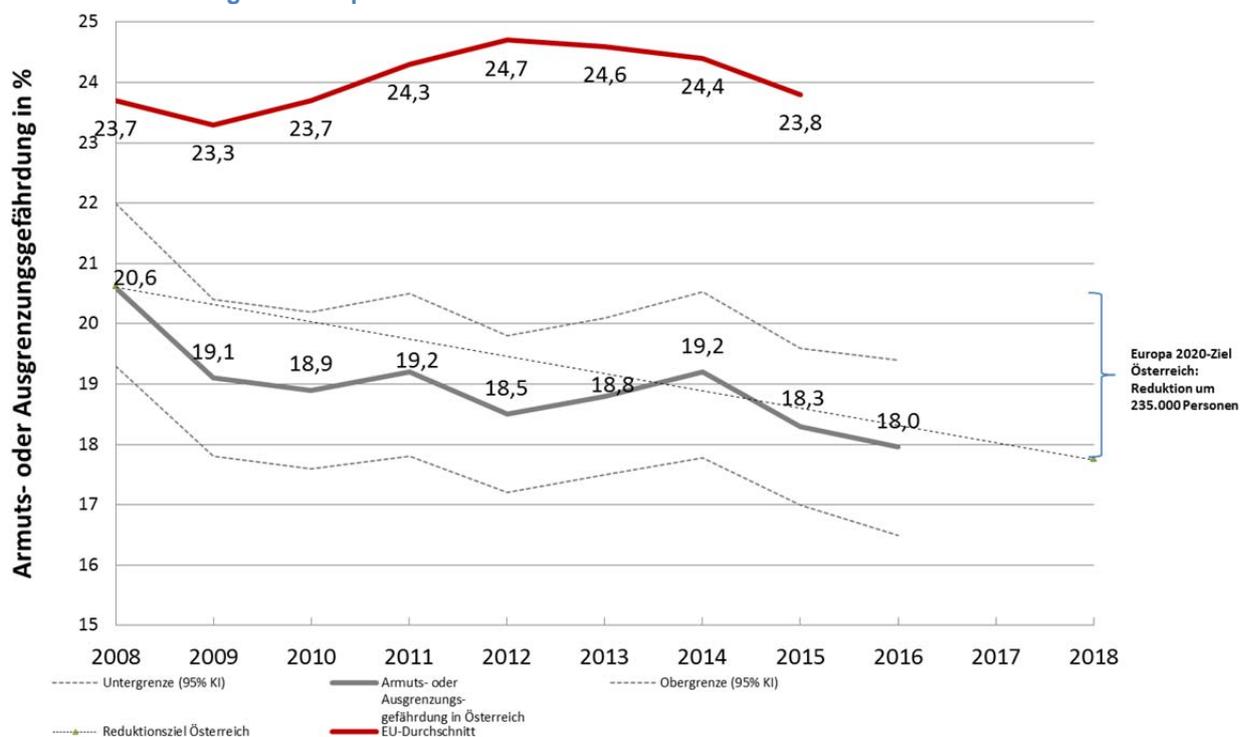
² Die Definitionen der einzelnen Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung finden sich in den Boxen direkt in Kapitel 3.

2. ARMUTSENTWICKLUNG UND EUROPA 2020-STRATEGIE

Im Jahr 2010 hatten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union geeinigt, dass die Zahl der Menschen in Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung sich innerhalb von zehn Jahren in der gesamten Europäischen Union um mindestens 20 Millionen Menschen verringern sollte (vgl. Europäische Kommission 2010). Gemäß der zugrundeliegenden Definition waren im Jahr 2016 18,0% der Bevölkerung bzw. 1.542.000 Menschen in Österreich armuts- oder ausgrenzungsgefährdet.³ Sie waren armutsgefährdet (14,1% bzw. 1.208.000 Personen) oder erheblich materiell depriviert (3% bzw. 257.000 Personen) oder lebten in einem Haushalt ohne oder mit sehr niedriger Erwerbsintensität (8,1% bzw. 528.000 Personen unter 60 Jahren) – auch mehrfach Betroffene gibt es. Bei Auftreten von mindestens zwei der drei benachteiligenden Lebenslagen, spricht man von Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung bzw. manifester Armut. Hierunter fallen 4,3% der Bevölkerung bzw. 366.000 Personen – etwa ein Viertel der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten.

Mit 18,0% armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen im Jahr 2016 liegt Österreich deutlich unter dem EU-Durchschnitt (23,8% im Jahr 2015) – siehe Grafik 1. In den meisten EU-Staaten ist die Zahl der Betroffenen deutlich angestiegen und lag im Jahr 2015 noch immer um rund 1,8 Millionen höher als im Jahr 2008.

Grafik 1: Entwicklung des Europa 2020-Sozialziels in Österreich und der EU



Q: STATISTIK AUSTRIA/EUROSTAT, EU-SILC 2008 bis 2016. Abgerufen am 05.09.2017. Eigene Darstellung.

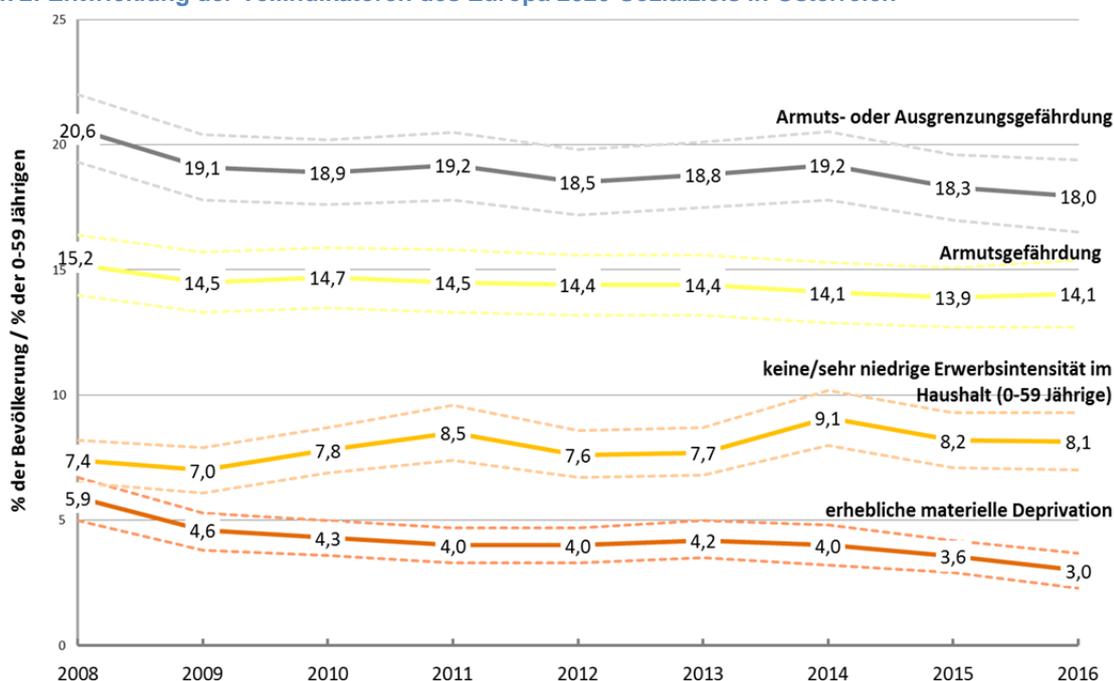
³ Definitionen der Indikatoren sind im Glossar (Abschnitt 7.1) zu finden.

In der nationalen Umsetzung des Europa 2020-Ziels wird eine Verringerung der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung um 235.000 Personen innerhalb von zehn Jahren angestrebt (vgl. BKA 2017). Seit 2008 ist in Österreich eine sinkende Tendenz der von sozialer Ausgrenzung gefährdeten Personen (20,6%) erkennbar, die Zahl hat sich um 157.000 Personen verringert.⁴ Um dieses Ziel zu erreichen, müsste in den kommenden zwei Jahren die Zahl der Betroffenen noch um weitere 78.000 Personen verringert werden.

Bei der jährlichen EU-SILC Erhebung in Österreich werden rund 6.000 Privathaushalte befragt. Aus diesen Daten kann die Lebenssituation der Menschen, die in insgesamt 3,8 Millionen Privathaushalten leben, näherungsweise abgeschätzt werden. Dabei ist aber mit statistischen Fehlern zu rechnen. Beispielsweise hat sich die Quote des zentralen EU-Indikators für Ausgrenzungsgefährdung in den Jahren 2008 bis 2016 um etwa 2,7 Prozentpunkte verringert. Unter Berücksichtigung von Stichprobenschwankungen ist mit großer Sicherheit davon auszugehen, dass es tatsächlich einen Rückgang gab. Der Rückgang der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung kann mit mindestens 1 Prozentpunkt angenommen werden, könnte aber auch bis zu 4,3 Prozentpunkte betragen.

Die Entwicklung der drei Gefährdungslagen Armutsgefährdung, erhebliche materielle Deprivation und Leben im Erwerbslosenhaushalt verlief jeweils unterschiedlich und ist in Grafik 2 abgebildet.

Grafik 2: Entwicklung der Teilindikatoren des Europa 2020-Sozialziels in Österreich



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008 bis 2016.

⁴ Zu beachten sind die jährlichen Schwankungsbreiten auf Grund der Stichprobenerhebung: So lag 2016 die statistische Schwankungsbreite für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung mit 95% Vertrauenswahrscheinlichkeit bei 1.542.000 +/- 124.000 Personen (zw. 16,5 und 19,4%).

In Österreich hat sich vor allem die Zahl der Menschen, die bei absoluten Grundbedürfnissen depriviert sind, verringert. Die Zahl der Betroffenen lag zum ersten Mal deutlich unter 300.000 und hat sich gegenüber dem Jahr 2008 beinahe halbiert (vgl. Grafik 2). Anders als bei der Messung von Einkommen reagieren Deprivationsindikatoren auch auf finanzielle Problemlagen, die durch hohe Wohnungs- oder Lebenskosten oder Überschuldung verursacht wurden. Gleichzeitig zum Rückgang der Deprivation ist über den gesamten Zeitraum die Armutsgefährdungsquote leicht gesunken, wobei dieser Indikator überwiegend anhand von Verwaltungsdaten berechnet wird und daher Veränderungen besonders gut gemessen werden können.

Im Gegensatz zu der günstigen Entwicklung von Deprivation und Armutsgefährdung zeigen sich Probleme in der Entwicklung der Erwerbslosigkeit. Die Zahl der Menschen in Erwerbslosenhaushalten liegt im Jahr 2016 um 54.000 Menschen höher als im Jahr 2008.

3. INDIKATOREN FÜR ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG IN ÖSTERREICH 2008 BIS 2016

Um die zugrundeliegenden Problemlagen von Armut in Österreich und die konkreten Lebensverhältnisse der betroffenen Personengruppe in Österreich besser zu verstehen, werden in diesem Abschnitt 21 Indikatoren und deren Entwicklung seit 2008 beschrieben. Dieser Indikatorenkatalog ergänzt die Europa 2020 Indikatoren und ist identisch zu den nationalen Eingliederungsindikatoren. Diese Kennzahlen wurden in Abstimmung mit der Plattform zur Begleitung der Umsetzung des Europa 2020-Armutziels in Österreich entwickelt.

Indikatoren sollen in erster Linie dabei helfen, Veränderungen über die Zeit einzuschätzen. Die meisten Indikatoren wurden auf Grundlage der Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) berechnet (vgl. Abschnitt 7.2). Sie beruhen also auf derselben Quelle wie die Europa 2020-Indikatoren zu Armut und Ausgrenzung. In Abschnitt 3.6. wird ein Überblick über alle Indikatoren gegeben. Darin wird auch berücksichtigt wie groß die Schwankungsbreite ist und bei welchen Indikatoren die Stichprobe groß genug ist, um Veränderungen mit ausreichender Sicherheit zu belegen.

Abgesehen von der Beurteilung der zeitlichen Entwicklung, können die Indikatoren auch helfen, die Entwicklung von Problemlagen innerhalb der Zielgruppe differenzierter zu beurteilen. In den folgenden Abschnitten wird daher soweit möglich immer die Entwicklung der Gesamtbevölkerung mit jener der Europa-2020 Zielgruppe verglichen. Allgemein zeigt sich dabei, dass armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Menschen in allen Bereichen überdurchschnittlich benachteiligt sind.

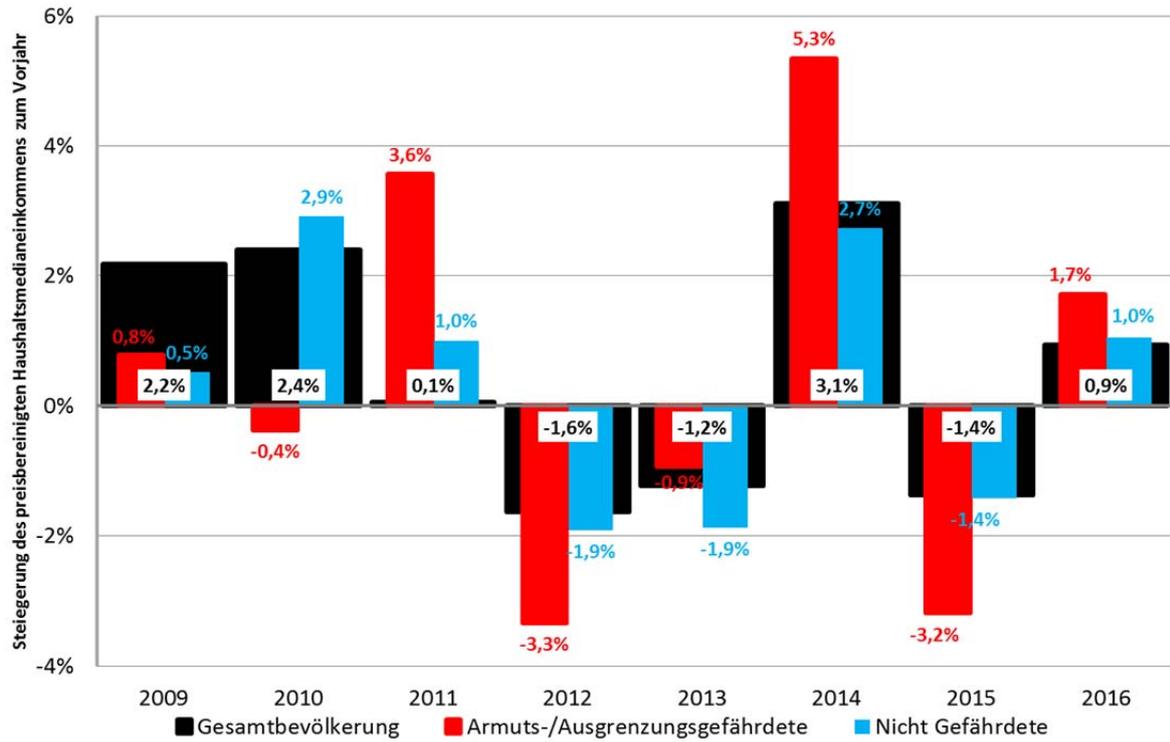
3.1 LEBENSSTANDARD

Die Kaufkraft der Privathaushalte in Österreich ist im Jahr 2016 wieder etwas angestiegen. Gleichzeitig gab es leichte Verbesserungen bei manifester und dauerhaft manifester Armut sowie Zahlungsproblemen. Parallel dazu ist die Armutsgefährdungslücke seit dem Vorjahr nominell um rund 410 Millionen EUR angestiegen und liegt nun wieder über 1% des Bruttoinlandsproduktes.

3.1.1 Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen

Da die letzte Steuerreform vor allem die Jahreseinkommen 2016 entlastet hat, können diese Effekte erst in der EU-SILC Erhebung 2017 voll sichtbar werden. Dennoch lagen die in der EU-SILC Erhebung 2016 gemessenen, mittleren Einkommen (standardisiert und preisbereinigt) um 0,9% über jenen des Vorjahres. Noch etwas kräftiger war der Anstieg bei der Gruppe der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten, deren Realeinkommen um 1,7% gewachsen sind. Im längerfristigen Vergleich zu EU-SILC 2008 beträgt der Kaufkraftgewinn 4,4% (Gesamtbevölkerung) bzw. 3,3% für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete.

Grafik 3: Veränderung des preisbereinigten Haushaltsmedianeinkommens gegenüber dem Vorjahr



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. VPI 2005. Einkommen sind äquivalisiert, netto zu Preisen von 2015.

Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen:

Das Haushaltseinkommen wird aus sämtlichen Einkünften aller Personen im Haushalt im Laufe des vergangenen Kalenderjahres unter Abzug von Sozialbeiträgen, Steuern und allfälligen geleisteten Transferzahlungen an andere Haushalte (z.B. Alimente) berechnet.

Bei Mehrpersonenhaushalten wird dieses Einkommen auf einen Einpersonenhaushalt standardisiert, das sogenannte Äquivalenzeinkommen. Die Standardisierung erfolgt anhand einer EU-Skala, die für jede weitere Person ab 14 Jahre ein zusätzliches Bedarfsgewicht von 0,5 und für jedes Kind unter 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3 unterstellt.

Das mittlere Einkommen (Median) wird aus der Verteilung dieser Einkommen für Personen in Privataushalten berechnet, sodass jeweils die Hälfte der jeweiligen Bevölkerungsgruppe ein Einkommen unter bzw. über dem Medianwert hat.

Die nominellen Beträge lassen ohne Beachtung der Inflation keine Beurteilung der realen Kaufkraft zu. Deshalb wird der Betrag zu konstanten Preisen (Basis 2015) ausgedrückt. Das preisbereinigte Einkommen für EU-SILC 2008 ergibt sich aus $VPI\ 2015 \times (EU-SILC\ 2008/VPI\ 2008)$. Verkettet wird mit dem VPI 2005. Das nominelle standardisierte Medianeinkommen aus EU-SILC 2008 beträgt 19.413 EUR.⁵ Zu Preisen von 2015 ergibt sich ein Einkommen von 22.689 EUR aus der Division des nominellen Wertes $19.413/103,7$ (Indexwert 2007 = Referenzperiode der EU-SILC Einkommensmessung 2008) multipliziert mit 121,2 (Indexwert des Jahres 2015).

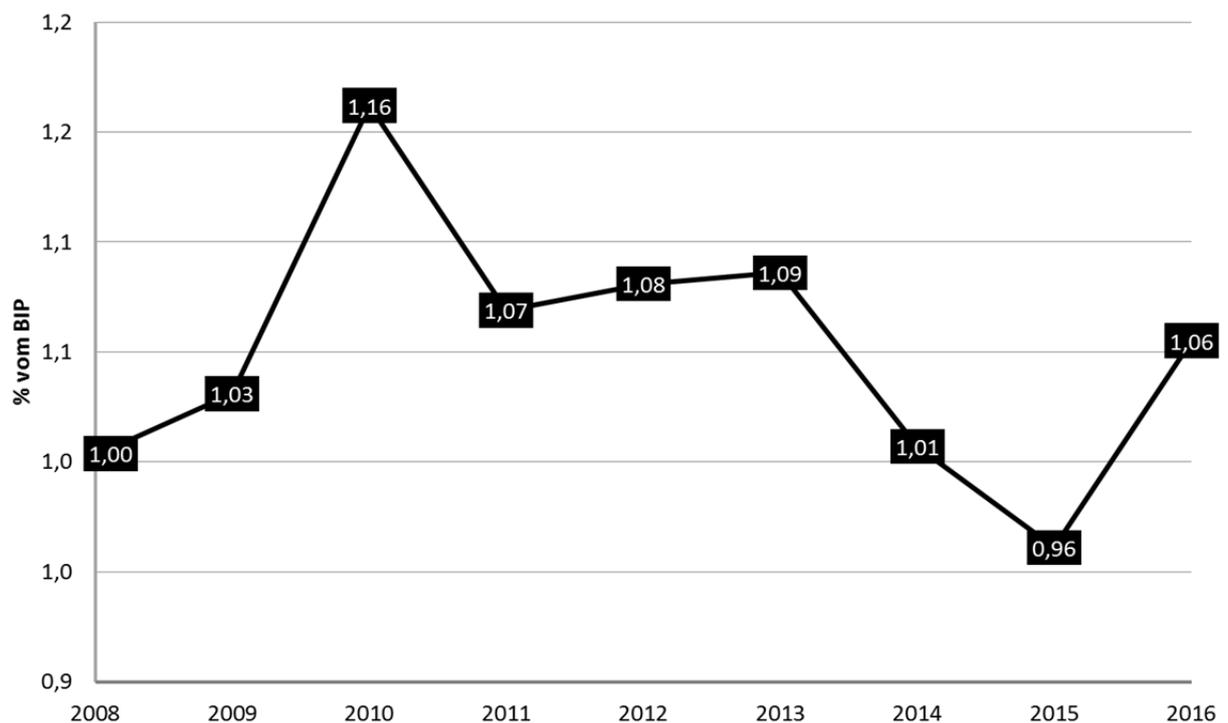
Angenommen wird hier dieselbe Preisentwicklung für alle Einkommensschichten. Unberücksichtigt bleibt beispielsweise die deutlich größere Bedeutung von Preissteigerungen bei Wohnen und Energie für ärmere Haushalte sowie die Möglichkeit der Substitution durch Billigprodukte und Preisersparnisse durch Vorratskäufe. Diese Methode erlaubt zwar nur eine grobe Annäherung an die reale Kaufkraftentwicklung (z.B. ist der Verbraucherpreisindex aufgrund der höheren Sparquote bei den oberen Einkommensschichten nur bedingt anwendbar), besonders bei jährlich stark schwankenden Inflationsraten ist dadurch aber eine realistischere Einschätzung der Einkommensentwicklung gewährleistet als bei den nominellen Beträgen.

⁵ Das ist das Nettojahreseinkommen für einen Einpersonenhaushalt. Um beispielsweise das Jahreseinkommen einer Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern zu ermitteln ist der standardisierte Betrag mit 2,1 zu multiplizieren.

3.1.2 Nationale Einkommensarmutslücke

In der EU-SILC Erhebung im Jahr 2016 (Einkommen 2015) lag die nationale Lücke der Einkommensarmut bei rund 3,6 Milliarden EUR. Gegenüber dem Jahr 2008 ist diese Zahl insgesamt um 755 Millionen EUR (nominell) angestiegen. Grund dafür ist, dass das Medianeinkommen und damit die Schwelle für Armutsgefährdung zuletzt etwas kräftiger angestiegen sind. Insgesamt pendelte die Lücke in den Jahren seit 2008 immer zwischen 1,0 und 1,2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Intensität der Armutsgefährdung hat sich hingegen über den Berichtszeitraum wenig verändert (Armutsgefährdungslücke 2008 und 2016: 19,8%).

Grafik 4: Nationale Einkommensarmutslücke 2008 bis 2016



Q: STATISTIK AUSTRIA. EU-SILC, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

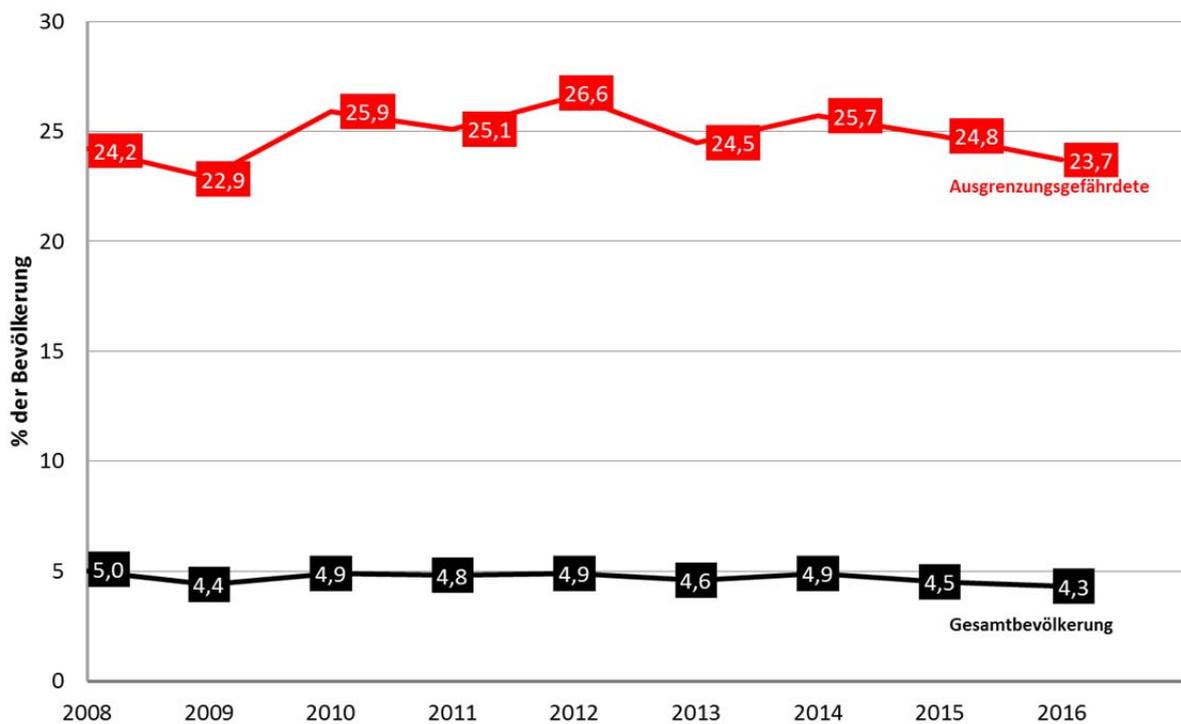
Nationale Einkommensarmutslücke:

Die nationale Einkommensarmutslücke entspricht den zusätzlichen Einkommen, die alle armutsgefährdeten Haushalte benötigen würden, um ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erzielen. Zählt man die absoluten Eurobeträge der Einkommenslücken aller Haushalte zusammen, dann ergibt sich ein Gesamtmaß für Intensität und Ausmaß von Armutsgefährdung. Dieser Indikator ist umso höher, je mehr Menschen betroffen sind und je größer ihr Abstand zur Gefährdungsschwelle ist. Die Darstellungsweise in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) illustriert den hypothetischen Umverteilungsbedarf im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung. Weil die Einkommen in EU-SILC zeitverzögert für das Vorjahr erfasst werden, ist auch das BIP auf das Vorjahr bezogen. Die Lücke für das Jahr 2016 spiegelt somit die Verhältnisse im Jahr 2015 wider. Ein ähnlicher Indikator ist die auf EU-Ebene definierte relative „Armutsgefährdungslücke“, die als Medianwert der Einkommenslücke der Armutsgefährdeten in Prozent der Armutsgefährdungsschwelle angegeben wird.

3.1.3 Manifeste Armut (Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung)

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung wurde im Jahr 2016 der niedrigste Wert für manifeste Armut im Berichtszeitraum gemessen. Als manifest arm eingestuft wurden im Jahr 2016 insgesamt 366.000 Menschen bzw. 4,3% der Bevölkerung. Im Gegensatz zur deutlichen Verbesserung bei erheblicher materieller Deprivation, hat sich die Zahl der manifest armen Menschen in der Gesamtbevölkerung eher unspektakulär entwickelt. Nach wie vor ist etwa ein Viertel der Europa 2020-Zielgruppe gleichzeitig von mehreren Problemlagen betroffen. Innerhalb der Zielgruppe haben die Einkommenssituation und besonders die Erwerbsintensität des Haushalts an Bedeutung gewonnen.

Grafik 5: Manifeste Armut



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

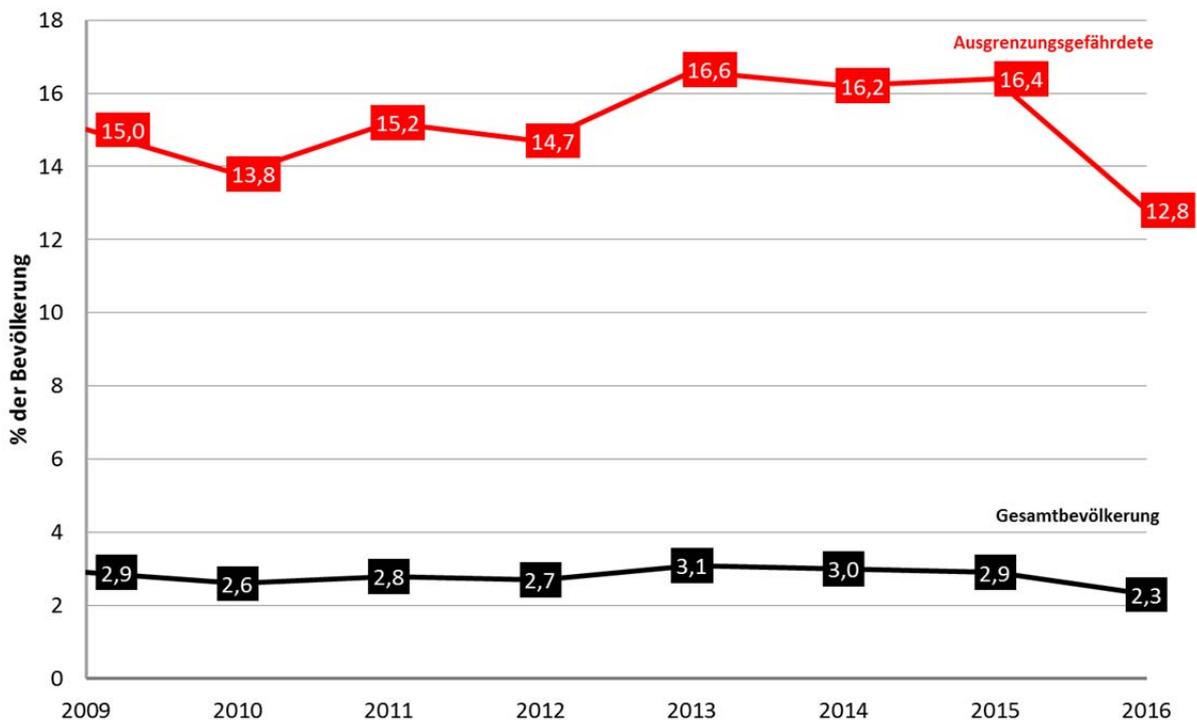
Manifeste Armut:

Manifeste Armut bezeichnet eine Lebenssituation, in der ein Mensch von zwei oder drei Kriterien für Ausgrenzungsgefährdung gleichzeitig betroffen ist, deshalb ist auch der Begriff „Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung“ gebräuchlich. Die Europa 2020-Zielgruppe ist nach drei einander ergänzenden Kriterien definiert. Neben dem Haushaltseinkommen ist dies die Erwerbstätigkeit der Haushaltsmitglieder sowie Fragen nach der Leistbarkeit ausgewählter Grundbedürfnisse. Armutsgefährdung betrifft in Österreich rund 1,2 Millionen Menschen, deren Haushaltseinkommen geringer ist als 60% vom Median (2016: 1.185 EUR monatlich). Etwa 528.000 Menschen unter 60 Jahren leben in einem Haushalt ohne oder mit nur sehr niedriger Erwerbsintensität. Das sind solche Haushalte, in denen die Personen im Erwerbsalter (18 bis 59 Jahre) im Laufe des letzten Kalenderjahres maximal 20% ihres Erwerbspotentials ausgeschöpft haben. Schließlich liegt die Zahl der von erheblicher materieller Deprivation betroffenen Personen bei 257.000. Aufgrund von mehrfachen Benachteiligungen ist die Gesamtzahl der Personen, die zur Zielgruppe gehören, geringer als die Summe dieser drei Kennzahlen.

3.1.4 Dauerhaft manifeste Armut (verfestigte Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung)

Im Jahr 2016 waren 188.000 Menschen bzw. 2,3% der Gesamtbevölkerung in zwei aufeinanderfolgenden Jahren von manifester Armut betroffen. Die Zahl erreichte den niedrigsten Wert im gesamten Zeitraum. Zuletzt wurde auch in der Zielgruppe eine tendenzielle Verbesserung erkennbar: 12,8% der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten waren dauerhaft und mehrfach benachteiligt. Bei der in der Längsschnittstichprobe verfügbaren Anzahl an Beobachtungen ist diese Veränderung allerdings als statistisch nicht signifikant einzustufen.

Grafik 6: Dauerhaft manifeste Armut



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. Aufgrund der Umstellung auf Verwaltungsdaten im Jahr 2008 sind vergleichbare Zeitreihen erst ab 2009 verfügbar.

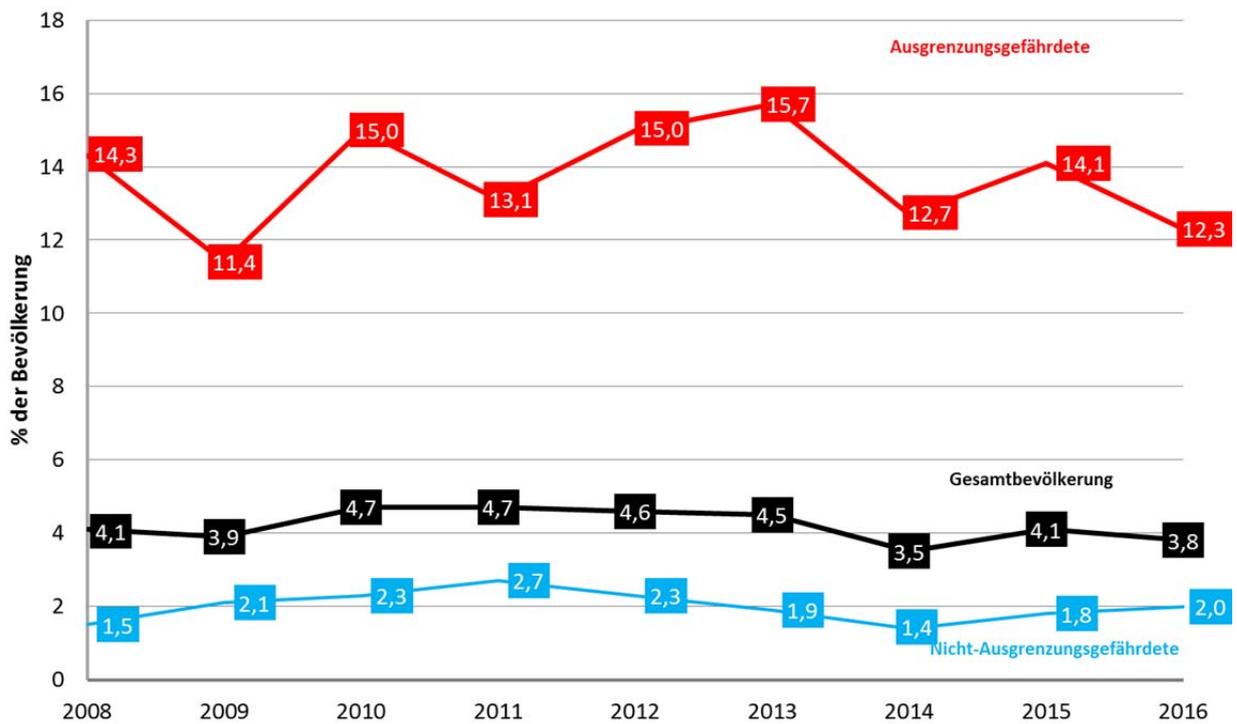
Dauerhaft manifeste Armut:

Anteil der Bevölkerung, der seit mindestens zwei Jahren mit zwei oder drei Kriterien der Ausgrenzungsgefährdung konfrontiert ist. Dies sind: Armutsgefährdung, keine oder geringe Erwerbsintensität im Haushalt oder erhebliche materielle Deprivation (siehe auch manifeste Armut). Als Längsschnittindikator erlaubt dauerhaft manifeste Armut eine Unterscheidung chronischer Armuts- und Ausgrenzungsprozesse von vorübergehenden Problemlagen (z.B. bei Studierenden). Der Begriff ist gleichbedeutend mit dem ebenfalls verwendeten Begriff „verfestigte Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung“.

3.1.5 Wiederholte Zahlungsprobleme

Insgesamt 3,8% der Bevölkerung bzw. 328.000 Personen berichteten über wiederholte Zahlungsprobleme im Jahr 2016. Davon zählten 189.000 (58%) zur Europa 2020-Zielgruppe. Die Zahl der insgesamt betroffenen Personen hat sich gegenüber dem Jahr 2008 kaum verändert, nur im Jahr 2014 gab es etwas weniger Betroffene. Seit dem Jahr 2008 schwankt die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten, die wiederholten Zahlungsproblemen ausgesetzt sind, zwischen 12% und 16%, was ungefähr der statistischen Schwankungsbreite von rund 4 Prozentpunkten entspricht.

Grafik 7: Wiederholte Zahlungsprobleme



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Wiederholte Zahlungsprobleme:

In diesem Indikator werden finanziell bedingte Rückstände bei regelmäßigen Zahlungen wie Haus- und Wohnungskrediten, sonstigen Krediten, Miet-, Energie- und Betriebskosten berücksichtigt. Für den Indikator ist maßgeblich, ob solche Rückstände in den letzten zwölf Monaten zwei Mal oder öfter aufgetreten sind. Die Definition der materiellen Deprivation berücksichtigt Zahlungsrückstände ebenfalls, allerdings bereits dann, wenn diese nur ein einziges Mal in einem Jahr aufgetreten sind.

3.2 WOHNEN

Im Jahr 2016 hat sich die Wohnsituation in mehreren Bereichen weiter angespannt. Das gilt insbesondere für die Europa 2020-Zielgruppe. Tendenziell gestiegen sind gleichzeitig die Wohnkostenbelastung der privaten Haushalte und der Überbelag sowie Probleme mit dem Zustand der Wohnung. Solche Probleme konzentrieren sich bei den Einkommensschwächsten. Zuletzt war dies auch mit einer Tendenz zu einer schlechteren Wohnumgebung für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete verknüpft. Bislang haben sich steigende Wohnbelastungen noch nicht unmittelbar in der Zahl der registrierten Wohnungslosen niedergeschlagen.

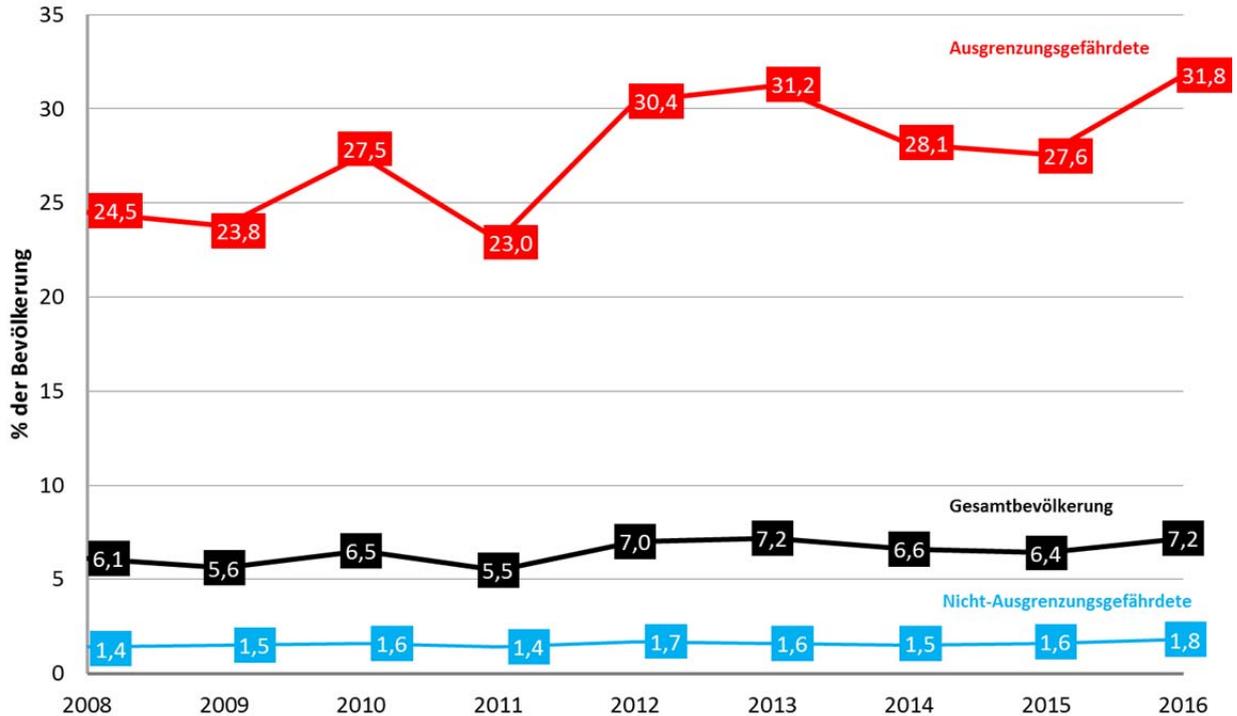
3.2.1 Wohnkostenüberbelastung

Im Jahr 2016 erreichte die Wohnkostenüberbelastung einen neuen Höchststand. Die Zahl der Betroffenen lag bei 660.000 bzw. 7,2% der Gesamtbevölkerung. Der weitaus größte Teil dieser Personen zählte zur Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten. Mit 31,8% der Zielgruppe war hier beinahe jede(r) Dritte betroffen, während im Vergleich dazu im Jahr 2008 nur etwa jede(r) Vierte derart hohe Wohnkosten hatte. Die durchschnittlichen Wohnkosten im Jahr 2016 lagen bei den ausgrenzungsgefährdeten Personen bei 36,5% des Haushaltseinkommens⁶, verglichen mit 18,5% für die Gesamtbevölkerung.

Die hier berücksichtigten Wohnkosten enthalten auch Energiekosten. Diese lagen im Jahr 2016 durchschnittlich bei 132 EUR pro Monat bzw. 4,2% des Haushaltseinkommens, die weiteren 14,3% entfielen auf Miete bzw. sonstige Wohnkosten. In der Gruppe der Ausgrenzungsgefährdeten lag der Anteil der Energiekosten deutlich höher (7,2% des Einkommens) als bei den nicht ausgrenzungsgefährdeten Personen (3,6% des Einkommens).

⁶ Der Medianwert der Wohnkostenbelastung lag mit 34% etwas darunter (vgl. Abschnitt 4.2).

Grafik 8: Wohnkostenüberbelastung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. Ab 2012 werden Energiekosten erfragt, davor wurden diese nach durchschnittlichen Quadratmeterkosten geschätzt. Durch eine Datenrevision in Bezug auf fehlende Werte mussten einige Werte der Vorjahre geringfügig nach dem Komma revidiert werden.

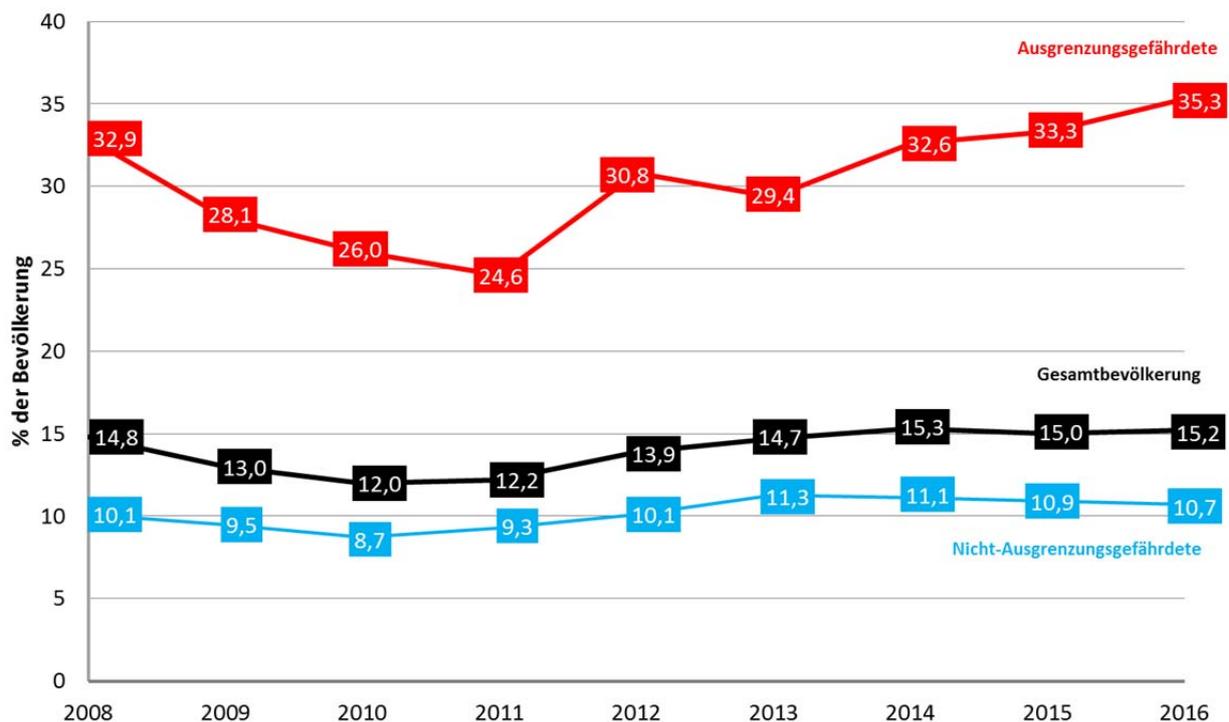
Wohnkostenüberbelastung:

Wohnkostenüberbelastung besteht nach EU-Definition dann, wenn der gesamte Wohnungsaufwand 40% des jährlich verfügbaren Haushaltseinkommens übersteigt. Wohn- oder Mietbeihilfen werden in dieser Berechnung vom Wohnungsaufwand abgezogen und auch beim Haushaltseinkommen nicht berücksichtigt. Einbezogen werden alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung (abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen) sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum.

3.2.2 Überbelag

Zwischen 2010 und 2014 ist der Bevölkerungsanteil in überbelegten Wohnungen nach EU-Definition deutlich angestiegen. Seither gab es kaum Veränderungen. Zuletzt waren rund 1,3 Millionen Menschen bzw. 15,2% der Bevölkerung betroffen. Für die Gruppe der Ausgrenzungsgefährdeten wird Überbelag jedoch zunehmend zum Problem. Mit einer Überbelagsquote von 35,3% wurde im Jahr 2016 ein neuer Rekordwert erreicht. Die Überbelagsquote bei den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten ist dreieinhalb Mal so hoch wie bei nicht gefährdeten Menschen (10,7%). Inzwischen lebt jede(r) Dritte dieser Gruppe in einer überbelegten Wohnung.

Grafik 9: Überbelag



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Überbelag:

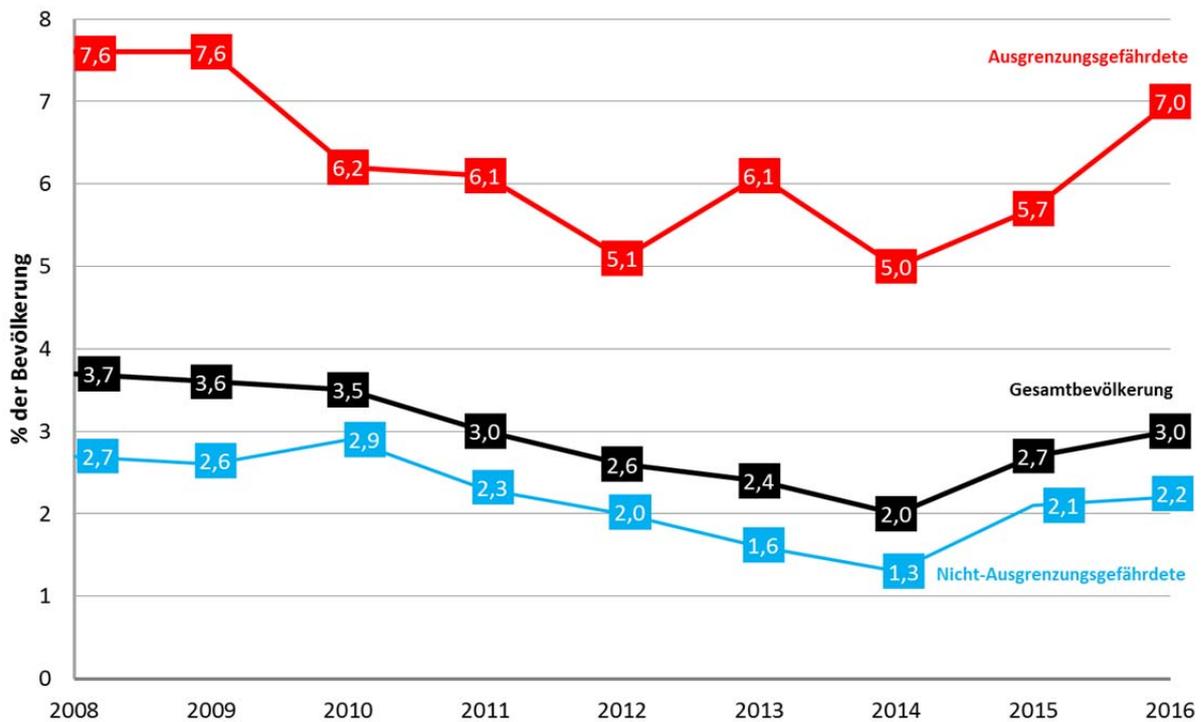
Für die Definition von Überbelag gilt nach EU-Definition folgender Mindestbedarf an Wohnräumen (Küchen werden nicht als Wohnräume gezählt):

- ein Zimmer je Haushalt;
- ein Zimmer je Paar;
- ein Zimmer je erwachsene Einzelperson;
- ein Zimmer je ein bis zwei 12- bis 17-jährige Mädchen;
- ein Zimmer je ein bis zwei 12- bis 17-jährige Jungen;
- ein Zimmer je ein bis zwei unter 12-Jährige.

3.2.3 Sehr schlechter Wohnstandard

Nachdem sich die Wohnungsausstattung bzw. -qualität über viele Jahre kontinuierlich verbessert hat, ist dieser Indikator nun bereits zum zweiten Mal in Folge leicht angestiegen. 261.000 Menschen bzw. 3,0% der Gesamtbevölkerung waren im Jahr 2016 von einer sehr schlechten Wohnsituation betroffen. Betroffen sind hier wieder vor allem die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten.

Grafik 10: Sehr schlechter Wohnstandard



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Sehr schlechter Wohnstandard:

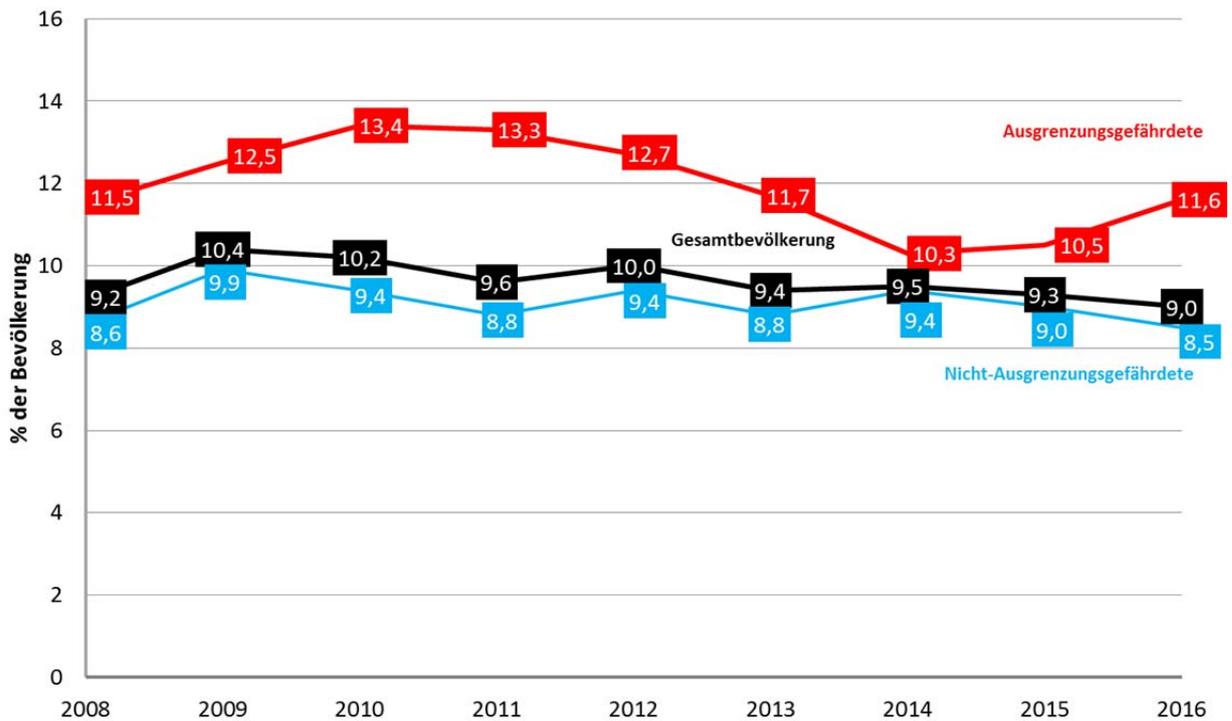
Ein sehr schlechter Wohnstandard liegt vor, wenn zwei oder mehr der folgenden Wohnprobleme bestehen:

- kein WC in der Wohnung (bzw. zum alleinigen Gebrauch);
- weder Badezimmer noch Dusche in der Wohnung;
- Feuchtigkeit, Fäulnisbildung (Schimmel);
- dunkle Wohnräume.

3.2.4 Belastung durch Wohnumgebung

Im Jahr 2016 waren 776.000 Menschen (9,0%) von Kriminalität, Lärm oder Umweltbelastungen in der Wohnumgebung betroffen. Der Bevölkerungsanteil schwankte in den letzten Jahren zwischen 9 und 11%. In den letzten beiden Jahren war tendenziell wieder eine leichte Polarisierung zwischen den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten und der nicht gefährdeten Bevölkerung zu beobachten.

Grafik 11: Belastung durch die Wohnumgebung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Belastung durch Wohnumgebung:

Die mit EU-SILC darstellbaren Wohnumgebungsbelastungen beziehen sich auf den Anteil der Personen, die mindestens zwei der folgenden Probleme genannt haben:

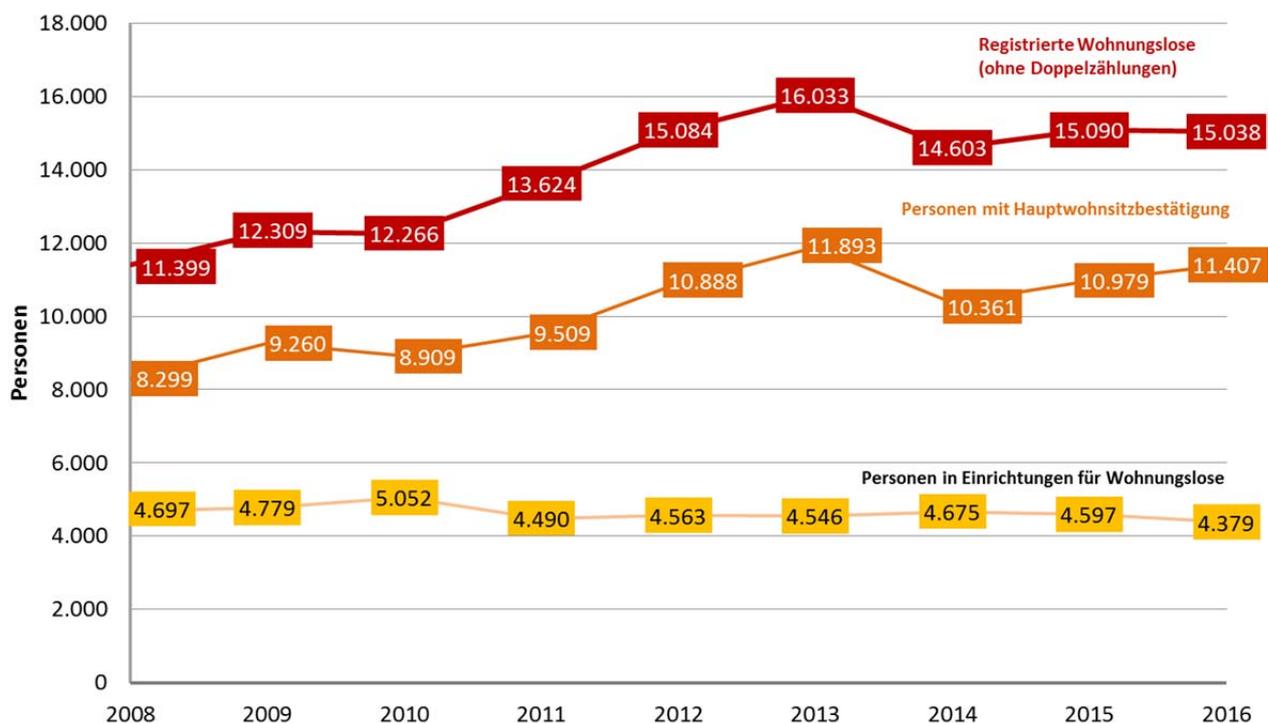
- Kriminalität;
- Lärm;
- Umweltverschmutzung.

3.2.5 Registrierte Wohnungslosigkeit

Die Zahl der registrierten Wohnungslosen lag im Jahr 2016 bei 15.038 Personen. Das sind um 3.639 Personen mehr als im Jahr 2008, wo 11.399 Wohnungslose erfasst waren (plus 33%). Diese Menschen hatten im Melderegister entweder einen Vermerk als Obdachlose (Hauptwohnsitzbestätigung) oder waren in einer Einrichtung für Wohnungslose gemeldet. Die Anzahl der Personen, die in Einrichtungen erfasst wurden, blieb über diesen Zeitraum annähernd unverändert. Dies liegt auch daran, dass in dieser Berechnung neue Einrichtungen für Wohnungslose sowie spezialisierte Einrichtungen wie Frauenwohnhäuser oder Flüchtlingsunterkünfte nicht berücksichtigt werden.

Wohnungslosigkeit tritt nicht als rein individuelles Phänomen auf, sondern steht in Zusammenhang mit den Entwicklungen des Wohnungs- und Arbeitsmarktes. Vor allem die in Privathaushalten beobachtbare Wohnkostenbelastung sowie damit zusammenhängende Wohnprobleme wie Überbelag oder sehr schlechte Wohnqualität sind Anzeichen der Verletzlichkeit und können zukünftiger Wohnungslosigkeit vorangehen. Deshalb sind auch die zuvor genannten EU-Indikatoren wesentlich, um die Entwicklungen richtig einzuordnen. Die vorliegenden Daten zur registrierten Wohnungslosigkeit beweisen jedenfalls eine erhebliche Dynamik. Auf Basis der Daten 2015 bis 2016 wurden 6.234 Neuzugänge zu dieser Personengruppe gezählt. Das sind etwas weniger als im Jahr davor (6.656).

Grafik 12: Registrierte Wohnungslose



Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes.

Registrierte Wohnungslosigkeit:

Für den Indikator wurden Personen mit einer Hauptwohnsitzbestätigung als obdachlos (Meldung mit „O“ im Zentralen Melderegister) und Personen, die in einer von 56 Einrichtungen für Wohnungslose mit Hauptwohnsitz gemeldet sind, zusammengezählt.

Die Daten der Meldungen stammen für jedes Jahr aus vier Stichtagsauswertungen der Statistik des Bevölkerungsstands, die für die Wanderungsstatistik aus dem Zentralen Melderegister erstellt wird. Doppelmeldungen von Personen, die während eines Jahres zu mehreren Stichtagen gemeldet waren, wurden auf Grund ihrer bereichsspezifischen Personenkenzahl ausgeschlossen. Jede Person wird also jeweils nur einmal pro Jahr gezählt. Die Jahresgesamtzahl beläuft sich im Jahr 2016 auf rund 11.400 registrierte Obdachlose (Personen mit einer Hauptwohnsitzbestätigung) und 4.400 Personen in Einrichtungen für Wohnungslose. Von den rund 15.000 Wohnungslosen waren demnach etwa 30% zumindest zu einem der vier Stichtage in einer Einrichtung für Wohnungslose untergebracht. Die genannten Zahlen stellen eine Untergrenze dar, da Meldefälle zwischen den Stichtagen nicht berücksichtigt werden.

Die Anstalten für Wohnungslose wurden aus einer Anstaltsliste der Registerzählung 2011 entnommen, die die Objektnummern der jeweiligen Anstalten enthält. Diese Liste umfasst insgesamt 132 Anstalten für Wohnungslose, darunter befinden sich zehn Anstalten für betreutes Wohnen (z.B. für alte Menschen, Flüchtlinge, Obdachlose), 52 sind Anstalten, in denen Frauen bzw. Kinder gemeldet sind (d.h. vor allem Frauenhäuser) und 70 Anstalten, die eindeutig für Wohnungslose bestimmt sind. Von diesen 70 Anstalten wurden nur jene 56 Anstalten für die Analyse herangezogen, deren Gebäude ausschließlich als Einrichtung für Wohnungslose genutzt werden. Es ist zu beachten, dass die Anzahl der in Einrichtungen registrierten Wohnungslosen durch die Kapazität gesteuert wird. Gibt es mehr Startwohnungen, so können mehr Übergangswohnplätze an Personen, die sonst auf temporäre Unterbringung in Notschlafstellen angewiesen waren, vergeben werden.

Die hier gewählte Methodik unterscheidet sich von der bei der Registerzählung angewendeten Stichtagszählung. Einerseits wurde dort eine größere Anzahl an Anstalten einbezogen. Diese Vorgehensweise macht die Zahl der Wohnungslosen allerdings abhängig vom Wartungsstand dieser Anstaltenliste. Solange keine gezielte Wartung dieser Anstaltslisten möglich ist, ist die hier verwendete reduzierte Anstaltsliste besser für das zeitliche Monitoring geeignet. Andererseits werden in der hier angewendeten Methodik auch Personen einbezogen, die an einem anderen Stichtag als wohnungslos registriert waren (vgl. Bauer, Klapfer 2015).

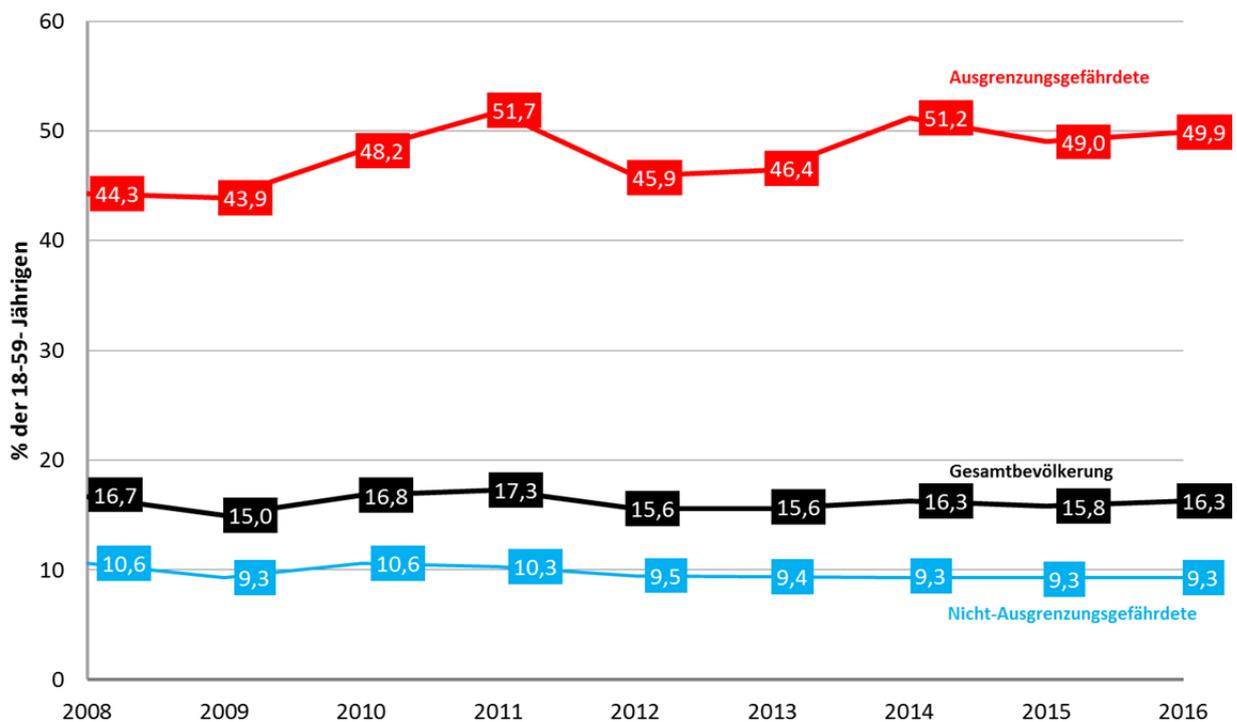
3.3 ERWERBSLEBEN

Die angespannte Arbeitsmarktlage manifestiert sich vor allem in einem seit dem Jahr 2008 fortlaufenden Anstieg bei der Zahl an Menschen mit lange andauernden Phasen der Beschäftigungslosigkeit. Dieser Indikator hat sich in diesem Zeitraum verdreifacht. Gleichzeitig wurde in den letzten zwei Jahren auch eine zunehmende Spreizung der Stundenlöhne beobachtet. Kaum verändert hat sich zuletzt die Quote der Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit. Die Quote der Arbeitseinkommen im Haushalt unter der Armutgefährdungsschwelle hat sich für die Gesamtbevölkerung seit dem Vorjahr leicht verbessert. Bei Erwerbsbarrieren aufgrund von Betreuungspflichten gibt es weiterhin keine Veränderungen.

3.3.1 Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit

Im Jahr 2016 waren insgesamt 742.000 (16,3%) 18- bis 59-Jährige nicht oder maximal 20% des Jahres vollzeitbeschäftigt, wobei Pensionsbeziehende und Studierende nicht mitgerechnet sind. Etwa drei Mal so hoch (49,9%) war diese Quote bei den Armut- oder Ausgrenzungsgefährdeten.

Grafik 13: Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. Personen von 18-59 Jahren, ohne Personen in Mutterschutz/Elternkarenz, Studierende und Pensionsbeziehende.

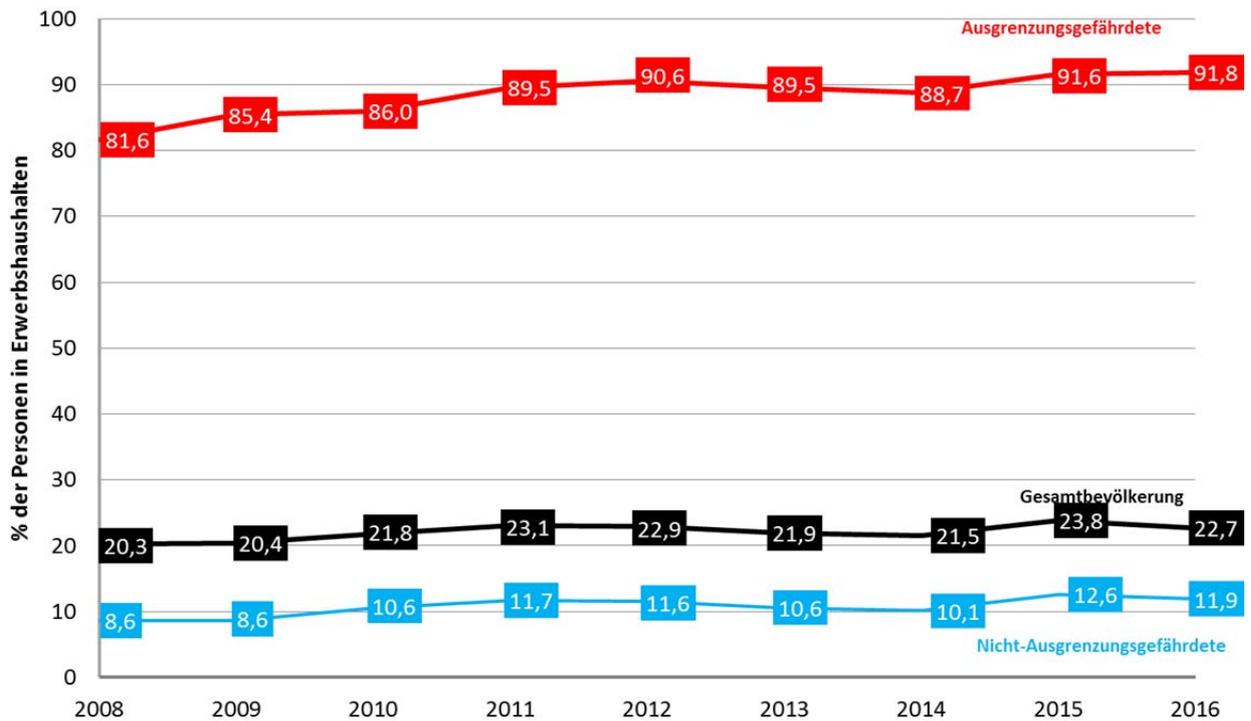
Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit:

Diese Quote bezeichnet jenen Anteil an Personen im Alter von 18 bis 59 Jahren, die maximal 20% des Jahres vollzeiterwerbstätig sind. Personen in Mutterschutz oder Elternkarenz, Studierende und Pensionistinnen und Pensionisten werden bei der Berechnung nicht einbezogen. Die Definition folgt weitgehend jener für die entsprechende Subgruppe der Europa 2020-Zielgruppe, wobei sich der EU-Indikator auf den gesamten Haushalt bezieht. Der österreichische Indikator erfasst hingegen die Einzelpersonen. So werden beispielsweise auch Frauen, die mit einer alleinverdienenden Person zusammenleben und selbst (fast) keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, bei diesem Indikator ausgewiesen, was bei den EU-Indikatoren nicht der Fall ist (da durch die Haushaltsebene die 20% überschritten werden).

3.3.2 Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle

Insgesamt 1,4 Millionen Menschen (22,7% der Personen in Erwerbshaushalten) lebten im Jahr 2016 in einem Haushalt, dessen Arbeitseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle lag. Nachdem im Vorjahr ein neuer Rekordwert gemessen wurde, hat sich die Situation im Jahr 2016 wieder etwas entspannt. Unter den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten waren allerdings fast 92% betroffen.

Grafik 14: Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

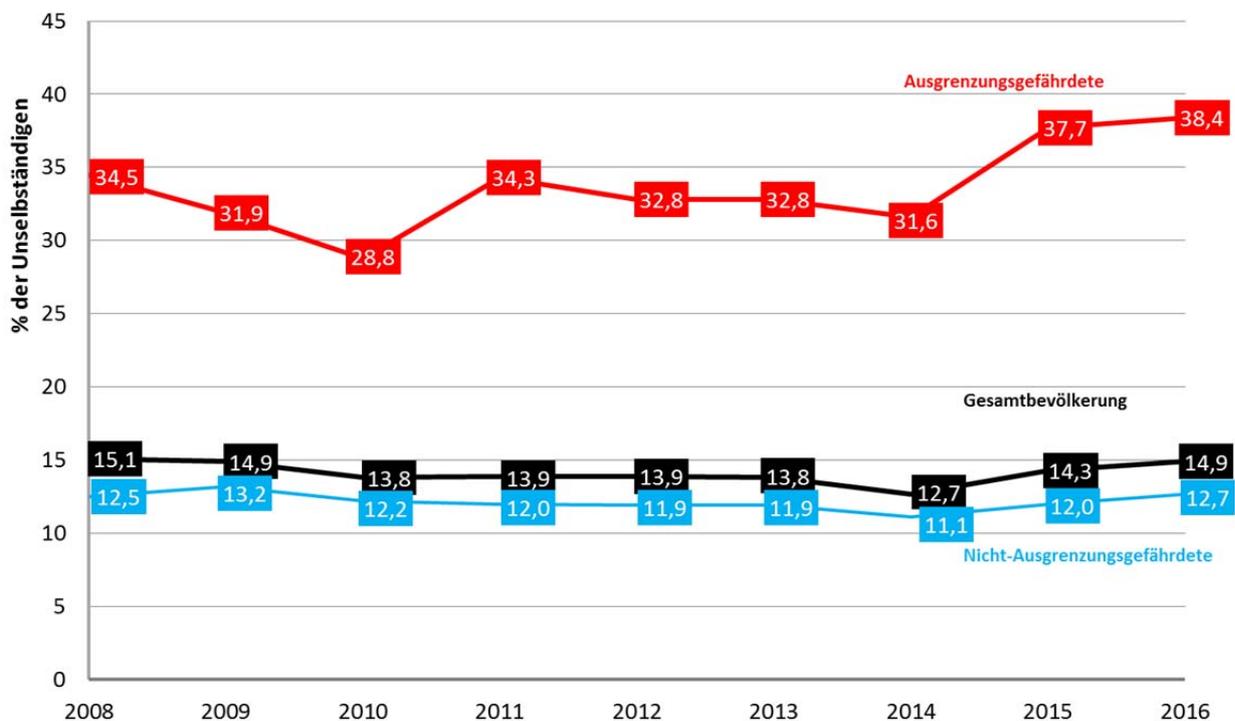
Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle:

Die konventionelle Definition von Armutsgefährdung betrachtet das Gesamteinkommen eines Haushaltes, einschließlich sämtlicher Transferleistungen (z.B. Pensionen und Arbeitslosenleistungen). Ergänzend dazu gibt der Indikator für armutsgefährdendes Erwerbseinkommen Aufschluss darüber, ob Haushalte ohne zusätzliche Transferzahlungen ein Einkommen über der Gefährdungsschwelle erreichen würden. Dabei handelt es sich nicht um die individuellen Erwerbseinkommen, sondern das im Haushalt insgesamt verfügbare Erwerbseinkommen. Familienleistungen, wie Kinderbetreuungsgeld oder Familienbeihilfe werden hierbei zum Erwerbseinkommen hinzugerechnet. Von einem armutsgefährdenden Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit sind mehr Personen als bei den sogenannten „working poor“ betroffen, weil vielfach das Gesamteinkommen dieser Haushalte aufgrund anderer Transferleistungen die Armutsgefährdungsschwelle überschreitet. Der Indikator „Armutsgefährdendes Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit“ bezieht sich somit auf den Anteil der Personen in Erwerbshaushalten, in denen die Summe der Netto-Erwerbseinkommen plus Familienleistungen im Haushalt geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle. Erwerbshaushalte sind Haushalte mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit. Ausgenommen sind jene Haushalte, die mehr als 50% des Einkommens aus Pensionen beziehen, sowie alle 18- bis 64-Jährigen in Ausbildung.

3.3.3 Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)

Bereits zum zweiten Mal in Folge ist die Quote der Niedriglohnbeziehenden nach ILO-Definition wieder angestiegen. Im Jahr 2016 hatten insgesamt 474.000 Personen (bzw. 14,9% der Beschäftigten in Österreich) einen Stundenlohn von weniger als 2/3 des Medianstundenlohnes. Bei den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten ist dieser Anteil mit 38,4% mehr als doppelt so hoch und ebenfalls weiter angestiegen.

Grafik 15: Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

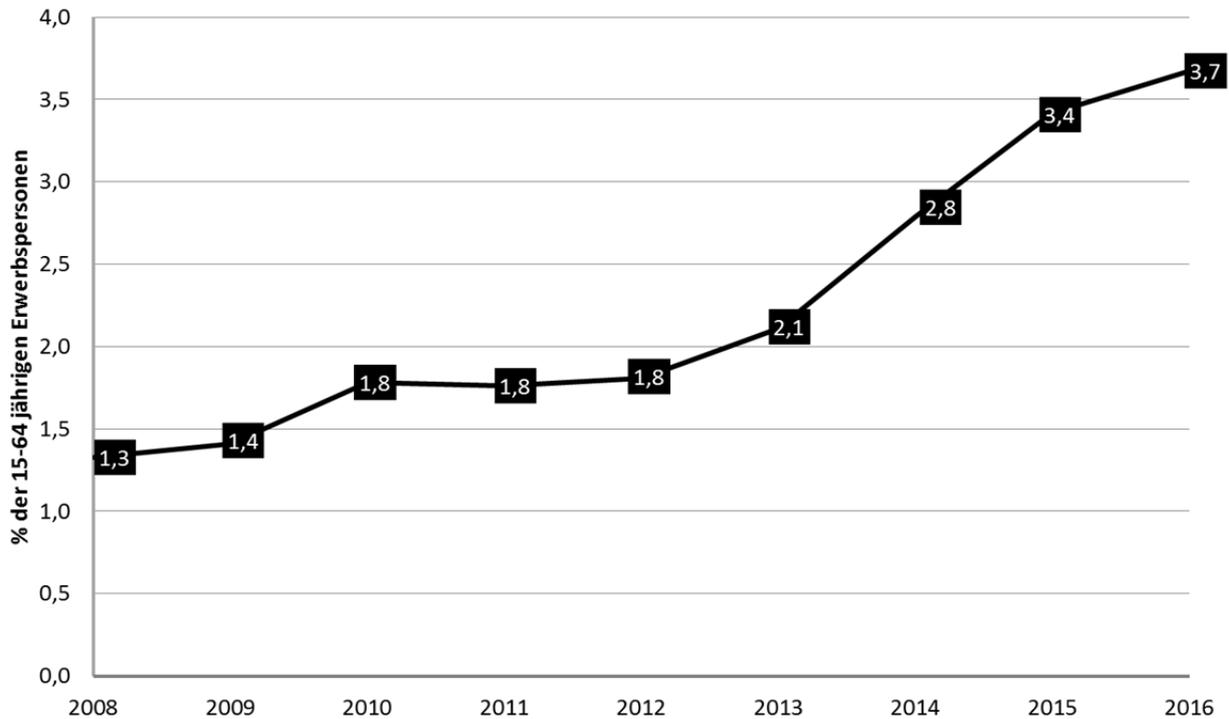
Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns):

Die Internationale Organisation für Arbeit (ILO) misst und beurteilt decent work („anständige Arbeit“) unter anderem daran, ob das Erwerbseinkommen pro Stunde zumindest den Schwellenwert von 2/3 des Bruttomedianlohns des jeweiligen Landes übersteigt. In Österreich lag der Schwellenwert 2016 bei 9,50 EUR pro Stunde. Bei einer 40h-Vollzeitbeschäftigung entspricht das einem Monatslohn von 1.645 EUR brutto, 14 x pro Jahr. In die Berechnung gehen nur unselbständig Erwerbstätige ohne Lehrlinge mit einer Normalarbeitszeit von mindestens 12 Wochenstunden ein.

3.3.4 Langzeitbeschäftigungslosigkeit

Seit Beginn der Berichtsperiode ist die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen steil angestiegen. Die Zahl der Betroffenen hat sich verdreifacht von 54.400 im Jahr 2008 auf 162.000 im Jahr 2016. Bezogen auf die 15- bis 64-jährigen Erwerbspersonen ergibt das einen Anteil von 3,7% dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen Arbeitssuchenden.

Grafik 16: Langzeitbeschäftigungslosigkeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, AMS.

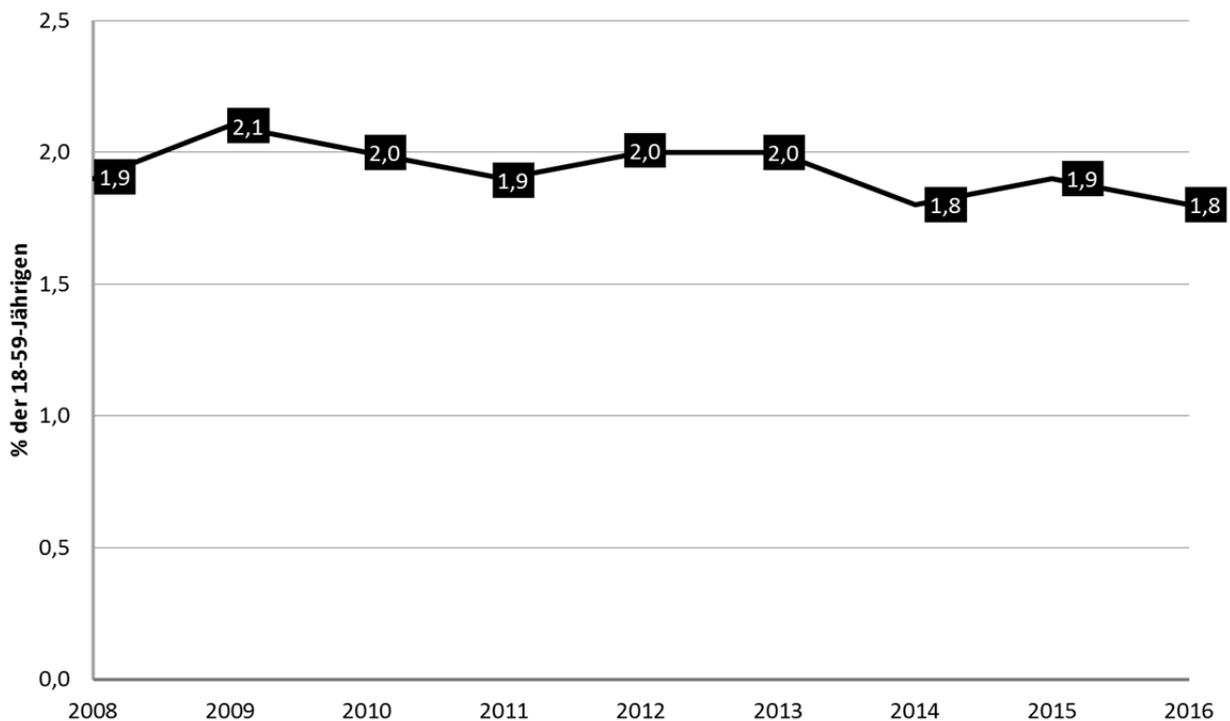
Langzeitbeschäftigungslose:

Langzeitbeschäftigungslosigkeit umfasst nach Definition des Arbeitsmarktservice Personen mit einer Gesamtdauer von mehr als 365 Tagen in registrierter Arbeitslosigkeit, Lehrstellensuche oder Schulungsteilnahme. Ab dem Jahr 2014 sind hier auch Phasen enthalten, in denen die Arbeitsfähigkeit geklärt wird (Gesundheitsstraße) oder ein Fachkräftestipendium oder Umschulungsgeld nach Reha-Aufenthalt bezogen wird. AMS-Schulungen zählen nicht als Unterbrechung. Eine Unterbrechung ab 62 Tagen beendet die Langzeitbeschäftigungslosigkeit (z.B. Arbeitsaufnahme, oder längere Krankheit). Kürzere Unterbrechungen werden bei der Berechnung der Tage in Beschäftigungslosigkeit nicht mitgezählt. Da es sich um Verwaltungsdaten handelt, bei denen alle Personen gezählt werden, auf die die Kriterien des AMS zutreffen, gibt es hierbei keine statistische Schwankungsbreite wie bei den Daten aus EU-SILC. Analysen auf Basis einer Verknüpfung von EU-SILC mit Verwaltungsdaten haben gezeigt, dass mehr als die Hälfte der Langzeitbeschäftigungslosen zur Europa 2020-Zielgruppe zählen.

3.3.5 Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten

Im Jahresdurchschnitt 2016 gaben 84.000 Frauen und 3.000 Männer an, durch Betreuungspflichten gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen nicht oder nur in reduziertem Ausmaß erwerbstätig sein zu können. Diese aus der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung berechnete Zahl liegt etwa auf demselben Niveau wie im Jahr 2008 und entspricht 1,8% der 18- bis 59-jährigen Bevölkerung.

Grafik 17: Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung.

Erwerbshindernisse aufgrund von Betreuungspflichten:

Gemeint sind Frauen und Männer von 18 bis 59 Jahren, die nur teilzeitbeschäftigt oder nicht erwerbstätig sind, weil keine geeignete Betreuungseinrichtung für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene zur Verfügung steht. Studierende und Personen in Pension werden nicht berücksichtigt.

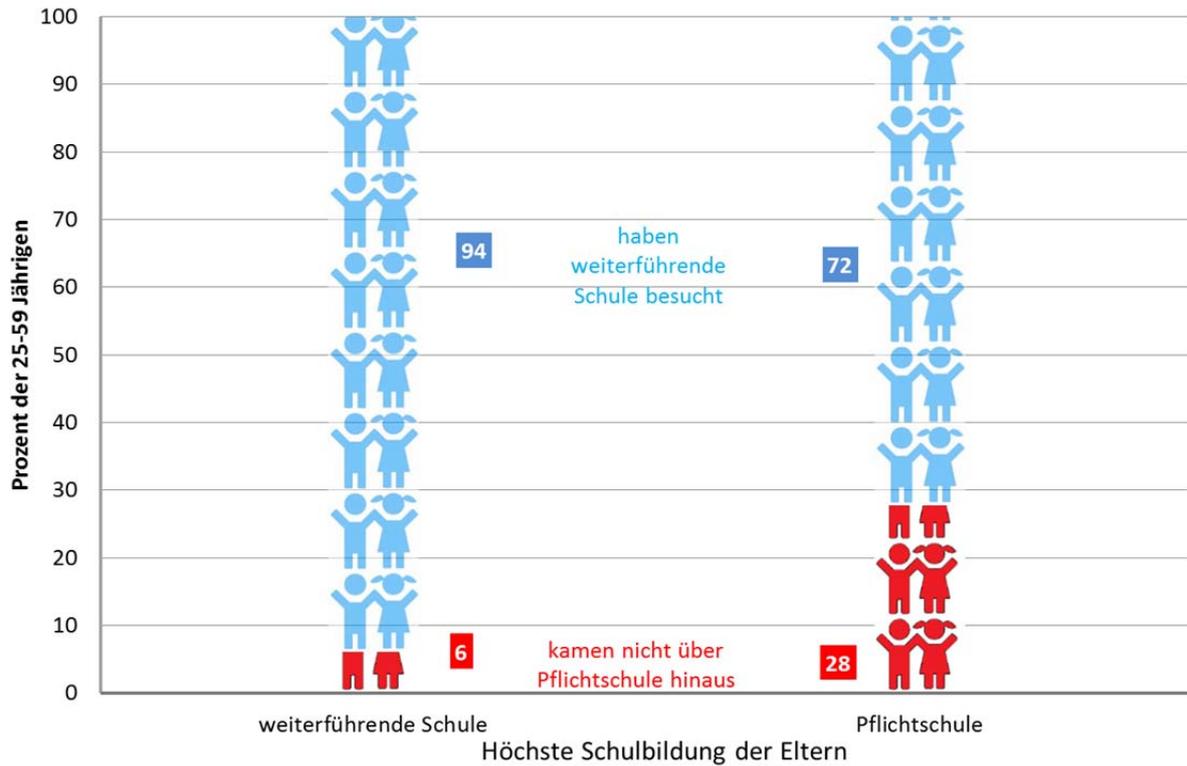
3.4 BILDUNGSCHANCEN

Die Wahrscheinlichkeit einen weiterführenden Bildungsabschluss zu erreichen ist nach wie vor stark vom Bildungsstand der Eltern abhängig. Dennoch ist die Bildungsaktivität seit dem Jahr 2008 allgemein und besonders bei der Gruppe der Armut- oder Ausgrenzungsgefährdeten angestiegen. Ebenso hat sich in diesem Zeitraum der Anteil der unter 5-jährigen Kinder, die einen Kindergarten oder eine Krippe besuchen, erhöht. In den letzten Jahren stieg allerdings auch der Anteil der sogenannten NEETs-Jugendlichen in der Europa 2020-Zielgruppe wieder an. Das Niveau liegt aber bislang noch unter den in den ersten Jahren der Wirtschaftskrise beobachteten Spitzenwerten.

3.4.1 Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität

Aufgrund der in Österreich seit den 1970er Jahren kontinuierlich steigenden Bildungsbeteiligung verfügt heute bereits der größte Teil der Bevölkerung über einen weiterführenden Schulabschluss (inkl. berufliche Ausbildung bzw. Lehre). Allerdings ist noch immer eine Benachteiligung für Personen aus formal bildungsfernen Herkunftsfamilien nachweisbar. Der Anteil der 25- bis 59-Jährigen ohne weiterführenden Schulabschluss liegt bei 6,1%, wenn zumindest ein Elternteil einen weiterführenden Schulabschluss erreicht. Wenn die Eltern keinen weiterführenden Schulabschluss hatten, liegt diese „Pflichtschulquote“ hingegen bei 27,7%. Diese Diskrepanz von 21,5 Prozentpunkten könnte so interpretiert werden, dass die Bildungschancen für jedes fünfte Kind aus einer formal bildungsfernen Familie aufgrund der Herkunft beschränkt werden. Diese Werte sind tendenziell besser als im Vorjahr. Aufgrund der kurzen Zeitreihe und der anzunehmenden Schwankungsbreite ist es jedoch zu früh um aus diesen Ergebnissen Schlüsse über eine nachhaltige Steigerung der Bildungsbeteiligung bei Menschen aus einer bildungsfernen Familie zu ziehen.

Grafik 18: Anteil der Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss nach Bildungsstand der Eltern



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität:

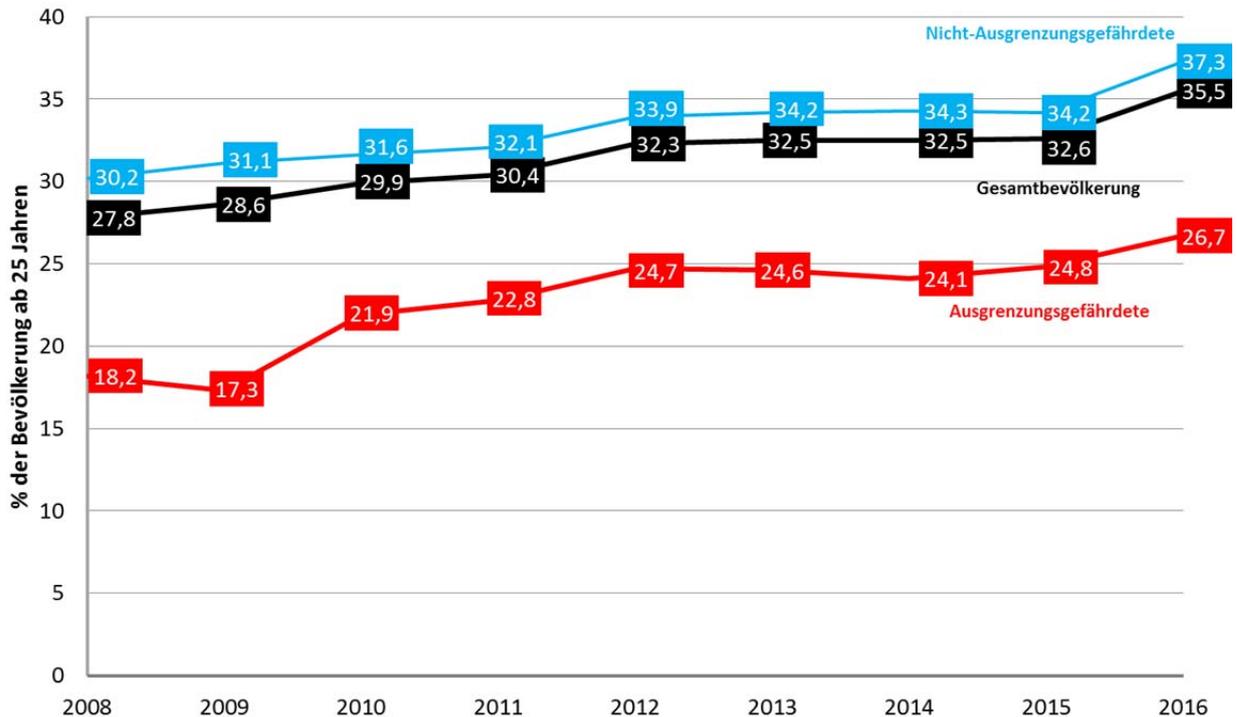
Um Bildungsmobilität zu messen, wird der erreichte Bildungsstand mit jenem der Eltern verglichen. Eingeschränkte Bildungsmobilität besteht dann, wenn keine über die Pflichtschule hinausgehenden Ausbildungsmöglichkeiten in Anspruch genommen werden.

Im Rahmen eines speziellen EU-SILC Moduls zur intergenerationellen Vererbung von Armut wurde in den Jahren 2005 und 2011 unter anderem der Bildungsstand der Eltern erhoben, wobei diese Erhebungen methodisch nicht vergleichbar sind. Seit EU-SILC 2015 wird auf nationale Initiative hin regelmäßig die Bildung der Eltern erhoben. Im Jahr 2016 betrug die Differenz zwischen der Pflichtschulquote von 25- bis 59-Jährigen aus bildungsfernen Familien und gleichaltrigen Personen, deren Eltern eine weiterführende Ausbildung absolviert haben, rund 22 Prozentpunkte.

3.4.2 Bildungsaktivität

Bereits mehr als ein Drittel der Bevölkerung ab 25 Jahren (35,5%) hat in den letzten 12 Monaten einen Kurs oder eine Ausbildung besucht. Die Zahl der Bildungsaktiven hat sich damit gegenüber dem Vorjahr neuerlich um etwa 200.000 erhöht. Im Vergleich zum Jahr 2008 ist die Zahl der Bildungsaktiven um insgesamt 576.000 Menschen angestiegen. Bei den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten lag die Bildungsbeteiligung deutlich niedriger, zeigt aber ebenfalls eine langfristig steigende Tendenz.

Grafik 19: Bildungsaktivität



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Bildungsaktivität:

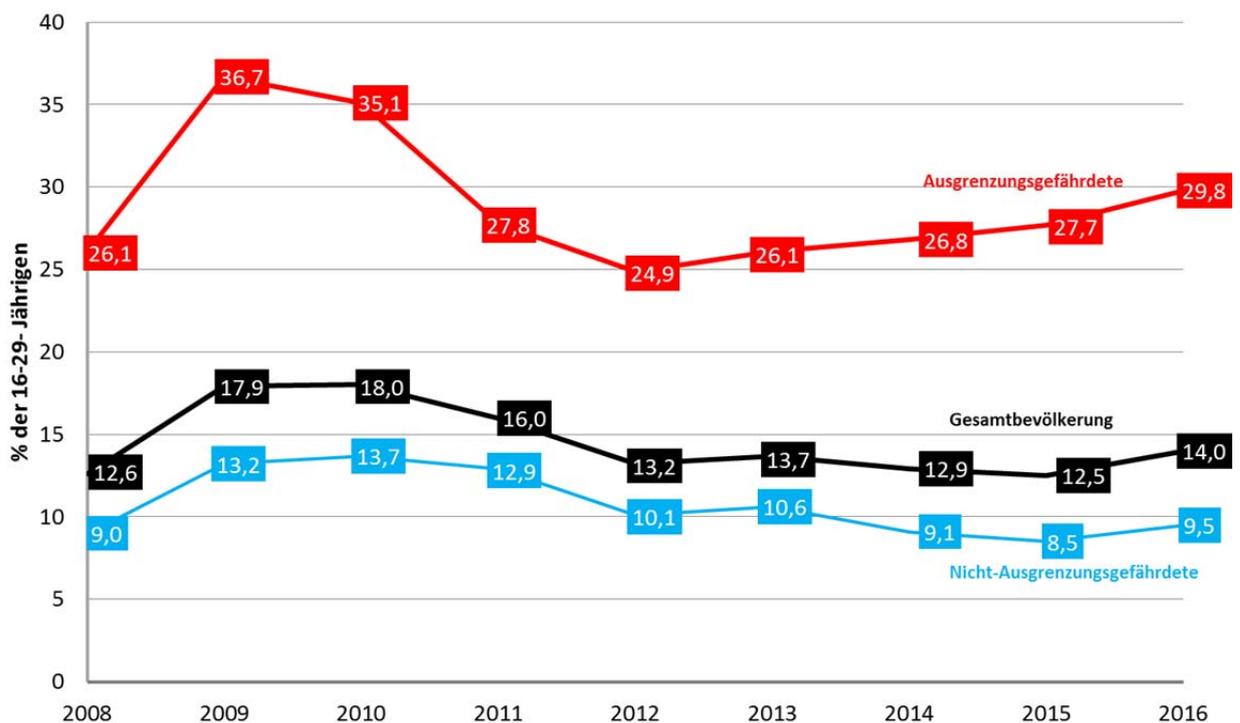
Der österreichische EU-SILC Fragebogen fasst „Bildungsaktivität“ möglichst breit und beinhaltet sowohl schulische und berufliche Aus- oder Weiterbildung als auch freizeitbezogene Kurse:

- formale Bildungsaktivitäten im Vorjahr: darunter fallen Schule, Berufsschule, Universität oder Fachhochschule;
- berufsbezogene Aus- oder Weiterbildung im Vorjahr: gefragt wird nach berufsbezogener Aus- oder Weiterbildung, Teilzeitkursen, Kurzseminaren und Praktika;
- Freizeitaktivitäten und -kurse: gefragt wird nach Kursen, Lehrgängen oder Seminare, deren Inhalte sich auf Freizeitaktivitäten oder Hobbies bezogen haben. Darunter fallen zum Beispiel Sprachkurse, Musikunterricht, Tenniskurse, Fahrschule usw.

3.4.3 Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs)

Im Jahr 2016 gab es insgesamt 214.000 (14,0%) 16- bis 29-Jährige, die in den letzten sechs Monaten weder in Ausbildung standen noch Arbeit hatten. Im Zuge der Wirtschaftskrise war der Anteil dieser sogenannten NEET-Jugendlichen sprunghaft angestiegen, hat sich aber seit etwa 2012 wieder an das Niveau vor der Wirtschaftskrise angenähert. Seither hat sich allerdings eine auffällige Schere zwischen ausgrenzungsgefährdeten und nicht gefährdeten Jugendlichen entwickelt, zumal der Anteil der ausgrenzungsgefährdeten NEETs-Jugendlichen bereits das vierte Jahr in Folge leicht angestiegen ist.

Grafik 20: Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs):

Der Indikator orientiert sich an einer Studie von Eurofound (Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen): NEETs sind Personen zwischen 16 und 29 Jahren, die über einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten im letzten Kalenderjahr weder in Ausbildung noch erwerbstätig waren (Selbstdefinition der Hauptaktivität). Als Datengrundlage dient hier EU-SILC, wodurch die Möglichkeit einer Darstellung für die Europa 2020-Zielgruppe besteht.

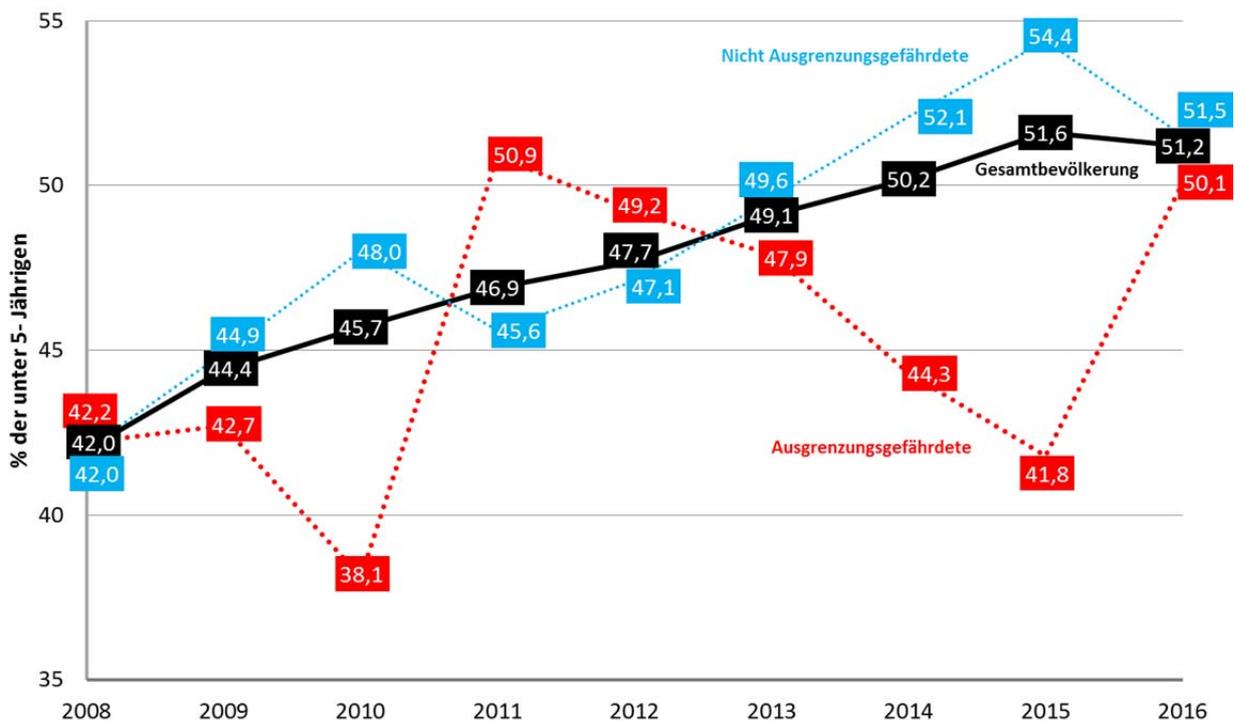
Diese Definition unterscheidet sich von einer gängigen Eurostat-Definition (LFS), die sich auf die Referenzwoche und die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen bezieht. Studien zeigten, dass die Lebenssituation dieser in Österreich knapp 70.000 Jugendliche (7%) umfassenden Gruppe sehr heterogen ist (vgl. Eurofound 2012, Bacher et al. 2014). Als problematisch haben sich vor allem lang andauernde Perioden der Beschäftigungslosigkeit erwiesen, weshalb für die nationalen Indikatoren ein Zugang, der die Dauer dieses Zustandes explizit berücksichtigt, verfolgt wird.

3.4.4 Besuch von vorschulischen Bildungseinrichtungen

Jedes zweite Kind unter 5 Jahren besuchte im Jahr 2016 eine vorschulische Bildungseinrichtung. Diese Zahl ist im Betrachtungszeitraum stetig angestiegen, allerdings kam es im Jahr 2016 erstmals zu einem leichten Rückgang der Besuchsquote. In der Gruppe der 0- bis 4-Jährigen waren 216.000 Kinder (51,2%) in einer Kinderkrippe oder einem Kindergarten. Das entspricht einem Anstieg um 9,2 Prozentpunkte bzw. 49.000 Kinder seit dem Jahr 2008.

Schätzungen auf Basis der EU-SILC Daten zeigten in den letzten Jahren teilweise sprunghafte Veränderungen für die Europa 2020-Zielgruppe in einem Bereich von 38 bis 51%. Diese Veränderungen sind aufgrund der Stichprobengröße inhaltlich nicht interpretierbar. Aktuell entspricht der geschätzte Vorschulbildungsquote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten dem Bevölkerungsdurchschnitt und es ist davon auszugehen, dass Kinder aus armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Familien in Österreich dieselben Vorschulbildungschancen haben wie nicht gefährdete Kinder.

Grafik 21: Besuch von vorschulischen Bildungseinrichtungen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Kindertagesheimstatistik. Gestrichelte Linien: EU-SILC-Schätzungen.

Vorschulbildungschancen:

Vorschulbildungschancen beziehen sich auf Kinder, die bereits vor Beginn der Schulpflicht bzw. dem verpflichtenden Kindergartenjahr einen Kindergarten, eine Kinderkrippe oder alterserweiterte Betreuungseinrichtung besuchen. Die Besuchsquote wird in Bezug auf alle 0- bis 4-jährigen Kinder berechnet. Die Gesamtzahl für jedes Jahr basiert auf der Kindertagesheimstatistik. Diese wird ergänzt durch eine Gliederung der Besuchsquoten für die Europa 2020-Zielgruppe auf Grundlage einer Schätzung aus EU-SILC. Die statistische Schwankungsbreite liegt für diese Gruppe mit plus minus 10 Prozentpunkten allerdings relativ hoch. Die in EU-SILC insgesamt erfasste Gesamtbesuchsquote wurde an die entsprechenden Ergebnisse der Kindertagesheimstatistik angepasst und weist keine Schwankungsbreite auf. Die Anpassung ist auch aufgrund unterschiedlicher Definitionen notwendig. Der Stichtag der Kindertagesheimstatistik ist jeweils der 9. September, während EU-SILC die Betreuungssituation von Kindern zum Zeitpunkt der Erhebung erfasst. Diese beginnt im Frühjahr und erstreckt sich teilweise in den Sommer, wo viele Einrichtungen geschlossen sind. Gerade bei Krippenkindern wurden daher bei EU-SILC bedeutend weniger Kinder gezählt als in der Kindertagesheimstatistik. Der Besuch einer vorschulischen Bildungseinrichtung kann den späteren Bildungserfolg beeinflussen. Betreuung außerhalb einer Einrichtung (z.B. durch Verwandte, Tagesmütter, Babysitter) sind hier nicht berücksichtigt

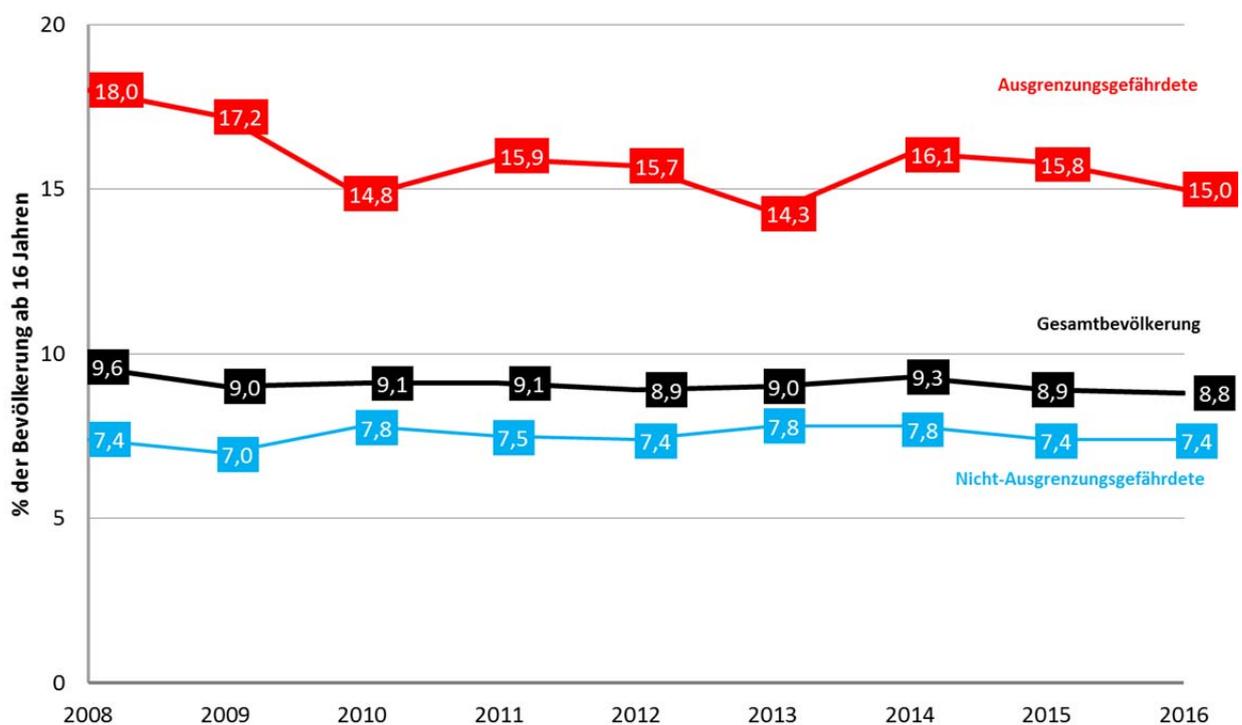
3.5 SOZIALE UNTERSCHIEDE BEI GESUNDHEIT

Gesundheit und Lebensdauer bleiben in Österreich weiterhin von der sozialen Lage abhängig. Die Unterschiede haben sich jedoch reduziert. Für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete war in den letzten Jahren eine deutliche Besserung der Gesundheitssituation feststellbar.

3.5.1 Mehrfache Gesundheitseinschränkungen

Im Jahr 2016 waren insgesamt 636.000 Menschen ab 16 Jahren (8,8%) mehrfach gesundheitlich beeinträchtigt. Obwohl die Bevölkerung im Durchschnitt älter und damit anfälliger für Erkrankungen wird, hat sich diese Zahl kaum verändert bzw. war tendenziell rückläufig. Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete waren im gesamten Beobachtungszeitraum wesentlich häufiger betroffen (2016: 15,0%).

Grafik 22: Mehrfache Gesundheitseinschränkungen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Mehrfache Gesundheitseinschränkungen:

Personen gelten als mehrfach gesundheitlich beeinträchtigt, wenn auf sie mindestens zwei der drei Merkmale „sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand in der subjektiven Einschätzung“, „chronische Krankheit“ oder „starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung seit mindestens einem halben Jahr“ zutreffen. In der Erhebung von EU-SILC 2008 wurden die Fragestellungen zum Bereich „Gesundheit“ an die Gesundheitsbefragung Austrian Health Interview Survey (ATHIS) angepasst. Das Ziel der Harmonisierung der Erfassung des Gesundheitszustands war neben der Angleichung der Messung in den verschiedenen Ländern auch die Angleichung an die europäische Gesundheitsbefragung (EHIS).

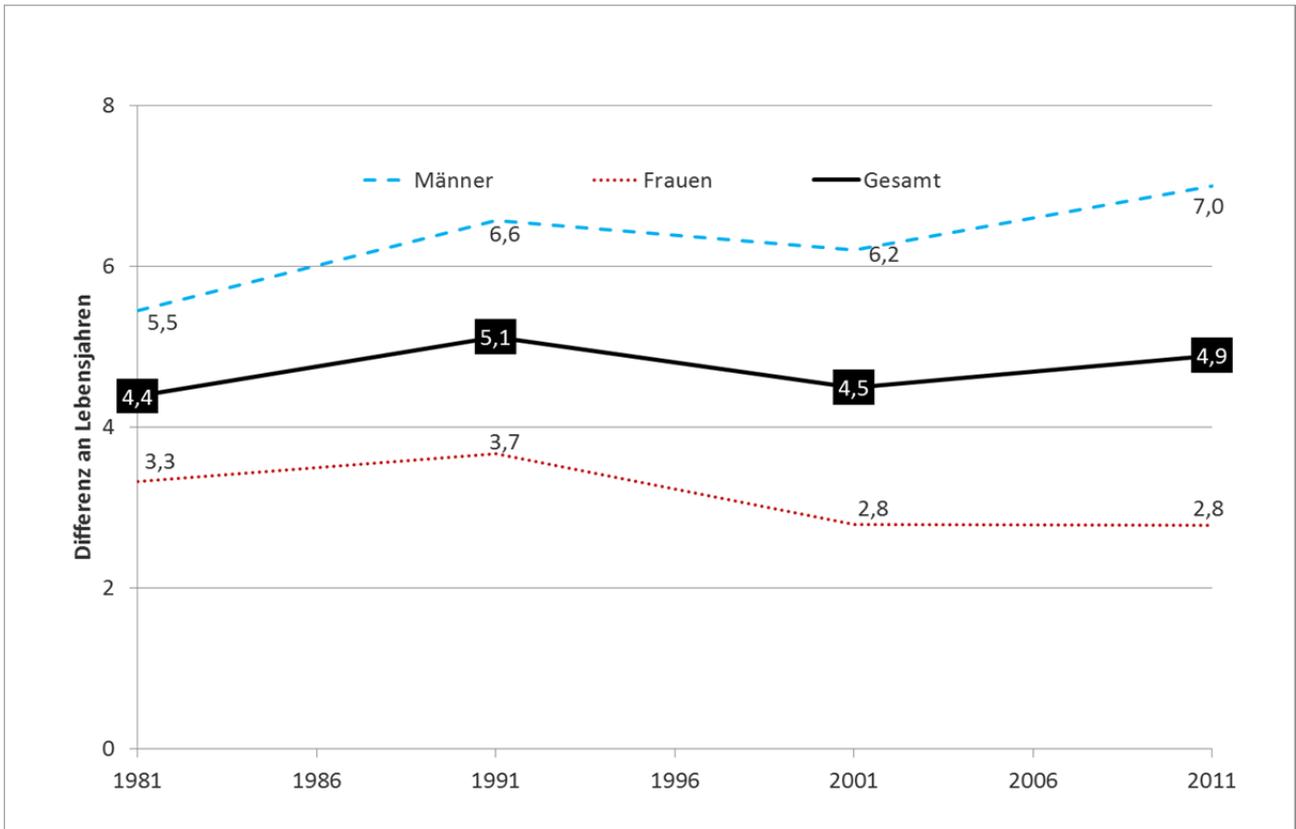
3.5.2 Soziale Lebenserwartungsdifferenzen

Zwischen dem Jahr 1981 und dem Jahr 2011 war für alle Bildungsschichten eine deutliche Zunahme der erwarteten Lebensdauer feststellbar. Allerdings haben bei den Männern höhere Bildungsschichten überdurchschnittlich von der steigenden Lebenserwartung profitiert. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein 35-jähriger Mann mit Hochschulbildung 90 Jahre oder älter wird, lag im Jahr 2006 bei 28,2%. Diese Wahrscheinlichkeit ist bis zum Jahr 2011 um dreieinhalb Prozentpunkte auf 31,7% angestiegen. Demgegenüber ist die Überlebenswahrscheinlichkeit für Männer gleichen Alters, die keinen weiterführenden Schulabschluss besitzen, von 13,5% nur um einen Prozentpunkt auf 14,5% angestiegen (vgl. Klotz, Asamer 2014). Bei Frauen ist die Überlebenswahrscheinlichkeit allgemein wesentlich höher und die bildungsbezogenen Unterschiede sind geringer. Im Jahr 2011 lag die Wahrscheinlichkeit, mindestens 90 Jahre alt zu werden, bei Hochschulabsolventinnen bei 39,4%, im Vergleich zu 29,9% bei Frauen ohne weiterführenden Schulabschluss. Der Anstieg gegenüber dem Jahr 2006 lag bei 1,4 bzw. 1,7 Prozentpunkten.

Das unterschiedliche Sterberisiko der Bildungsschichten ist am anschaulichsten darstellbar, wenn daraus unterschiedliche Lebenserwartungen berechnet werden. Gemäß den Daten der letzten Registerzählung im Jahr 2011 ist bei 35-jährigen Männern mit Pflichtschulbildung die Lebenserwartung um 7,0 Jahre kürzer als bei Männern mit Hochschulabschluss. Für Frauen beträgt der Unterschied 2,8 Jahre. Insgesamt bedeutet dies, dass Menschen mit einem Hochschulabschluss im Durchschnitt um 4,9 Jahre länger leben als Menschen, die höchstens die Pflichtschule abgeschlossen haben. Bei Daten aus dem Jahr 2006 lag dieser mittlere Unterschied bei nur 4,5 Lebensjahren.

Aktuell untersucht Statistik Austria Unterschiede der Sterblichkeit nach Einkommen bzw. jene, die für die Europa 2020-Zielgruppe nachgewiesen werden können (vgl. Klotz, Till 2015, bzw. Klotz, Göllner 2017).

Grafik 23: Differenz der ferneren Lebenserwartung mit 35 Jahren zwischen Personen mit Hochschul- oder Pflichtschulabschluss (1981/82 bis 2011/12)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Bildungsbezogene Sterbetafeln. Lesehilfe: Im Jahr 2011 war die Lebenserwartung einer Person mit Hochschulabschluss um 4,9 Jahre länger als bei einer Person mit Pflichtschulabschluss.

Soziale Lebenserwartungsdifferenzen:

Abstand (in Jahren) zwischen der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Hochschulbildung und der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Pflichtschulbildung (gerechnet ab dem 35. Geburtstag). Die Berechnung erfolgt auf Basis von Periodensterbetafeln getrennt nach Geschlecht. Unterschiede in der ferneren Lebenserwartung zwischen verschiedenen Bildungsniveaus können nur in größeren Zeitabständen berechnet werden (vgl. Klotz, Asamer 2014).

3.6 ALLE INDIKATOREN IM ÜBERBLICK

Die nachfolgende Tabelle bietet eine Übersicht des gesamten Indikatorenkatalogs. Dargestellt sind die jeweiligen Absolutzahlen bzw. Anteilswerte für jeden Indikator für das Ausgangsjahr 2008 sowie die Jahre 2015 und 2016.

Tabelle 1: Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich 2008 bis 2016

	2008		2015		2016	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
EU-Indikatoren						
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (in mind. 1 von 3 Bereichen)	1.699	20,6	1.551	18,3	1.542	18,0
<i>Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung</i>						
Armutsgefährdung	1.252	15,2	1.178	13,9	1.208	14,1
Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	475	7,4	526	8,2	528	8,1
Erhebliche materielle Deprivation	485	5,9	302	3,6	257	3,0
Nationale Indikatoren						
Lebensstandard						
1) manifeste Armut	411	5,0	385	4,5	366	4,3
2) Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen ¹⁾ (EUR/Steigerung z.Vorjahr)	22.689	n.v.	23.473	-1,4	23.694	0,9
3) Einkommensarmutslücke (Mio./Prozent vom BIP)	2.830	1,0	3.175	1,0	3.585	1,1
4) Dauerhaft manifeste Armut	n.v.	n.v.	239	2,9	188	2,3
5) Wiederholte Zahlungsprobleme	341	4,1	347	4,1	328	3,8
Wohnraum						
6) Überbelag	1.221	14,8	1.269	15,0	1.302	15,2
7) Wohnkostenüberbelastung	484	5,9	538	6,4	620	7,2
8) Sehr schlechter Wohnstandard	304	3,7	232	2,7	261	3,0
9) Belastung durch Wohnumgebung	757	9,2	790	9,3	776	9,0
10) Registrierte Wohnungslosigkeit	11	0,1	15	0,2	15	0,2
Erwerbsleben						
11) Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit	733	16,8	708	15,8	742	16,3
12) Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	1.253	20,3	1.490	23,8	1.415	22,7
13) Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	458	15,1	450	14,3	474	14,9
14) Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten	78	1,9	89	1,9	87	1,8
15) Langzeitbeschäftigungslose	54	1,3	148	3,4	162	3,7
Bildungschancen						
16) Bildungsaktivität ab 25 Jahren	1.636	27,8	2.006	32,6	2.212	35,5
17) Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen	167	42,0	212	51,6	216	51,2
18) Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) ²⁾	185	12,6	190	12,5	214	14,0
19) Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität ³⁾	jedes 5. Kind von bildungsfernen Eltern					
Gesundheit						
20) Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	660	9,6	641	8,9	636	8,8
21) Soziale Lebenserwartungsdifferenzen (M + F Gesamt) ⁴⁾	4,9 Jahre					

Q: STATISTIK AUSTRIA. 1) zu Preisen von 2015. 2) 16 bis 29-Jährige, die für mindestens 6 Monate weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren. 3) Differenz der Pflichtschulquoten zwischen 25 bis 59-Jährigen mit formal bildungsfernen und formal bildungsnahen Eltern. Pflichtschulquote = Anteil der Personen ohne weiteren Schulabschluss; formal bildungsnahen Eltern = Eltern mit weiterführendem Schulabschluss; formal bildungsferne Eltern = Eltern, die höchstens Pflichtschulabschluss erreicht hatten. Quelle ist hier EU-SILC 2016. 4) Differenz der fernen Lebenserwartung mit 35 Jahren zwischen Personen ohne weiterführenden Schulabschluss und Personen mit Hochschulabschluss. Quelle ist hier eine Verknüpfung der Registerzählung 2011 mit Sterbefällen 2012.

Eine Übersicht der Situation in der Gruppe der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Menschen findet sich in Tabelle 2. Die Entwicklung der Indikatoren zeigt eine allgemein stabile Lage, mit Ausnahme des Wohnbereiches wo es teilweise augenfällige Verschlechterungen innerhalb der Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten gab.

Tabelle 2: Indikatoren zur Situation der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten

	2008		2015		2016	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
EU-Indikatoren						
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (in mind. 1 von 3 Bereichen)	1.699	100,0	1.551	100,0	1.542	100,0
<i>Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung</i>						
Armutsgefährdung	1.252	73,7	1.178	76,0	1.208	78,3
Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	475	35,9	526	42,9	528	43,1
Erhebliche materielle Deprivation	485	28,5	302	19,5	257	16,6
Nationale Indikatoren						
Lebensstandard						
1) manifeste Armut	411	24,2	385	24,8	366	23,7
2) Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen ¹⁾ (EUR/Steigerung z.Vorjahr)	11.891	n.V.	12.187	-3,2	12.396	1,7
3) Einkommensarmutslücke (Mio./Prozent vom BIP)	2.830	1,0	3.175	1,0	3.585	1,1
4) Dauerhaft manifeste Armut	n.v.	n.v.	239	16,4	188	12,8
5) Wiederholte Zahlungsprobleme	242	14,3	219	14,1	189	12,3
Wohnraum						
6) Überbelag	559	32,9	516	33,3	544	35,3
7) Wohnkostenüberbelastung	394	23,3	428	27,6	491	31,8
8) Sehr schlechter Wohnstandard	128	7,6	89	5,7	109	7,0
9) Belastung durch Wohnumgebung	195	11,5	164	10,5	178	11,6
Erwerbsleben						
11) Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit	348	44,3	360	49,0	390	49,9
12) Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	806	81,6	814	91,6	772	91,8
13) Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	121	34,5	106	37,7	105	38,4
Bildungschancen						
16) Bildungsaktivität ab 25 Jahren	216	18,2	259	24,8	278	26,7
17) Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen	38	42,2	38	41,8	47	50,1
18) Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) ²⁾	81	26,1	87	27,7	101	29,8
Gesundheit						
20) Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	249	18,0	198	15,8	191	15,0

Q: STATISTIK AUSTRIA. 1) zu Preisen von 2015. 2) 16 bis 29-Jährige, die für mindestens 6 Monate weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren.

3.6.1 Statistisch aussagekräftige Veränderungen

Für EU-SILC Indikatoren wurden Schwankungsbreiten nach einem von Statistik Austria entwickelten Bootstrap Verfahren⁷ berechnet. Die Qualitätsrichtlinien von Statistik Austria sehen in der Regel einen Vertrauensbereich vor, der 95% der theoretisch erwarteten Stichprobenschätzwerte einschließt. Besonders bedeutsam ist die Veränderung von Indikatoren über die Zeit. Je größer die Veränderungen sind und je geringer die Schwankungsbreite ist, desto eher können statistisch aussagekräftige Entwicklungen nachgewiesen werden. Tabelle 3 hebt solche Situationen hervor.

⁷ Dieses Verfahren wurde von der Methodikabteilung von Statistik Austria in Anlehnung an die Fehlerrechnung des Mikrozensus entwickelt und soll in Zukunft die Varianzschätzungsmethode von Eurostat ersetzen (siehe methodischer Anhang 7.3).

Tabelle 3: Signifikante Änderungen der Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung

	Gesamtbevölkerung		Zielgruppe	
	seit 2008	seit 2015	seit 2008	seit 2015
EU-Indikatoren				
Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung (in mind. 1 von 3 Bereichen)	●	—	—	—
<i>Bereiche der Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung</i>				
Armutgefährdung	—	—	—	—
Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	—	—	—	—
Erhebliche materielle Deprivation	●	—	●	—
Nationale Indikatoren				
Lebensstandard				
1) manifeste Armut	—	—	—	—
2) Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen ¹⁾	●	—	—	—
3) Einkommensarmutslücke (Mio./Prozent vom BIP)	—	—	—	—
4) Dauerhaft manifeste Armut	—	—	—	—
5) Wiederholte Zahlungsprobleme	—	—	—	—
Wohnraum				
6) Überbelag	—	—	—	—
7) Wohnkostenüberbelastung	—	—	—	—
8) Sehr schlechter Wohnstandard	—	—	—	—
9) Belastung durch Wohnumgebung	—	—	—	—
10) Registrierte Wohnungslosigkeit (Gesamtzahl/in Prozent)	—	—	n.v.	n.v.
Erwerbsleben				
11) Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit	—	—	—	—
12) Haushaltserwerbseinkommen unter Armutgefährdungsschwelle	—	—	—	—
13) Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	—	—	—	—
14) Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten	—	—	n.v.	n.v.
15) Langzeitbeschäftigungslose	—	—	n.v.	n.v.
Bildungschancen				
16) Bildungsaktivität ab 25 Jahren	●	●	●	—
17) Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen	●	—	—	—
18) Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) ²⁾	—	—	—	—
19) Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität	—	n.v.	n.v.	n.v.
Gesundheit				
20) Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	—	—	●	—
21) Soziale Lebenserwartungsdifferenzen (M + F Gesamt)	—	n.v.	n.v.	n.v.

Q: STATISTIK AUSTRIA. 1) zu Preisen von 2015. 2) 16 bis 29-Jährige, die für mindestens 6 Monate weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren. Legende: ● ... signifikante Verbesserung — ... keine signifikante Änderung ◆ ... signifikante Verschlechterung. Das Signifikanzniveau liegt bei 95%. Veränderungen, die auf Basis von Gesamtdaten ermittelt wurden sind automatisch als signifikant eingestuft.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Bildungsaktiven deutlich verbessert. Verschlechtert hat sich allerdings die Langzeitbeschäftigungslosigkeit, die auf Basis von Registerinformationen (ohne Schwankungsbreite) gemessen wird. Erstmals gab es einen leichten Rückgang bei der Besuchsquote in Kindertagesheimen (trotz der leicht rückläufigen relativen Quote ist Zahl der betreuten Kinder in Kindertagesheimen absolut angestiegen). Innerhalb der Zielgruppe der Armut- oder Ausgrenzungsgefährdeten gab es gegenüber dem Vorjahr keine signifikante Veränderung.

Längerfristig betrachtet ist seit dem Jahr 2008 der Kreis der Armut- oder Ausgrenzungsgefährdeten nach EU-Definition signifikant kleiner geworden. Verbessert hat sich vor allem die Deprivationsquote. Innerhalb der Zielgruppe haben sich Problemlagen etwas mehr hin zu Armutgefährdung und mangelnder Erwerbsintensität verschoben.

Die preisbereinigten Medianeinkommen ergeben gegenüber dem Jahr 2008 insgesamt einen Kaufkraftgewinn um 4,4%. Ein Einpersonenhaushalt im Jahr 2016 hatte demnach im Mittel

real um rund 1.000 EUR pro Jahr mehr zur Verfügung als im Jahr 2008. Verbesserungen gab es auch bei der Beteiligung an Bildungsaktivitäten sowie dem Besuch von Kindertagesheimen. Neben diesen positiven Nachrichten zeigt sich heuer, dass die Wohnkostenbelastung insgesamt stark angestiegen ist, insbesondere aber innerhalb der Zielgruppe.

Veränderungen in Bevölkerungsgruppen seit 2008

Nach derselben Methodik lassen sich auch beobachtete Veränderungen innerhalb von Bevölkerungsgruppen beurteilen. Hier gilt besonders, dass sich signifikante Veränderungen eher bei großen Bevölkerungsgruppen nachweisen lassen. Bei eher kleineren Gruppen wie den Alleinerziehenden können aufgrund der Stichprobengröße nur besonders starke Veränderungen abgebildet werden.

Bei den EU-Indikatoren überwiegen langfristig positive Veränderungen zwischen dem Jahr 2008 und 2016. Beispielsweise hat sich die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung für mehrere Bevölkerungsgruppen deutlich verringert. Dazu zählen Frauen, Menschen mit Behinderung sowie Menschen, die in Wien leben. Auch bei Haushaltsformen ohne Kinder gab es langfristige Verbesserungen. Zurückgegangen ist das Risiko der Armutsgefährdung bei Menschen mit Behinderung und Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder. Die Deprivationsquote hat sich bei nahezu allen Bevölkerungsgruppen deutlich verringert. Langfristig zugenommen hat hingegen der Anteil der Personen in Haushalten ohne Erwerbsintensität in der Europa 2020-Zielgruppe sowie in Haushalten mit drei oder mehr Kindern.

Ähnlich ist das Bild bei den ergänzenden Indikatoren zum Lebensstandard. Bei Frauen und Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder hat sich das Ausmaß manifester Armut deutlich verringert. Die preisbereinigten Einkommen sind bei mehreren Bevölkerungsgruppen deutlich angestiegen. Hingegen haben Zahlungsprobleme bei Alleinlebenden deutlich zugenommen.

Im Bereich Wohnen sticht die für die Gesamtbevölkerung beobachtbare Zunahme von Wohnkostenbelastungen vor allem bei Armuts- bzw. Ausgrenzungsgefährdeten sowie Männern, in kleinen Gemeinden und bei Alleinerziehenden hervor. Die Überbelagsquote bei Haushalten ohne Kinder sowie der Wohnstandard bei Menschen in kleinen Gemeinden bzw. solchen, die alleine leben, haben sich deutlich verbessert.

Bei den arbeitsmarktbezogenen Indikatoren zeigt sich, dass die Zahl der Arbeitsmarktfernen seit 2008 in mehreren Gruppen gesunken ist, beispielsweise bei EU-Ausländerinnen und Ausländern; in Gemeinden mit 10.000 bis 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie bei Haushaltsformen ohne Kinder. Hingegen ist die Zahl der alleinlebenden Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit deutlich angestiegen. Der Anstieg der Zahl an

Erwerbshaushalten, deren Erwerbseinkommen und Familienleistungen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegen, wirkt sich besonders stark auf die Europa 2020-Zielgruppen Frauen und Familien mit zwei Kindern aus. Für die Beurteilung der Entwicklung der Niedrigstundenlohnquote ist die EU-SILC Stichprobe der Erwerbstätigen zu klein und es sind für keine Gruppe statistisch aussagekräftige Veränderungen nachweisbar.

Die Bildungsaktivität ist bei nahezu allen Bevölkerungsgruppen enorm angestiegen. Bei der Quote der Jugendlichen ohne Arbeit und ohne Ausbildung gab es nur bei den alleinlebenden Jugendlichen einen Anstieg.

Gesundheitliche Probleme wurden im Jahr 2016 seltener von Armuts- bzw. Ausgrenzungsgefährdeten bzw. Kinderlosen genannt als im Jahr 2008.

Tabelle 4: Signifikante Änderungen von EU-SILC Indikatoren in ausgewählten Gruppen (2008-16)

	Gesamt	Ausgrenzungsgefährdete	Männer	Frauen	Kinder	Behinderung	EU-AusländerInnen	DrittstaatenausländerInnen	Wien	Graz, Innsbruck, Linz, Salzburg	Gemeinden mit > 10.000 Einw.	kleine Gemeinden < 10.000 Einw.	Alleinlebende	Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	Eielernterhaushalt	Mehrpersonenhaushalt 1 Kind	Mehrpersonenhaushalt 2 Kinder	Mehrpersonenhaushalt mehr als 2 Kinder	
EU-Indikatoren																			
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (in mind. 1 von 3 Bereichen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<i>Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung</i>																			
Armutsgefährdung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erhebliche materielle Deprivation	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nationale Indikatoren																			
Lebensstandard																			
1) manifeste Armut	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2) Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen ¹⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4) Dauerhaft manifeste Armut	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5) Wiederholte Zahlungsprobleme	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wohnraum																			
6) Überbelag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7) Wohnkostenüberbelastung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8) Sehr schlechter Wohnstandard	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9) Belastung durch Wohnumgebung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erwerbsleben																			
11) Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12) Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13) Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bildungschancen																			
16) Bildungsaktivität ab 25 Jahren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18) Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) ²⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesundheit																			
20) Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008 und 2016. 1) zu Preisen von 2015. 2) 16- bis 29-Jährige, die für mindestens 6 Monate weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren. Legende: ● ... signifikante Verbesserung — ... keine signifikante Änderung ◆ ... signifikante Verschlechterung. Das Signifikanzniveau liegt bei 95%.

Veränderungen in Bevölkerungsgruppen seit dem Vorjahr

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind deutlich seltener zu beobachten als über einen längeren Beobachtungszeitraum. Verbessert hat sich erhebliche materielle Deprivation sowie Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung insgesamt in Gemeinden mittlerer Größe (mit mehr

als 10.000 bis maximal 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern). In diesen Gemeinden ist auch das Einkommen deutlich gestiegen. Bei Mehrpersonenhaushalten mit zwei Kindern hat sich die Erwerbsintensität signifikant gesteigert. Bei nahezu allen Bevölkerungsgruppen hat die Bildungsaktivität gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen.

Zum Vorjahr deutlich negativ entwickelt hat sich die Überbelastung durch Wohnkosten besonders bei Männern und in den kleinsten Gemeinden Österreichs bzw. in der Europa 2020-Zielgruppe. Auffällig ist auch ein Anstieg der NEETs-Quote bei alleinlebenden Jugendlichen.

Keinerlei signifikante Veränderungen gab es im Vorjahr bei den EU-SILC Indikatoren zu Beschäftigung und Gesundheit. Allerdings ist die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen, die aus Registerinformationen berechnet wird, bisher in jedem Jahr deutlich angestiegen.

Tabelle 5: Signifikante Änderungen von EU-SILC Indikatoren in ausgewählten Gruppen (2015-16)

	Gesamt	Ausgrenzungsgefährdete	Männer	Frauen	Kinder	Behinderung	EU-AusländerInnen	DrittstaatenausländerInnen	Wien	Graz, Innsbruck, Linz, Salzburg	Gemeinden mit > 10.000 Einw.	kleine Gemeinden < 10.000 Einw.	Alleinlebende	Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	Eiernerhaushalt	Mehrpersonenhaushalt 1 Kind	Mehrpersonenhaushalt 2 Kinder	Mehrpersonenhaushalt mehr als 2 Kinder	
EU-Ind																			
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (in mind. 1 von 3 Bereichen)																			
<i>Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung</i>																			
Armutsgefährdung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erhebliche materielle Deprivation	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nation:																			
Lebensstandard																			
1) manifeste Armut	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2) Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen ¹⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3) Einkommensarmutslücke (Mio./Prozent vom BIP)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4) Dauerhaft manifeste Armut	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5) Wiederholte Zahlungsprobleme	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wohnraum																			
6) Überbelag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7) Wohnkostenüberbelastung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8) Sehr schlechter Wohnstandard	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9) Belastung durch Wohnumgebung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erwerbsleben																			
11) Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12) Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13) Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bildungschancen																			
16) Bildungsaktivität ab 25 Jahren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18) Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) ²⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesundheit																			
20) Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015 und 2016. 1) zu Preisen von 2014. 2) 16- bis 29-Jährige die für mindestens 6 Monate weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren. Legende: ● ... signifikante Verbesserung — ...keine signifikante Änderung ◆ ... signifikante Verschlechterung. Das Signifikanzniveau liegt bei 95%.

4. CHANCENUNGLEICHHEITEN IM JAHR 2016

Die vorigen Abschnitte legten den Schwerpunkt auf die Entwicklung der verschiedenen Indikatoren für Armut und Ausgrenzung über die Zeit. Unabhängig davon, zeigten die Indikatoren auch große Ungleichheiten zwischen Bevölkerungsgruppen. Die folgenden Abschnitte untersuchen deshalb anhand der in Abschnitt 3 präsentierten EU-SILC Indikatoren für das Jahr 2016 einige wesentliche Faktoren für diese Chancenungleichheiten.

Aufgrund der in den letzten Jahren wachsenden Relevanz von Problemlagen am Arbeitsmarkt sowie beim Wohnen heben die ersten beiden Teilabschnitte zunächst die Chancenungleichheiten in diesen Bereichen besonders hervor. Danach werden die sozialen Determinanten der Bildungsbeteiligung und Gesundheit behandelt, bevor zusammenfassend einige Zusammenhänge mit den Lebensstandardindikatoren beschrieben werden.

4.1 WOHNEN: DIE ROLLE VON ORT UND DAUER

In diesem Abschnitt liegt die analytische Perspektive auf Haushaltsmerkmalen, die mit den in Abschnitt 3 präsentierten Wohnindikatoren in Zusammenhang stehen. Neben dem Haushaltseinkommen wird insbesondere auf die Rolle des Rechtsverhältnisses, der Wohndauer sowie der Gemeindegröße eingegangen. Abhängig davon zeigen sich Unterschiede in der Leistbarkeit des Wohnens (Wohnkostenüberbelastung) sowie Knappheit des zur Verfügung stehenden Raums (Überbelag) und Wohnqualität (sehr schlechter Wohnstandard und Belastung durch die Wohnumgebung). Im Unterschied zu den in Abschnitt 3.2 gezeigten personenbezogenen Analysen wurden die folgenden Auswertungen zu den Bestimmungsfaktoren der Wohnsituation auf Haushaltsebene berechnet und sind daher mit diesen nicht unmittelbar vergleichbar.

4.1.1 Wohnkostenüberbelastung

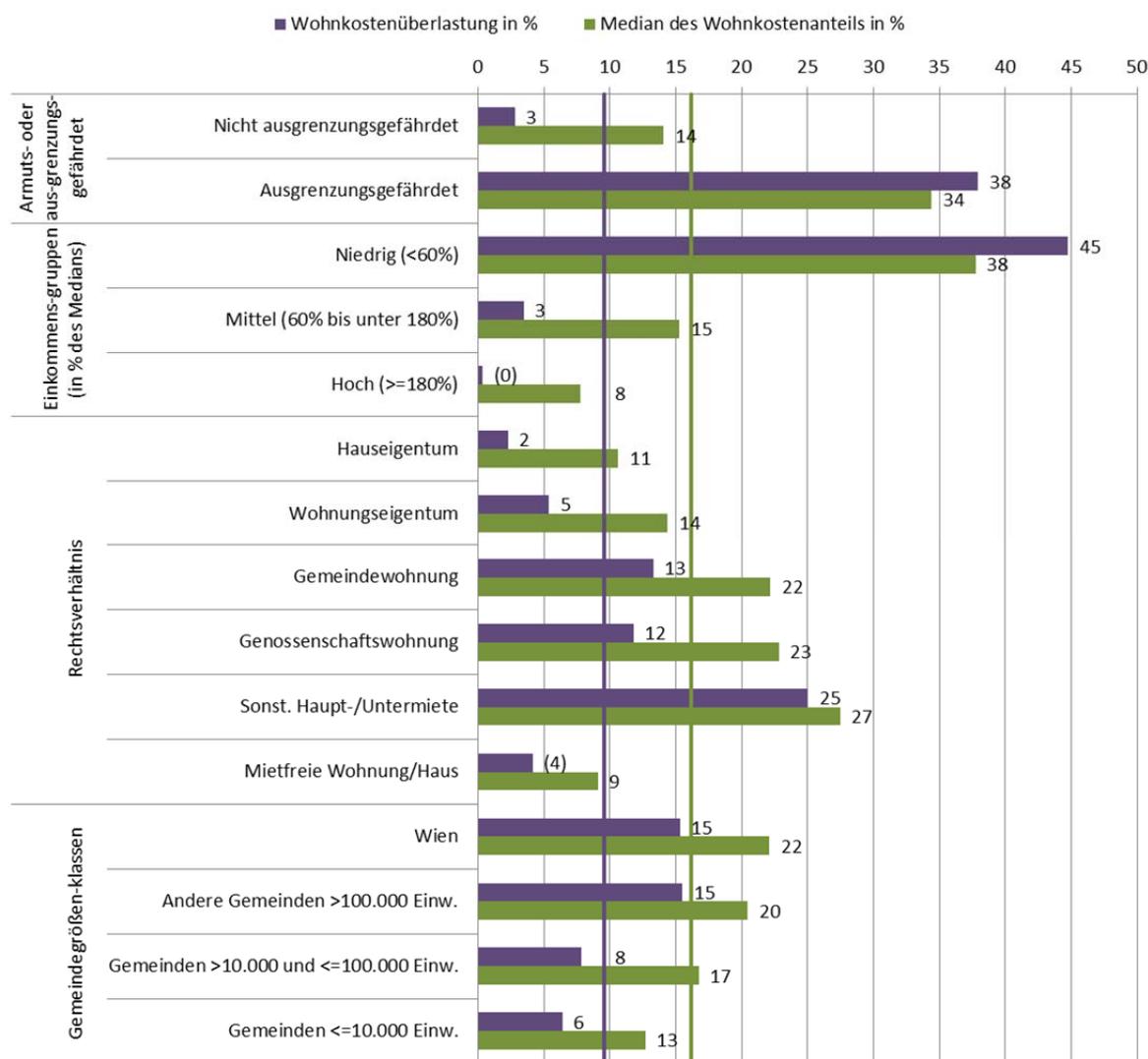
Den Ausgaben für das Wohnen kommt eine große Bedeutung für den Lebensstandard der Haushalte zu – sie reduzieren das für andere Zwecke verfügbare Haushaltseinkommen. Als Grenze für zu hohe Wohnkosten wird im europäischen Indikator der Wohnkostenüberbelastung eine Schwelle von 40% des Haushaltseinkommens herangezogen, die für Wohnkosten aufgewendet werden müssen.⁸ Wichtig ist dabei festzuhalten, dass durch diese Definition nicht auf absolut hohe Wohnkosten abgezielt wird, sondern auf deren relative Höhe in Bezug auf das verfügbare Haushaltseinkommen. In Grafik 24 ist der Anteil der Haushalte mit Wohnkostenüberbelastung gemeinsam mit dem jeweiligen mittleren Wohnkostenanteil (Median) dieser Gruppe dargestellt. In aller Regel ist

⁸ Für alternative Definitionen zu hohen Wohnkosten vgl. etwa Heuberger/Zucha (2015).

der Anteil der Haushalte mit Wohnkostenüberbelastung dann hoch, wenn auch der Wohnkostenanteil der jeweiligen Gruppe relativ betrachtet hoch ist.

Insgesamt waren 10% aller Haushalte (7% aller Personen vgl. Abschnitt 3.2) von Wohnkostenüberlastung betroffen, der mediane Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen betrug 16%. Die Überbelastung war vor allem in Haushalten mit niedrigen Haushaltseinkommen hoch. Beinahe die Hälfte der armutsgefährdeten Haushalte (45%) war übermäßig von Wohnkosten belastet, dies waren etwa 39% aller armutsgefährdeten Personen. Armutsgefährdete Haushalte wiesen auch mit 38% im Median den höchsten relativen Wohnkostenanteil auf.

Grafik 24: Wohnkostenüberlastung und Wohnkostenanteil nach Ausgrenzungsgefährdung, Einkommensgruppe, Rechtsverhältnis und Gemeindegrößenklasse



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. Auswertung auf Haushaltsebene. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden wird geklammert.

Da Haushalte in Mietobjekten höhere Wohnkosten aufweisen (insgesamt und pro Quadratmeter), war bei ihnen auch die größte Häufigkeit von Wohnkostenüberlastung festzustellen – bei Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen mit 13 bzw. 12% nur leicht über dem Durchschnitt, bei privaten Mietwohnungen allerdings mit 25% 2,5 Mal so häufig

wie der Durchschnitt. Nicht zuletzt aufgrund des höheren Mietwohnungsanteils waren mit etwa 15% Haushalte in größeren Städten (Wien und andere Städte über 100.000) häufiger betroffen.

Die gezeigten Merkmale der Haushalte treffen auf manche Personengruppen häufiger zu als andere. Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft hatten beispielsweise deutlich häufiger eine Überbelastung durch Wohnkosten. Dies hängt auch mit der Dauer des Aufenthalts in Österreich zusammen. Personen, die vor mehr als zehn Jahren zugezogen waren, wiesen eine geringere Belastung durch hohe Wohnkosten auf, als erst innerhalb der letzten zehn Jahre zugezogene Personen. Das bestätigt den Befund anderer Studien (Statistik Austria 2017c), dass Mietpreise umso höher sind, je jünger ein Mietvertrag ist. Für einen großen Teil der nichtösterreichischen Bevölkerung stellt Miete die aktuelle Wohnform dar, daher waren sie von diesem Effekt stärker betroffen. Bemerkenswert ist insbesondere, dass auch hier geborene Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft (also ein Teil der „zweiten Generation“) mit rund 20% einen mehr als doppelt so hohen Wert der Wohnkostenüberbelastung aufwiesen wie der Bevölkerungsdurchschnitt; auch hier dürfte die Dauer des Mietverhältnisses bzw. die Tatsache höherer Mieten für neuvermietete Wohnungen einen Teil der Erklärung liefern.

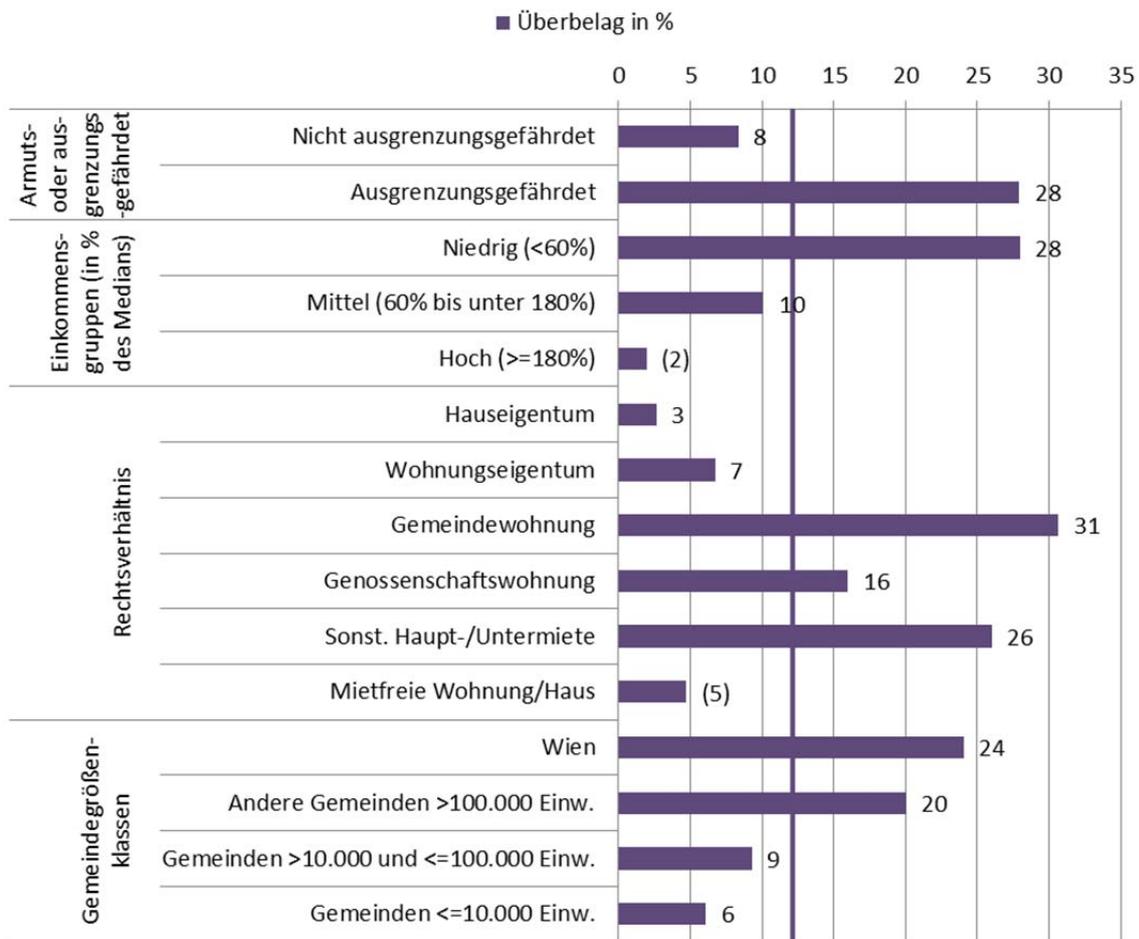
4.1.2 Überbelag

Überbelag bemisst sich nach der hier verwendeten Definition an den verfügbaren Räumen pro Haushaltsmitglied, wobei Paare bzw. das Geschlechter- und Altersverhältnis von Kindern gesondert berücksichtigt werden.⁹ Unabhängig davon, welche Definition verwendet wird, verweist der Indikator auf beengte Wohnverhältnisse und damit eine eingeschränkte Wohnqualität. Für den Haushalt ist diese eingeschränkte Wohnqualität zumeist nur durch erheblichen Kostenaufwand zu beheben. Rund 12% aller Privathaushalte in Österreich waren überbelegt.

Überbelag hängt stark zusammen mit der Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen: Ausgrenzungsgefährdete Haushalte waren mehr als dreimal so häufig überbelegt wie nicht ausgrenzungsgefährdete Haushalte – ähnlich verhält es sich nach der Einkommensgruppe. Nach dem Rechtsverhältnis zeigt sich eine höhere Betroffenheit für Haushalte in Gemeindewohnungen und in sonstigen privaten Mietwohnungen. Dies weist wiederum darauf hin, dass Überbelag eher im urbanen Bereich vorkommt.

⁹ Andere Definitionen zum Überbelag finden sich etwa in der Wohnpublikation von Statistik Austria (2017c).

Grafik 25: Überbelag nach Ausgrenzungsgefährdung, Einkommensgruppe, Rechtsverhältnis und Gemeindegrößenklasse

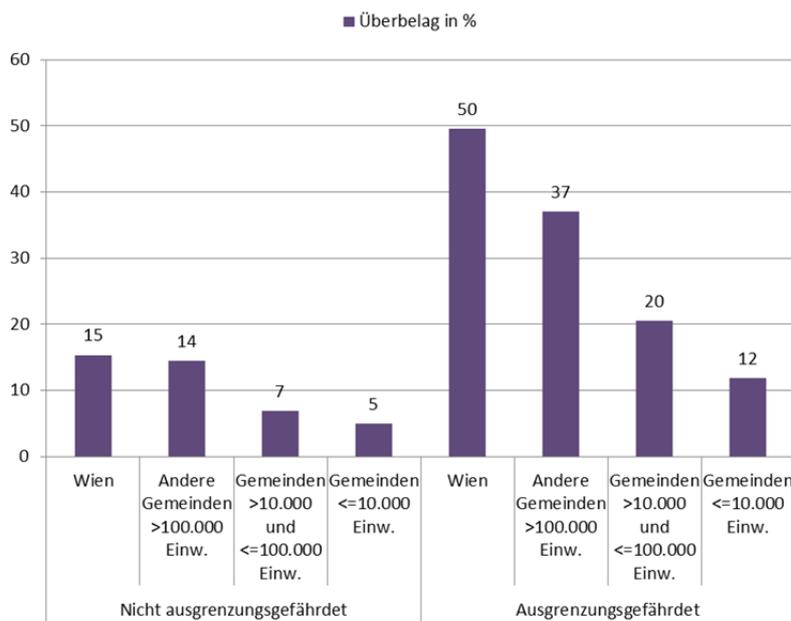


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. Auswertung auf Haushaltsebene. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden wird geklammert. Auswertung auf Haushaltsebene.

Tatsächlich war die Überbelagsquote in Wien (mit 24%) und in anderen Städten über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner¹⁰ (mit 20%) höher als in kleineren Gemeinden. Dies scheint allerdings nicht nur ein Effekt davon zu sein, dass mehr Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete in Städten wohnen. Selbst Haushalte, die nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdet sind, leben in größeren Städten überdurchschnittlich häufig in überbelegten Wohnungen. Hier ist die Ungleichheit also nicht nur auf sozioökonomische Faktoren wie Einkommen, sondern auch auf räumlichen Faktoren (Stadt vs. Land) zurückzuführen.

¹⁰ Das sind Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck.

Grafik 26: Überbelag nach Ausgrenzungsgefährdung und Gemeindegrößenklasse



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. Auswertung auf Haushaltsebene.

4.1.3 Sehr schlechter Wohnstandard

Der Indikator der Wohnkostenüberbelastung versucht Ungleichheit im Bereich des Wohnens objektiv zu quantifizieren, die folgenden Indikatoren zielen demgegenüber stärker auf die Wohnqualität ab, etwa hinsichtlich des Wohnstandards oder in Bezug auf Belastungen durch die Wohnumgebung.

Der Indikator zum sehr schlechten Wohnstandard berücksichtigt einerseits eine schlechte Wohnausstattung (kein WC, weder Badezimmer noch Dusche in der Wohnung) und andererseits qualitative Mängel der Wohnung (dunkle Räume, Feuchtigkeit/Fäulnis). Treffen mindestens zwei der vier Wohnprobleme zu, wird ein schlechter Wohnstandard festgestellt. 3% aller Privathaushalte bzw. 261.000 Personen (3% der Bevölkerung) wiesen 2016 in Österreich einen schlechten Wohnstandard auf – armutsgefährdete Haushalte mit 6% etwa doppelt so häufig wie der Durchschnitt, Haushalte mit hohem Haushaltseinkommen mit 1% deutlich unterdurchschnittlich.

In Gemeindewohnungen (5% der Haushalte) oder in privaten Mietwohnungen (7%) war schlechter Wohnstandard häufiger gegeben als im Durchschnitt. Somit ist als Konsequenz der Verteilung der Wohnformen erkennbar, dass Haushalte in Wien mit rund 6% im regionalen Vergleich am häufigsten in schlechter Wohnqualität lebten.

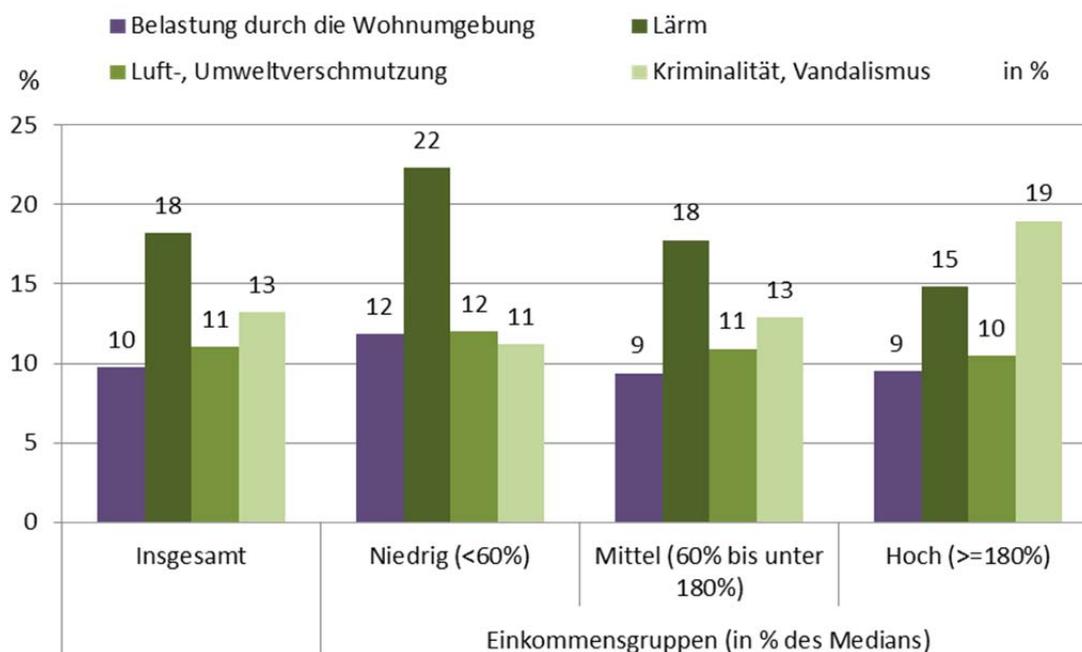
Nach der Staatsbürgerschaft waren Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft mit 2% unterdurchschnittlich häufig von sehr schlechtem Wohnstandard betroffen. Für Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft scheint die Qualität ihrer Wohnungen von der Dauer des Aufenthalts – und vermutlich damit zusammenhängend der Vertragsdauer ihrer Wohnverhältnisse – abzuhängen: Bei EU-/EFTA-Staatsbürgerinnen und -bürgern ist der

Prozentsatz von Wohnmängeln bei Personen, die innerhalb der letzten zehn Jahre zugezogen sind, am höchsten. Am geringsten betroffen waren hier Personen, die in Österreich geboren wurden. Die Unterschiede zwischen den Gruppen sind aber gering. Bei Nicht-EU-/EFTA-Bürgerinnen und -Bürgern ist der Anteil deutlich höher – hier waren allerdings Personen, die in Österreich geboren wurden, mit 12% am häufigsten betroffen, Personen, die innerhalb der letzten zehn Jahre zugezogen sind, am geringsten. Zu vermuten ist, dass sich hier auch unterschiedliche Zuwanderungswellen bzw. unterschiedliche Gruppen von Zuwanderinnen und Zuwanderern abbilden.

4.1.4 Belastung durch die Wohnumgebung

Rund ein Zehntel aller Haushalte waren durch die Wohnumgebung belastet, also durch Kriminalität bzw. Vandalismus, Lärm oder Umweltverschmutzung. Treffen mindestens zwei dieser Probleme zu, wird hier von einem problematischen Zustand ausgegangen.

Grafik 27: Belastung durch die Wohnumgebung und Subindikatoren nach Einkommensgruppe



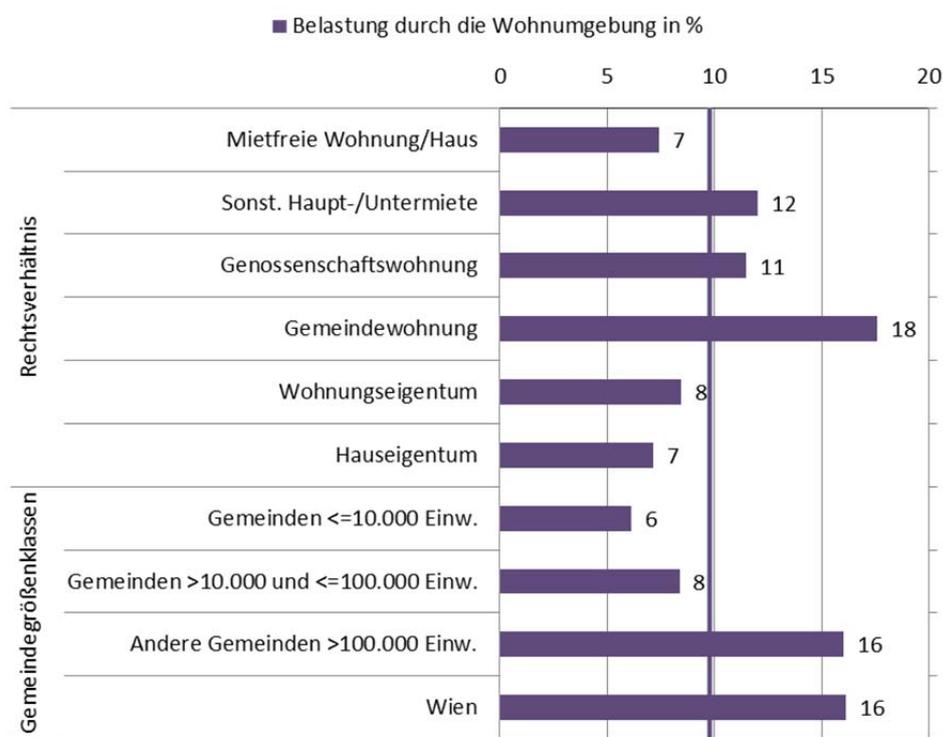
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. Auswertung auf Haushaltsebene. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens.

Bei diesem Indikator waren die Unterschiede nach Einkommensgruppen im Vergleich zu den bislang diskutierten Indikatoren deutlich geringer ausgeprägt, so waren armutsgefährdete Haushalte, ebenso wie Haushalte mit mittlerem Einkommen mit 12% nur etwas überdurchschnittlich belastet, Haushalte mit einem hohen Haushaltseinkommen mit 9% etwas unterdurchschnittlich. Hier lohnt ein Blick auf die einzelnen Fragen, die in diesem Indikator zusammengefasst werden (Grafik 27). Eine besonders hohe Betroffenheit von Kriminalität und Vandalismus in ihrer Wohnumgebung geben Haushalte mit hohem Einkommen an. Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass diese Haushalte tatsächlich in höherem Maße in von Kriminalität und Vandalismus belasteten Wohngebieten leben, sondern sich die

Einschätzung und Wahrnehmung der Wohnumgebung unterscheidet.¹¹ Stärker von Lärm betroffen fühlten sich Haushalte mit niedrigem Einkommen (22% vs. 15% bei Haushalten mit hohem Einkommen).

Deutliche Unterschiede zeigen sich nach dem Rechtsverhältnis: Haushalte in Gemeindewohnungen gaben mit 18% deutlich häufiger eine belastete Wohnumgebung an als Haushalte in Eigentumsobjekten (Haus 7%, Wohnung 8%). Haushalte in anderen Mietwohnungen waren mit 11% (Genossenschaft) und 12% (private Mietwohnungen) nur leicht überdurchschnittlich belastet. Die starke Betroffenheit in Gemeindewohnungen verweist bereits darauf, dass Probleme in der Wohnumgebung vor allem ein urbanes Phänomen sind. So waren auch Haushalte in Wien bzw. in anderen Städten über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner mit 16% deutlich überdurchschnittlich häufig betroffen.

Grafik 28: Belastung durch die Wohnumgebung nach Rechtsverhältnis und Gemeindegrößenklasse



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. Auswertung auf Haushaltsebene.

¹¹ Das Kriminalitätsfurcht-Paradoxon beschreibt, dass die Furcht vor Kriminalität eher bei Personen, die seltener von Kriminalität betroffen sind, entsteht und dass die Furcht vor Kriminalität nicht mit der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung (objektiviert etwa durch Kriminalstatistik) zusammenhängt. Zum komplexen Zusammenhang von Kriminalität und Wahrnehmung vgl. D. Ziegleder/D. Kudlacek/ T. Fischer (2011, 27ff)

4.2 ARBEIT: NUR EINE FRAGE DER BILDUNG?

Bei der folgenden Analyse von Arbeitsmarktindikatoren steht wieder die Personenebene im Vordergrund. Es geht dabei um erworbene Merkmale wie Bildung und Qualifikation, die eine unmittelbare Rolle beim Zugang von Personen zum Arbeitsmarkt und dem aus Erwerbsarbeit bezogenen Einkommen spielen können. Diese Faktoren werden wiederum vielfach bereits in der Kindheit durch die Herkunftsfamilie geprägt (vgl. Abschnitt 3.4.1) und können also weitervererbt werden. Im Kapitel 5 finden sich deshalb weiterführende Analysen, wie sich die elterliche Bildung auf Erwerbschancen und -einkommen sowie Armutsrisiken auswirken.

Erwerbsarbeit dient der Generierung von Einkommen und damit dem Erreichen bzw. Erhalt eines bestimmten Lebensstandards, gleichzeitig auch der sozialen Integration. Die Daten belegen die Relevanz der Erwerbseinbindung für den Lebensstandard: Die Hälfte (52%) aller Personen, die in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität lebten¹², fallen in die Gruppe der niedrigen Einkommen und sind somit armutsgefährdet. Im Vergleich dazu verfügten Personen in Haushalten mit voller Erwerbsintensität selten über niedrige Einkommen (6%) und fanden sich vorwiegend in der mittleren (80%), aber auch häufiger in der hohen Einkommensgruppe (14%) wieder.

Auf dem Weg zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum (vgl. Europäische Kommission 2010) dient die Beschäftigungsquote daher als ein wichtiger Gradmesser des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Im Europa 2020-Sozialziel ist weiters die niedrige Erwerbsintensität im Haushalt als Indikator definiert. Während dieser also den Fokus auf den Haushaltszusammenhang und die indirekten Auswirkungen auf den Lebensstandard legt, stellen die nationalen Indikatoren für soziale Eingliederung auch die persönliche Erwerbseinbindung und Beschäftigte mit Niedriglöhnen dar (Abschnitt 3.3). Ergänzend wird gezeigt, wer erwerbstätig ist, jedoch im Haushalt mit diesem Erwerbseinkommen (plus Familienbeihilfen) nicht über das Niveau der Armutsgefährdungsschwelle gelangt (4.2.2).¹³

4.2.1 Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit

16% aller 18- bis 59-Jährigen waren 2016 gar nicht oder nicht regelmäßig erwerbstätig – Frauen erheblich öfter als Männer: 522.000 Frauen und damit beinahe ein Viertel (23%) der Frauen dieser Altersgruppe übten weniger als 20% einer ganzjährigen Vollzeit-erwerbstätigkeit aus; dies traf nur auf 10% bzw. 220.000 der Männer zu.¹⁴ Im österreichischen Umsetzungsplan zur Europa 2020-Strategie wurden auf Grund dieser

¹² Für alle unter 60-Jährigen definiert, entspricht dem Europa 2020-Indikator „In Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit lebende Personen“.

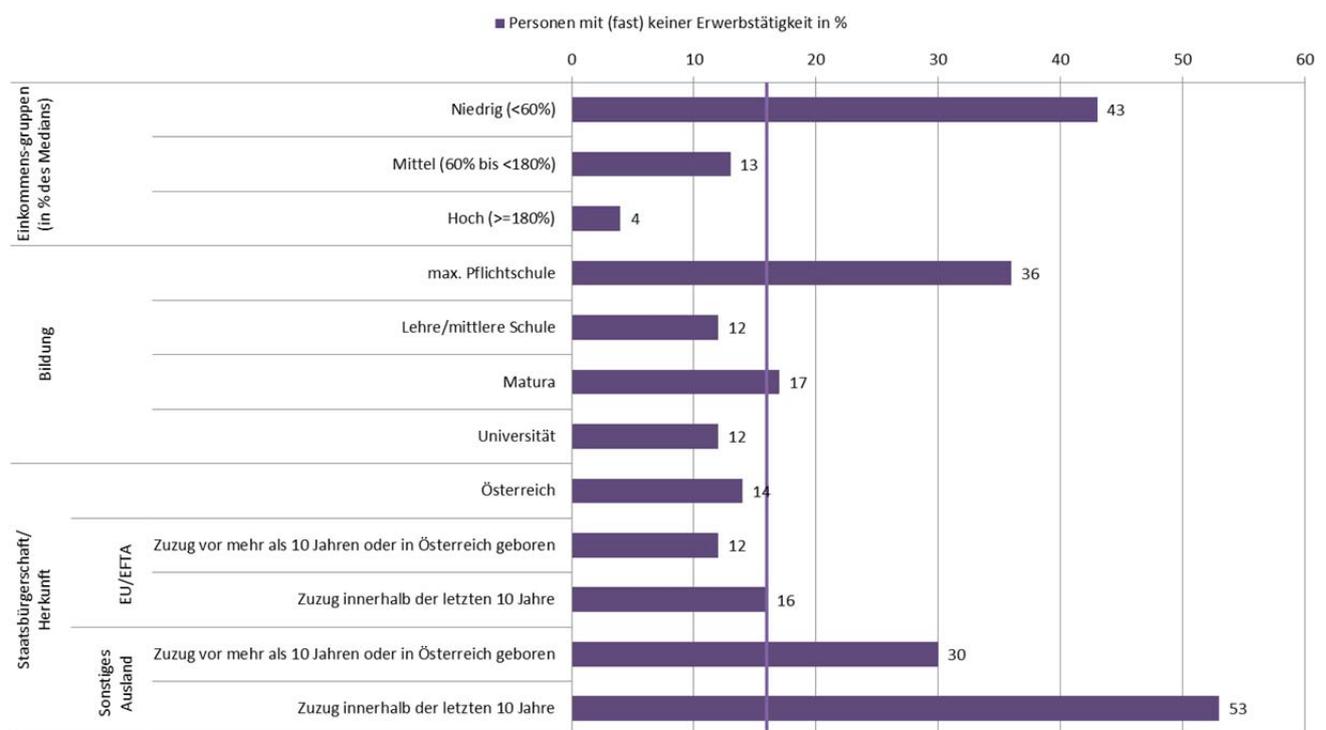
¹³ Zu den Definitionen und zeitlichen Entwicklungen der Indikatoren des Erwerbslebens siehe Abschnitt 3.3.

¹⁴ D.h. sie waren entweder nicht erwerbstätig oder wenn sie es waren, haben sie bei durchgehender Beschäftigung im letzten Kalenderjahr eine wöchentliche Arbeitszeit von weniger als sieben Stunden pro Woche gehabt.

großen geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung auch die länderspezifische Empfehlung der Europäischen Kommission zur verbesserten Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt aufgegriffen und v.a. Maßnahmen im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorgestellt (vgl. BKA 2017).¹⁵

Besonders oft waren Personen mit geringer Bildung ohne regelmäßige und ausreichende Erwerbstätigkeit – siehe Grafik 29: Die Quote der Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit lag bei Absolventinnen und Absolventen einer Pflichtschule bei über einem Drittel und damit etwa 3 Mal so hoch wie für Personen mit Lehr- oder Universitätsabschluss. MaturantInnen waren etwas häufiger nicht-erwerbstätig (17%) als Personen mit mittlerer oder hoher Bildung (12%), ein Großteil von ihnen ist jedoch in einer weiteren Ausbildung und aus diesem Grund ohne regelmäßige Erwerbstätigkeit.

Grafik 29: Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit nach Einkommensgruppe, Bildung, Herkunft



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

Qualifikation ist auch für Personen nichtösterreichischer Herkunft Schlüssel zur Erwerbstätigkeit, scheint jedoch nicht der alleinbestimmende Faktor zu sein. Jene, die erst innerhalb der letzten zehn Jahre aus dem Nicht-EU-/EFTA-Ausland zugezogen sind, waren deutlich häufiger in geringem Maße oder nicht erwerbstätig (53%) als ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die schon länger in Österreich leben oder bereits hier geboren wurden (30%). Interessant ist dabei, dass für die in den letzten Jahren aus einem Drittstaat Zugezogenen, Integration in den Arbeitsmarkt trotz deutlich gesteigener

¹⁵ Wie sich Betreuungspflichten auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen und mit dieser auf die Armutsgefährdung von Familien auswirken, kann z.B. im Sozialberichtskapitel „Lebensbedingungen, Armut und Einkommen in Österreich“ nachgelesen werden (Lamei et al 2017, S. 192ff.).

Ausbildungsniveaus gegenüber früheren Zuwanderungsgenerationen (noch) nicht so gut gelungen ist.¹⁶ Die Daten geben keinen Aufschluss über unterschiedliche Sprachniveaus; zahlreiche Studien belegen jedoch, dass Integration in den Arbeitsmarkt in Wechselbeziehung mit Faktoren wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen und sozialer Integration steht (vgl. z.B. Krause/Liebig 2011).

Personen aus EU-/EFTA-Ländern ohne österreichische Staatsbürgerschaft verfügten im Mittel sogar über ein höheres durchschnittliches Ausbildungsniveau als Österreicherinnen und Österreicher. Auch für sie war prinzipiell die Chance auf Arbeitsmarktintegration größer, wenn sie schon länger in Österreich lebten (16 zu 12%). Der Anteil derer, die nicht oder nur sehr wenig am Arbeitsleben teilnahmen, war aber etwa gleich wie für Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft (14%). Selbst innerhalb desselben formalen Ausbildungsniveaus zeigten sich deutliche Unterschiede nach der Herkunft: Ausländische Staatsangehörige aus Nicht-EU/EFTA waren häufiger nicht oder nur sehr gering erwerbstätig als Personen mit österreichischer oder EU-/EFTA-Staatsangehörigkeit und vergleichbarer Schulbildung. Das Nicht-Ausnutzen des Erwerbspotentials von Frauen in Relation zu den Männern zeigte sich interessanterweise in gleichem Maße – etwa doppelt so viele Frauen wie Männer derselben Staatsbürgerschaftsgruppe waren jeweils ohne Erwerbstätigkeit – jedoch war das Niveau bei Frauen mit Nicht-EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft mit 55% Nicht-Erwerbsbeteiligung deutlich am höchsten (gegenüber 24% bei Männern mit Staatsbürgerschaft aus Nicht-EU-/EFTA-Ländern).

Es sind in erster Linie der eigene Bildungsabschluss wie auch insbesondere für Frauen familiäre Verpflichtungen, die die Erwerbsteilnahme fördern oder hemmen¹⁷, jedoch spielen der familiäre (Bildungs-)Hintergrund (siehe Abschnitt 5.3) und die Herkunft zumindest teilweise auch hier eine Rolle. In diesem Indikator unerklärt bleibt, ob die Nicht-Erwerbstätigkeit bewusst gewählt oder unbeabsichtigt ist. Im Zusammenhang der sozialen Integration zeigt Grafik 29 aber deutlich: Personen, die ihr Erwerbspotential nicht oder nur unzureichend ausgeschöpft haben, lebten letztendlich öfter in Haushalten mit geringen Einkommen – was durch ihre eigene Erwerbsinaktivität, aber auch durch die Konstellation im Haushalt bedingt sein kann.

¹⁶ 18- bis 59-jährige Nicht-EU-/EFTA-Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die maximal zehn Jahre in Österreich leben, haben einen Ausbildungsscore von 2,3 (1 = Pflichtschule, 4 = Universität) erreicht; jene, die bereits länger als zehn Jahre in Österreich sind oder hier geboren wurden, aber keine österreichische Staatsbürgerschaft haben, im Mittel 1,8 – also weniger als mittleres Ausbildungsniveau.

¹⁷ Vgl. zur Frauenerwerbstätigkeit nach Zahl und Alter der Kinder Lamei et al 2017, S. 193.

4.2.2 Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle

23% der Personen in Erwerbshaushalten hatten 2016 ein armutsgefährdendes Erwerbseinkommen.¹⁸ Das waren 22% der Männer (684.000) und 24% der Frauen (731.000), die ohne zusätzliche Transferzahlungen mit Ausnahme der Familienleistungen ein Einkommen unter der Gefährdungsschwelle hatten.¹⁹ Tatsächlich sind auch bei Betrachtung des gesamten Haushaltseinkommens 47% derjenigen mit niedrigem Haushaltserwerbseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle verblieben, für 53% haben Sozialleistungen und ev. auch Privattransfers eine Erhöhung über den Schwellenwert bewirkt. Umgekehrt gilt: Fast alle Personen aus Erwerbshaushalten deren gesamtes Haushaltseinkommen als „niedrig“, eingestuft wird (96%), haben dies auf Grund eines geringen Haushaltserwerbseinkommen (vgl. Grafik 30). Die übrigen 4% erreichten zwar zunächst ein Haushaltserwerbseinkommen über der 60%-Schwelle, rutschten aber nach Abzügen von privaten Zahlungen an andere Haushalte sowie ev. Steuernachzahlungen darunter.

Effekte der Bildung zeigen sich vor allem entlang der Trennlinie Pflichtschulabschluss vs. weiterführende Bildung: Personen, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, haben mit 38% ein deutlich erhöhtes Risiko in einem Haushalt mit niedrigem Haushaltserwerbseinkommen zu leben als jene mit mindestens einem mittleren Schulabschluss (max. 20%).

Nach der Herkunft nahm die Quote der Personen in Erwerbshaushalten, die ein niedriges Erwerbseinkommen haben, mit der Dauer des Aufenthalts in Österreich ab. Sie lag für Personen mit EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft (33% bei Zuzug vor mehr als 10 Jahren bzw. 41% bei Zuzug danach) dabei niedriger als für Personen aus dem sonstigen Ausland (52% bzw. 63%) und am niedrigsten für jene mit österreichischer Staatsbürgerschaft (18%).

Die hier betrachtete Einkommenssituation im Haushalt ist abhängig von individuellen Erwerbseinkommen aber auch von der Zusammensetzung des Haushalts und des darin ausgeschöpften Erwerbspotentials. Damit ist es ein Maß, das ähnlich der Armutsgefährdungsquote – die außerdem auch noch die Umverteilungswirkung von Sozialleistungen berücksichtigt – auf den Lebensstandard abzielt, Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt und in der Bezahlung aber bestenfalls indirekt aufzeigen kann.

¹⁸ Haushalte mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit ohne Pensionshaushalte oder Personen in Ausbildung – Definitionen und Zeitreihe siehe Abschnitt 3.3.2.

¹⁹ Da hier die Berechnung anhand der Haushaltseinkommen erfolgt und eine Gleichverteilung innerhalb des Haushaltes angenommen wird, sind die Geschlechterunterschiede relativ gering. Betrachtet man hingegen nur Alleinlebende sind Frauen (25%) stärker betroffen als Männer (20%).

4.2.3 Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)

Erwerbsteilnahme als wichtigste Einkommensquelle für Menschen im erwerbsfähigen Alter ist prinzipiell – insbesondere bei Beschäftigung in Vollzeitausmaß – mit dem Ziel verknüpft, aus Erwerbsarbeit einen Lohn zu generieren, von dem man leben kann. Welcher Lohn für welche Art von Tätigkeit und welches Qualifikationsniveau als angemessen gilt, ist eine gesellschaftspolitische Frage und wird in Österreich sozialpartnerschaftlich ausgehandelt. Darüber hinaus existieren in der wissenschaftlichen Debatte internationale Standards, die Schwellenwerte für „anständig bezahlte Jobs“ definieren. Orientiert an jenem Stundenlohn, den die Internationale Organisation für Arbeit (ILO) als Niedriglohnschwelle definiert, zählten 2016 15% der unselbständig Erwerbstätigen ohne Lehrlinge zu den Niedriglohnbeziehenden.²⁰ Der eklatante Geschlechterunterschied – 21% der Frauen vs. 10% der Männer waren Niedriglohnbeschäftigte – ist insofern beachtenswert, da hier auf Stundenlohnbasis²¹ gerechnet wird und daher prinzipiell Nachteile durch Beschäftigung in geringerem Stundenausmaß wegfallen. Strukturelle Unterschiede auf Grund von Teil- vs. Vollzeiterwerbstätigkeit, Branche, Qualifikation, Betriebszugehörigkeit und anderen Merkmalen des Jobs, des Betriebes und der erwerbstätigen Person zeigen sich dennoch in erheblichem Ausmaß. Der in Österreich anhand einer anderen Datenquelle berechnete „Gender Pay Gap“ lag in um diese und andere Faktoren bereinigter Form 2014 bei 13,6%.²²

Dass sich geringe Stundenlöhne oft in niedrigen Haushaltseinkommen manifestieren ohne durch andere Einkommen im Haushalt ausreichend Ausgleich zu finden, ist in Grafik 30 sichtbar. Besonders betroffen waren Erwerbstätige, die nur geringe Bildung bis maximal Pflichtschulabschluss vorweisen konnten. Junge Erwerbstätige haben häufiger Löhne unter dem ILO-Schwellenwert – selbst bei Vergleichen innerhalb des gleichen Ausbildungsgrades – was auf die kürzere berufliche Vorerfahrung und Betriebszugehörigkeit zurückzuführen ist.²³

Während 12% der Österreicherinnen und Österreicher Niedriglohnbeziehende waren, waren unter den ausländischen Erwerbstätigen weit mehr von niedrigen Stundenlöhnen betroffen. Auch hier waren Drittstaatsangehörige stärker benachteiligt als EU-/EFTA-Ausländerinnen und Ausländer.

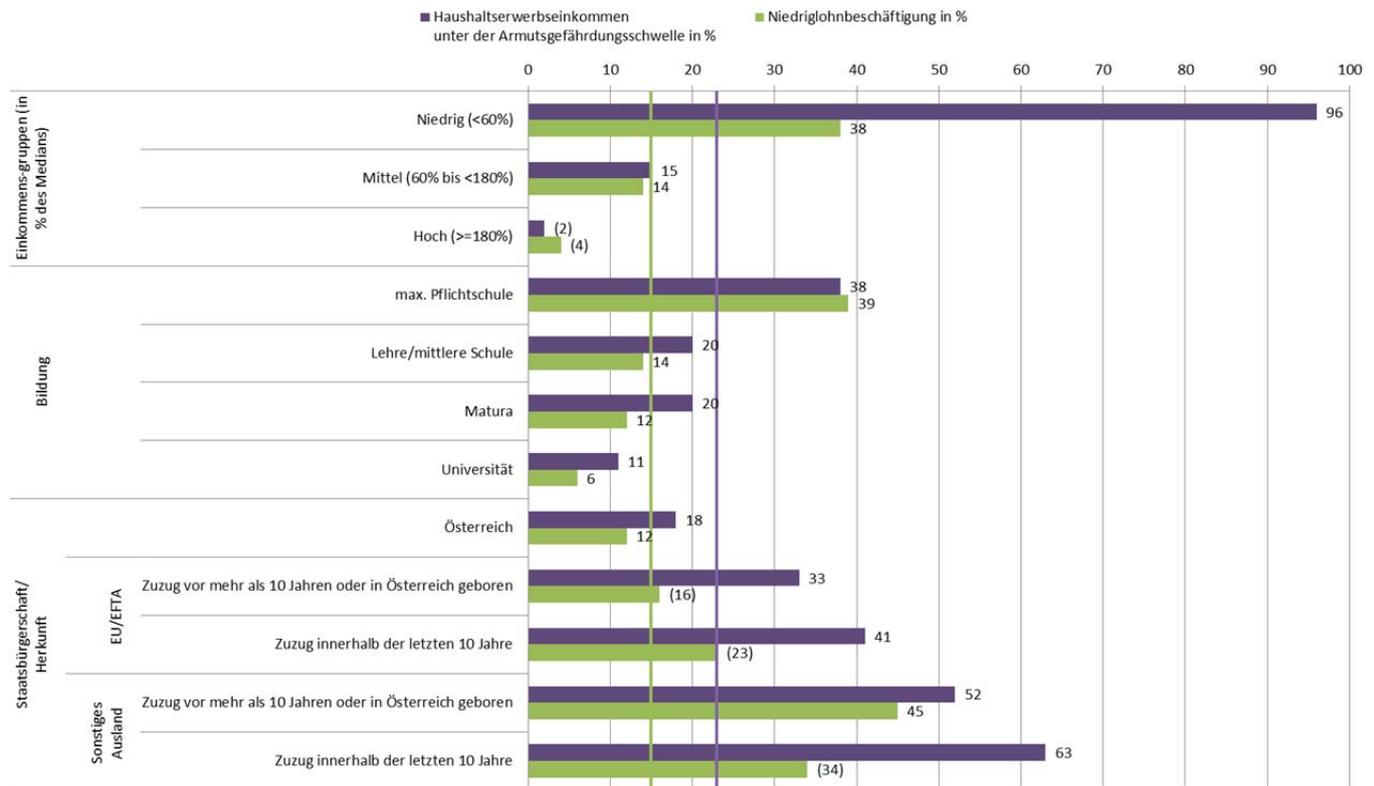
²⁰ Als Niedriglohngrenze nach ILO-Definition werden zwei Drittel des Bruttomedianlohns des jeweiligen Landes herangezogen; für Österreich entsprach das 2016 einem Vollzeitlohn von 1.645 EUR brutto 14 Mal im Jahr – siehe auch Abschnitt 3.3.

²¹ Für alle mit einer Normalarbeitszeit von mindestens 12 Wochenstunden.

²² Vor Bereinigung um diese Struktureffekte betrug der Gender Pay Gap 21,7% - vgl. Geisberger/Glaser 2017.

²³ So beziehen z.B. Absolventinnen und Absolventen einer Lehre oder mittleren Schule im Alter von 16 bis 29 Jahren zu 25% einen Niedriglohn, in den Altersgruppen darüber nur zu maximal 14%.

Grafik 30: Indikatoren des Bereichs Erwerbsleben nach Einkommensgruppe, Bildung, Herkunft



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

Hofer et al. (2013) weisen darauf hin, dass Diskriminierung hinsichtlich der nationalen Herkunft sowohl im Zugang zu Jobs wie auch der Entlohnung stattfinden kann – „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist prinzipiell gegeben, es geht aber in einer umfassenden Beurteilung der Erwerbchancen für Migrantinnen und Migranten auch darum, welche Jobs und hierarchische Positionen offen stehen, welche Aufstiegschancen es gibt.

4.3 BILDUNG: CHANCEN WERDEN FRÜH VERTEILT

Die EU-Kernziele im Hinblick auf Bildung formulieren (1) die Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40% sowie (2) die Verringerung der Schulabbrecherquote auf unter 10% als konkrete Vorgaben, die bis ins Jahr 2020 umgesetzt werden sollen.

Der angestrebte Akademikeranteil ist bereits erreicht, weitere politische Maßnahmen zielen darauf ab, dass „die soziale Durchmischung an den Universitäten auch für die Zukunft sichergestellt werden kann“ (vgl. BKA 2017, S. 28.).

Während Österreich im Vergleich zur EU-28 aber auch in Bezug auf das national definierte Europa 2020-Ziel bei der Quote der frühen Schulabgängerinnen und -abgänger mit einem Wert von 7% im Jahr 2016 schon ganz gut abgeschnitten hat, ist die soziale Selektion weiterhin ein Problem: Das Risiko, zur Gruppe der „Early School Leavers“ (ESL)²⁴ zu zählen, ist für Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie für Jugendliche, deren Eltern über ein niedriges Bildungsniveau (maximal Pflichtschulabschluss) verfügen, besonders hoch (vgl. ebd., S. 25). 2016 wurde mit dem Ausbildungspflichtgesetz beschlossen, dass alle Jugendlichen, wenn sie die Schulpflicht erfüllt haben, entweder eine weiterführende Schule oder eine betriebliche oder überbetriebliche Lehrausbildung beginnen müssen.²⁵ Damit ist die Hoffnung auf eine weitere Reduktion gering qualifizierter und armutsgefährdeter Jugendlicher verbunden.

Chancen auf Bildungsteilnahme und das Erreichen einer bestimmten Ausbildung werden anhand der Indikatoren sozialer Eingliederung in drei Lebensphasen untersucht: (1) Die Startvoraussetzungen für Kinder sind je nach Einkommenssituation des Haushalts und Bildungshintergrund der Eltern deutlich verschieden. Dies zeigt sich besonders bei der Schulwahl nach der Volksschule und später im erreichten Bildungsabschluss. Ein Überwinden sozioökonomischer Nachteile des Elternhauses ist in Österreich schwer, Bildung wird oftmals „vererbt“ – siehe dazu Abschnitte 3.4 und 5.4. (2) Jugendliche mit geringen Qualifikationen haben oft Schwierigkeiten im Erwerbsleben Fuß zu fassen. In den Indikatoren für soziale Eingliederung wird mit den NEETs (vgl. Abschnitt 3.4.3) eine breitere Definition einer benachteiligten Lebenssituation von Jugendlichen von 16 bis 29 Jahren verfolgt als im Konzept der „Early School Leavers“, die nicht nur auf mangelnde Bildungsaktivität sondern auch auf die Nicht-Teilnahme am Erwerbsprozess abstellt. (3) Die Messung von Bildungsaktivitäten im Erwachsenenalter („lifelong learning“) ist ebenfalls Teil des nationalen Indikatorensets und auch hier zeigten sich deutliche Unterschiede nach Herkunftsfaktoren – siehe Abschnitt 3.4.2.

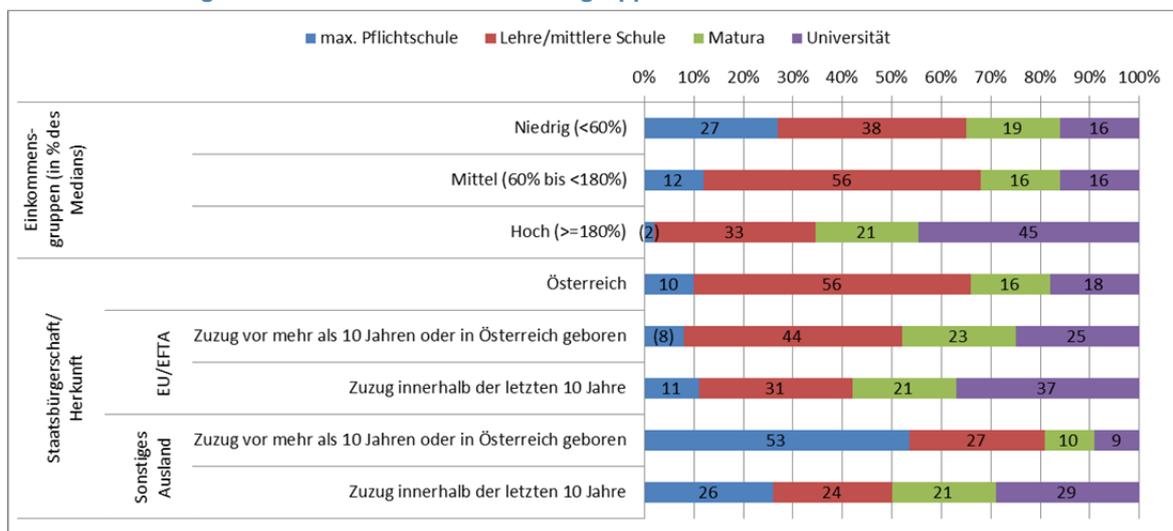
²⁴ Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren, die sich nicht mehr in Ausbildung befinden und keinen Abschluss vorzuweisen haben, der über die Pflichtschule hinausgeht.

²⁵ Das Ausbildungspflichtgesetz gilt erstmals für jene Jugendlichen, deren Schulpflicht 2017 endet.

4.3.1 Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität

Wie frühere Studien zeigen, ist neben dem Bildungshintergrund des Elternhaushalts (siehe dazu ausführlich Abschnitt 5.4) auch dessen finanzielle Situation ein maßgeblicher Faktor für die von den Kindern erreichten Bildungsabschlüsse (vgl. z.B. Altzinger et al., 2013). Bildung wiederum beeinflusst Erwerbskarrieren und Einkommensverläufe (vgl. Lamei et al. 2017). Auch die (aktuellen) Haushaltseinkommen zeigen einen deutlichen Zusammenhang mit der Bildung (siehe Grafik 31). So hatten in Haushalten, die als armutsgefährdet gelten, 27% der Erwachsenen einen Pflichtschulabschluss, während im mittleren Einkommensbereich nur 12% in diese niedrigste Bildungsgruppe fielen. Bei jenen mit hohem Einkommen hat fast die Hälfte ein universitäres oder vergleichbares Studium abgeschlossen, „nur“ Pflichtschulabschlüsse gibt es praktisch keine.

Grafik 31: Bildungsabschlüsse nach Einkommensgruppe und Herkunft



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

Untersucht man anhand der vorliegenden Daten die Bildungsabschlüsse nach Herkunft bzw. Staatsbürgerschaft, sieht man zunächst die deutlich unterschiedliche Bildungsstruktur: So haben aus dem nichteuropäischen Ausland Zugezogene, die schon mindestens zehn Jahre in Österreich leben – viele von ihnen der Gastarbeitergeneration der 1960er Jahre zugehörig bzw. deren Nachkommen – deutlich niedrigere Bildungsniveaus als Österreicherinnen und Österreicher, aber auch als in den letzten zehn Jahren Zugezogene. Für Personen mit Migrationshintergrund wurden bisher schon deutlich geringere Werte für soziale und Bildungsmobilität nachgewiesen als für Österreicherinnen und Österreicher (vgl. Altzinger et al. 2013).

Geht man einen Schritt zurück von den erreichten Abschlüssen zu den Bildungswegen, die Kinder einschlagen, sieht man unterschiedlich starke soziale Selektionsmechanismen je nach Bildungsstufe. Analysen auf Basis von EU-SILC belegen, dass Personen mit vorschulischer Erziehung, in weiterer Folge signifikant höhere Bildungsniveaus aufwiesen

(vgl. Altzinger et al. 2013). Positive Effekte des Kindergartenbesuchs sind u.a. hinsichtlich der Erlangung von sozialen Fähigkeiten und der Erhöhung der Sprach- und Kommunikationsfähigkeit anzunehmen. Es ist jedenfalls in dem Zusammenhang als gut zu bewerten, dass der Anteil der unter 5-Jährigen, die einen Kindergarten oder eine Krippe besuchen, in den letzten Jahren zugenommen hat (vgl. Till et al. 2015, S. 47). Der Besuch vorschulischer Erziehungs- und Bildungseinrichtungen ist auch insofern von Bedeutung, da damit weitere Bildungskarrieren geprägt werden bzw. soziale Ungleichheiten fortgeschrieben oder ausgeglichen werden können. Der frühere Befund geringerer Betreuung im Kindergarten für jene Kinder, deren Eltern ein niedriges Haushaltseinkommen aufweisen (vgl. ebd., S.47), ist in den aktuellen Daten aus EU-SILC 2016 nicht generell nachzuweisen (siehe bereits Abschnitt 3.4.4).²⁶ Nur für Wien zeigte sich, dass hohes Einkommen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit der institutionellen Kinderbetreuung einhergeht (56% Kinderbetreuungsquote der noch nicht-schulpflichtigen Kinder bei niedrigem, 71% bei hohem Einkommen). In anderen Großstädten ab 100.000 Einwohnenden hatten – bei sogar insgesamt höheren Kinderbetreuungsquoten als in Wien – Kinder aus Haushalten mit mittlerem Einkommen die höchste Betreuungsquote (71% vs. 57% bei niedrigem und 66% bei hohem Einkommen). In mittleren und Kleinstädten zwischen 10.000 und 100.000 Einwohnenden wie auch auf dem Land waren hingegen Kinder aus Niedrigeinkommenshaushalten deutlich am häufigsten in Betreuung.

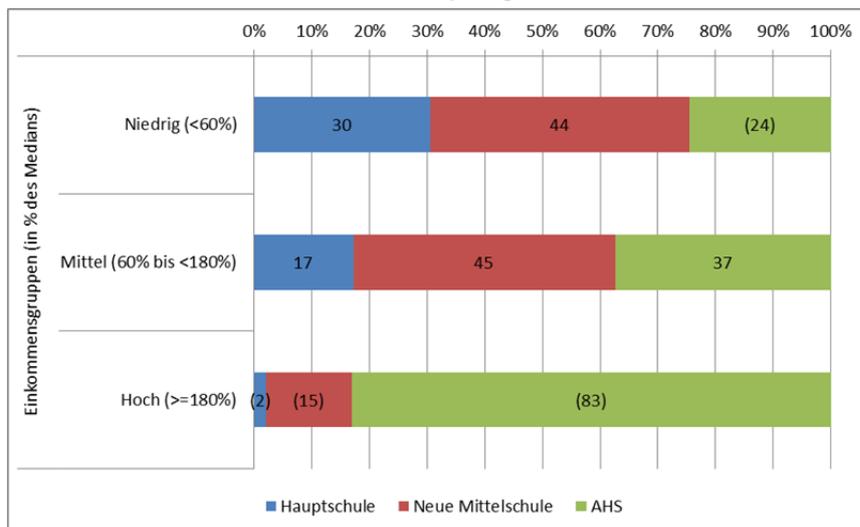
Die Bedeutung des Faktors Stadt-Land ist auch im schulischen Bereich sehr groß. Ungleichheiten hinsichtlich schulischer Zusammensetzung und Lerneffekten können anhand der vorliegenden Daten nicht gemessen werden. Andere Studien belegen jedoch: In der Stadt, wo die Zusammensetzung der Kinder in der „Sprengelschule“ mit dem sozialen Umfeld der Wohngegend korreliert und es die Möglichkeit gibt, die Sprengelbindung durch Besuch einer Privatschule zu umgehen, ist soziale Segregation ein Faktum (vgl. Biedermann et al. 2016).²⁷ Die Autorinnen und Autoren kommen für Österreich auch zum Schluss, dass „in der Sekundarstufe I ... die soziale Segregation stärker aus[fällt] als in der Primarstufe, wobei in der Sekundarstufe I ein Großteil der Segregation durch die Schultypen (AHS vs. HS/NMS) erklärt werden kann.“ (ebd., S. 156). Auch anhand der Daten von EU-SILC kann man für die 10- bis 14-Jährigen einen klaren Zusammenhang zwischen der Wahl des Schultyps und dem Haushaltseinkommen feststellen (siehe Grafik 32): Rund 83% der Kinder in Haushalten mit einem hohen Einkommen besuchen die Unterstufe einer Allgemeinbildenden Höheren Schule (AHS), der Rest eine Hauptschule oder eine Neue Mittelschule

²⁶ So werden nach Einkommensgruppen folgende Betreuungsquoten für Kinder unterhalb des schulpflichtigen Alters berechnet: Aus Haushalten mit niedrigem Einkommen besuchten 57% der Kinder einen Kindergarten, bei mittlerem Einkommen waren es 59%, und bei hohem Einkommen 52%.

²⁷ Der Artikel gibt einen umfassenden Überblick über Theorie zur „schulischen Segregation“ und empirische Analysen für Österreich. Demnach sind die Unterschiede hinsichtlich sozialer Faktoren verstärkt im urbanen Bereich, hinsichtlich ethnisch-kultureller Faktoren in einigen Bezirken in Oberösterreich, Niederösterreich und der Steiermark festzustellen (vgl. S. 156).

(NMS). Kinder in Haushalten mit niedrigem Einkommen besuchen hingegen nur zu knapp einem Viertel eine AHS-Unterstufe; der Besuch einer Hauptschule oder NMS ist hingegen wesentlich häufiger (30 bzw. 44%). Begründbar ist diese deutliche Segregation am Übergang von Primär- zu Sekundarstufe u.a. mit geringeren Bildungsbestrebungen bei Haushalten mit niedrigerem Einkommen (vgl. Lamei et al. 2015b, S. 52). Für individuelle Entscheidungen, welche Schule besucht wird, sind weiters auch regionale Unterschiede (Verfügbarkeit bestimmter Schultypen und unterschiedliche Qualität an den einzelnen Standorten) wichtig. Diese können das eindeutige Bild der frühen sozialen Selektion jedoch nicht aufheben.²⁸

Grafik 32: Schulbesuch von 10- bis 14-jährigen Kindern nach Einkommensgruppe



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. Kinder und Jugendliche von 10 bis 14 Jahren, die eine Schule besuchen (ohne 10-Jährige, die noch eine Volksschule besuchen). Sonderschule ist auf Grund der geringen Fallzahlen nicht ausgewiesen.

Die Konsequenzen der Schulwahl in der Unterstufe sind oftmals weitreichend: Bildungswege und später erreichte -abschlüsse wirken auf Berufswahl, Arbeitsmarktchancen und Einkommen. 46% aller Personen in Haushalten mit gegenwärtig niedrigem Einkommen haben eine Hauptschule, 17% eine AHS-Unterstufe besucht. Der Anteil an Personen in Haushalten mit hohem Einkommen, die eine Hauptschule besucht haben, ist im Vergleich zu den niedrigen Einkommen mit 47% ähnlich; der Anteil derer, die eine AHS besucht haben, ist in Haushalten mit hohem Einkommen jedoch mit 44% bedeutend höher. Besonders deutlich zeigen sich zudem die Unterschiede im tertiären Bildungsbereich (siehe bereits zuvor Grafik 31).

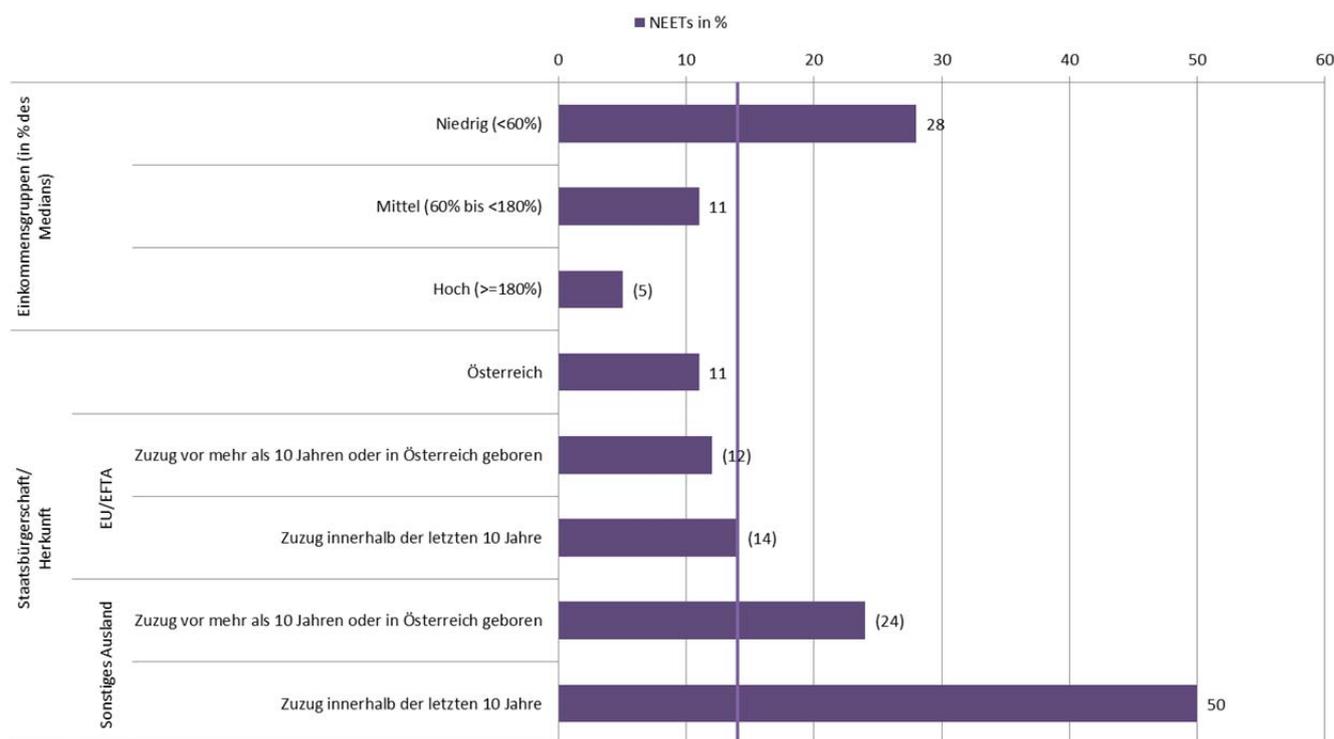
Sozioökonomische Nachteile – sei es durch geringe Einkommen oder Herkunft – sollen durch ein chancengerechtes Bildungssystem ausgeglichen werden können. Die aktuellen Daten aus EU-SILC zeigen, dass dies (noch) nicht in ausreichendem Maße gelingt.

²⁸ Vgl. dazu auch Bacher 2003, 2005.

4.3.2 Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs²⁹)

Ein sozialer Brennpunkt sind jene 14% jungen Menschen zwischen 16 und 29 Jahren, die ohne Ausbildung und ohne Arbeit sind. Junge Frauen waren 2016 mit 18% (127.000) deutlich häufiger in dieser Gruppe zu finden als Männer (11% bzw. 87.000).³⁰ 47% der Jugendlichen ohne Ausbildung oder Arbeit waren zu den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten zu zählen – wobei hier beide Richtungen des Zusammenhangs zutreffen können: Einerseits bewirken mangelnde Erwerbschancen der Jugendlichen selbst ein höheres soziales und materielles Risiko, andererseits können finanzielle Probleme im Elternhaushalt bewirkt haben, dass keine weiterführende Ausbildung abgeschlossen werden konnte. Gleiches gilt für die Bewertung des deutlich ausgeprägten Zusammenhangs zwischen Einkommensniveau im Haushalt und NEET-Risiko: In Haushalten mit niedrigen Einkommen gab es mit 28% überdurchschnittlich viele Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit, wobei die schlechte Einkommenssituation sowohl Ursache wie auch Folge der mangelnden Arbeitsmarktchancen der Jugendlichen sein kann (vgl. Grafik 33).

Grafik 33: Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) nach Einkommensgruppe, Bildung der Eltern und Herkunft



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. 16- bis 29-Jährige, die für mind. 6 Monate weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren.

Besonders schlecht gelingt es Jugendlichen, die erst kurz in Österreich sind, einen

²⁹ Not in Education, Employment or Training; zu Deutsch: nicht in Ausbildung, Arbeit oder Schulung.

³⁰ Entsprechend der verwendeten Altersgruppe erklärt sich diese erhebliche Differenz zum Teil durch junge Männer, die den Präsenz-/Zivildienst leisten und dadurch nicht in die Gruppe der NEETs fallen (sie gelten als erwerbstätig), verglichen mit jungen Frauen, die auf Grund von Mutterschaft oder anderen familiären Gründen nicht erwerbstätig oder in Ausbildung sind und als NEETs gelten.

Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden. Die Hälfte der innerhalb der letzten zehn Jahre aus dem nichteuropäischen Ausland Zugezogenen fällt in die Gruppe der NEETs. Mit rund 45.000 Personen machen sie etwas mehr als ein Fünftel aller betroffenen Jugendlichen aus. Die Geschlechterunterschiede sind hier besonders ausgeprägt, denn 31.000 junge Frauen (64% dieser Altersgruppe sind ohne Ausbildung oder Arbeit) stehen 14.000 Männern (34%) gegenüber.

Aus sozialpolitischer Sicht sind Anstrengungen, um jenen Jugendlichen Ausbildungs- und Jobchancen zu ermöglichen, erforderlich – ebenso aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive, denn mit ihrem momentanen Status sind potentiell hohe soziale Folgekosten (etwa in Form von Arbeitslosen- oder Notstandshilfeunterstützungen, Bedarfsorientierter Mindestsicherung) verbunden.

4.3.3 Bildungsaktivität

Von den 36% bzw. 2.212.000 Personen der ab 25-Jährigen, die im Vorjahr bildungsaktiv waren (siehe zuvor Abschnitt 3.4.2), waren 49% Männer und 51% Frauen. Die besuchten Bildungsmaßnahmen nehmen mit dem Alter ab, so haben von den unter 30-Jährigen 61%, in der Altersgruppe 60 Jahre und älter nur mehr 15% einen formalen, berufsbezogenen oder Freizeitkurs besucht.

Neben dieser deutlichen Altersabhängigkeit, spielen aber auch soziale Faktoren eine Rolle: Deutlich weniger Beteiligung an Bildungsaktivitäten zeigten Ausgrenzungsgefährdete bzw. Menschen mit geringem Einkommen (je 27%). Demgegenüber war eine überdurchschnittliche Bildungsbeteiligung bei hohem Einkommen (56%) festzustellen. Die vorliegenden Zahlen belegen einmal mehr die soziale Komponente von Bildung sowie kultureller Teilhabe und Freizeitverhalten.³¹

Nach Herkunft und Aufenthaltsdauer waren innerhalb der letzten zehn Jahre aus dem sonstigen Ausland (Nicht-EU/EFTA) Zugezogene besonders bildungsaktiv (42%), wohingegen aus den gleichen nichteuropäischen Ländern Zugezogene mit längerem Aufenthalt in Österreich eher inaktiv waren (20%). Dies dürfte v.a. durch die unterschiedliche Altersstruktur erklärbar sein: Migrantinnen und Migranten, die in der letzten Dekade aus Nicht-EU-/EFTA-Ländern nach Österreich gekommen sind, haben ein derzeitiges Durchschnittsalter von 37 Jahren, die frühere Generation an Migrantinnen und Migranten ist im Durchschnitt 47 Jahre alt.

³¹ Vgl. zu kulturellen Partizipation u.a. einen Artikel mit Daten aus EU-SILC 2015 (Skina-Tabue 2017).

4.4 GESUNDHEIT: SOZIALE FAKTOREN AUCH IM ALTER

Gesundheit umfasst psychische, physische und soziale Aspekte. Zwischen diesen Aspekten bestehen mehr oder weniger starke Wechselwirkungen, die das gesundheitliche Wohlbefinden und den objektiven, messbaren Gesundheitszustand der Person beeinflussen. Viele Faktoren haben Einfluss auf die Gesundheit, wobei manche davon, wie etwa die genetische Prädisposition oder das Alter, nicht durch eigenes Handeln beeinflussbar sind; andere, wie etwa das Ernährungsverhalten oder körperliche Aktivitäten, sind es schon. Beeinflussbare gesundheitliche Faktoren sind vom Lebensstil, der Bildung und der gesellschaftlichen Position und damit von sozialen Teilhabemöglichkeiten und materiellen Ressourcen abhängig. Armut und soziale Ausgrenzung wirken sich negativ auf die Gesundheit der betroffenen Menschen aus, denn sie bedeuten weniger Ressourcen zur Förderung und Erhaltung der Gesundheit. Auch die umgekehrte Richtung des Zusammenhangs ist feststellbar: Krankheiten und körperliche Einschränkungen führen vielfach zu verminderten Erwerbsmöglichkeiten, einem niedrigeren Einkommen und damit einem erhöhten Risiko von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung. Die sozialen Determinanten werden von Statistik Austria regelmäßig auf Basis der österreichischen Gesundheitsbefragung untersucht (Klimont et al. 2016).

Der vorliegende Abschnitt zeigt, dass solche Zusammenhänge auch für die in Abschnitt 3 beschriebenen EU-SILC Indikatoren nachweisbar sind. Als geeignetes Merkmal für schlechten Gesundheitszustand, hat sich der Indikator „mehrfache gesundheitliche Einschränkung“ erwiesen.³²

4.4.1 Mehrfache Gesundheitseinschränkungen

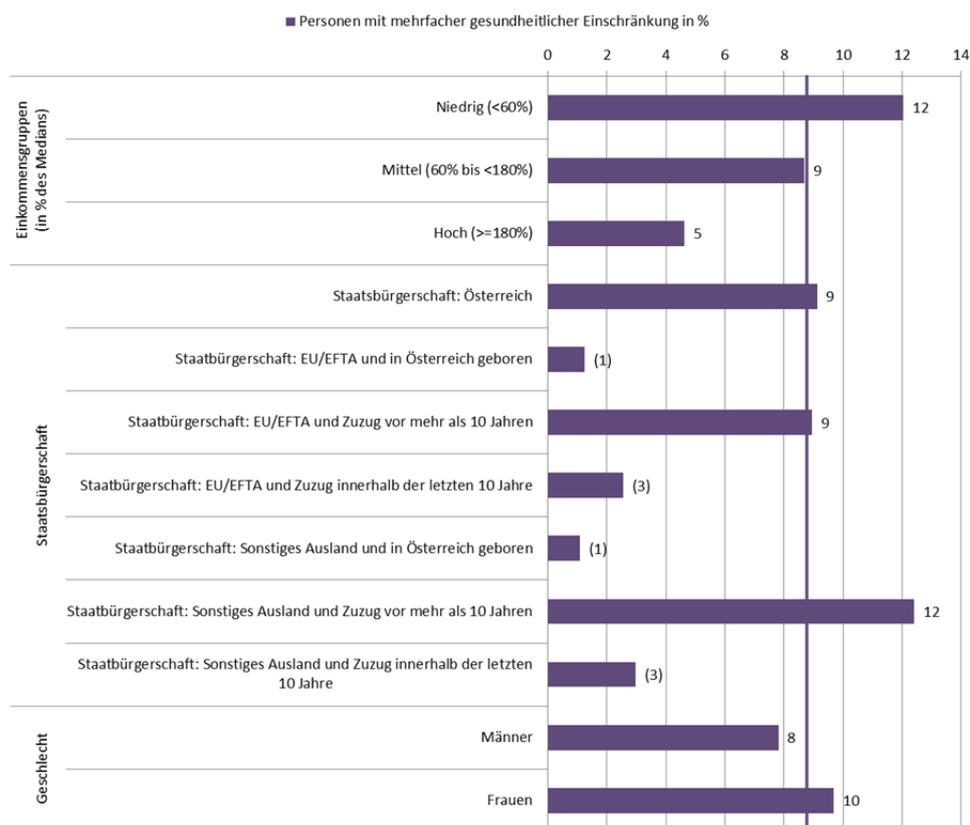
Personen gelten als mehrfach gesundheitlich beeinträchtigt, wenn auf sie mindestens zwei der drei Merkmale „sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand“, „chronische Krankheit“ oder „starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten“ zutreffen. Insgesamt waren 9% der Personen ab 16 Jahren (636.000 Personen) mehrfach gesundheitlich beeinträchtigt. Frauen (10%) waren etwas häufiger betroffen als Männer (8%), was aber auch durch ihre höhere Lebenserwartung erklärbar ist – mit dem Alter nimmt die Zahl an Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen zu.

Sozioökonomische Unterschiede, die auf eine deutlich nachteiligere Lage von einkommensschwachen Personen hinsichtlich ihrer Gesundheit hinweisen, wurden bereits mehrfach aufgezeigt (vgl. z.B. Lamei et al. 2017, S. 198ff.). Dies gilt für verschiedenen Dimensionen von Gesundheit (subjektive Einschätzung des allgemeinen Gesundheitszustands, Vorhandensein einer Behinderung oder einer chronischen Krankheit) wie auch das hier

³² Zur Definitionen und zeitlichen Entwicklungen siehe Abschnitt 3.5.1.

betrachtete zusammenfassende Merkmal der mehrfachen Gesundheitsbeeinträchtigung. Personen in Haushalten mit einem niedrigen Haushaltseinkommen waren mit 12% mehr als doppelt so häufig mehrfach gesundheitlich beeinträchtigt wie Personen in Haushalten mit hohem Haushaltseinkommen (5%).

Grafik 34: Personen mit mehrfacher gesundheitlicher Einschränkung nach Geschlecht, Herkunft, Bildung und Einkommensgruppe



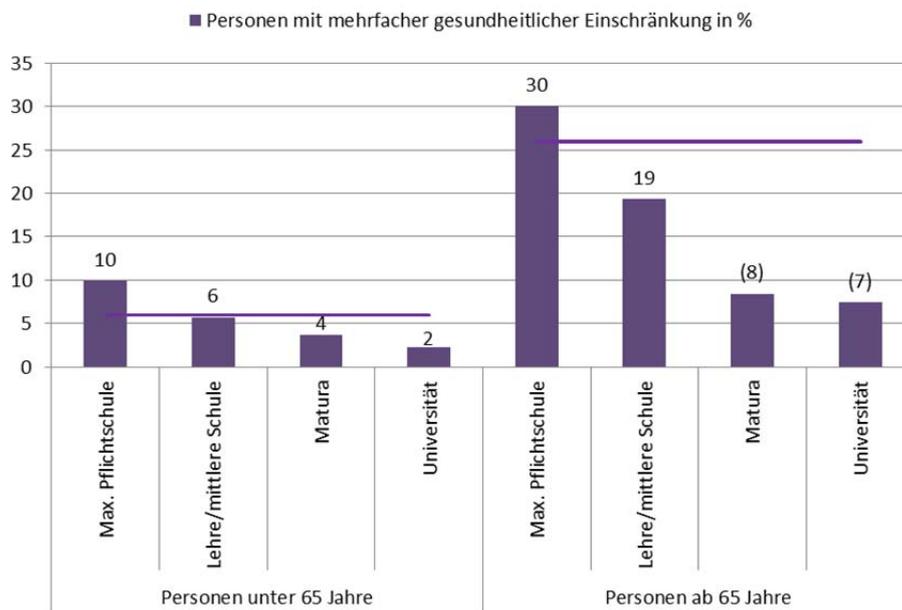
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. Personen ab 16 Jahre. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Hinsichtlich der Staatsbürgerschaft zeigte sich eine stärkere Belastung durch gesundheitliche Probleme bei Österreicherinnen und Österreichern und Personen, die vor mehr als zehn Jahren nach Österreich gezogen sind. Hier zeigte sich das Alter als wesentliche intervenierende Variable: Die Personengruppe, die in den letzten zehn Jahren nach Österreich zugezogen ist, war im Durchschnitt wesentlich jünger als die Vergleichsgruppen. Die Bedeutung des Faktors Alter für das gesundheitliche Wohlbefinden zeigt sich deutlich: Personen ab 65 Jahren waren mit 26% etwa viermal so oft mehrfach gesundheitlich beeinträchtigt wie jüngere Personen (6%).

In Grafik 35 wird die Betroffenheit von mehrfacher gesundheitlicher Einschränkung nach Alter und der Bildung unterschieden: Sowohl für die jüngere Generation als auch die Älteren, zeigten sich häufiger Gesundheitsprobleme je niedriger die eigene Bildung war. Bildung macht also einen Unterschied hinsichtlich des Gesundheitszustands: sei es durch nach dem Bildungsstand unterschiedliches gesundheitliches Wissen, Problembewusstsein,

Einstellungen und Lebensstile oder auch durch vom Bildungsstand beeinflusste berufliche Karrierewege und finanzielle Möglichkeiten, die auf die gesundheitliche Verfasstheit wirken.

Grafik 35: Personen mit mehrfacher gesundheitlicher Einschränkung nach Bildung und Alter



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. Personen ab 16 Jahre. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Letztendlich muss auch eine soziale Differenz hinsichtlich der Lebenserwartung festgestellt werden, die bereits in Abschnitt 3.5.2 beschrieben wurde. Dies gilt insbesondere für Männer.

4.5 LEBENSSTANDARD: FOLGE UNGLEICHER CHANCEN?

Die Bereiche Wohnen, Arbeit, Bildung und Gesundheit stehen in einem plausiblen Zusammenhang mit dem materiellen Lebensstandard. In diesem Abschnitt werden diese Indikatoren deshalb noch einmal direkt in Zusammenhang mit wichtigen Faktoren gestellt.

4.5.1 (Dauerhaft) manifeste Armut

Insgesamt zählten 2016 4%³³ der Personen in österreichischen Privathaushalten zur Gruppe der manifest Armen (366.000 Personen), 2% waren dauerhaft manifest arm (188.000 Personen). Personen, die jünger als 65 Jahre alt waren, waren tendenziell öfter manifest arm³⁴, wobei mit jeweils 6% die am stärksten betroffene Altersgruppe bei Männern die 20- bis 39-Jährigen und bei Frauen die unter 20-Jährigen darstellten. Bei dauerhaft manifester Armut ergaben sich keine nennenswerten Unterschiede nach Alter und Geschlecht.

Ein differenzierteres Bild zeigt sich erst bei der Betrachtung des Haushaltstyps sowie weiterer soziodemografischer Merkmale wie Bildung und Herkunft. Nach Haushaltsgröße unterschieden waren Einpersonenhaushalte mit 9% vergleichsweise oft manifest arm (6% dauerhaft manifest arm). Grafik 36 lässt erkennen, dass alleinstehende Männer ohne Pension überdurchschnittlich (dauerhaft) manifest arm waren (14% manifest arm, 11% dauerhaft manifest arm). Auch alleinstehende Frauen ohne Pension gehörten mit 10% manifest Armen (6% dauerhaft manifest arm) zu jenen mit überdurchschnittlich hohem mehrfachen Risiko sozialer Ausgrenzung. Pensionistinnen und Pensionisten waren mit 1% kaum (dauerhaft) manifest arm.³⁵

Haushalte mit Kindern waren mit 5% nur etwas eher manifest arm als die Gesamtbevölkerung (3% dauerhaft manifest arm). Am häufigsten in manifester Armut lebten in dieser Gruppe Alleinerziehende mit 17%, wobei sich 11% als dauerhaft manifest arm herausstellten.

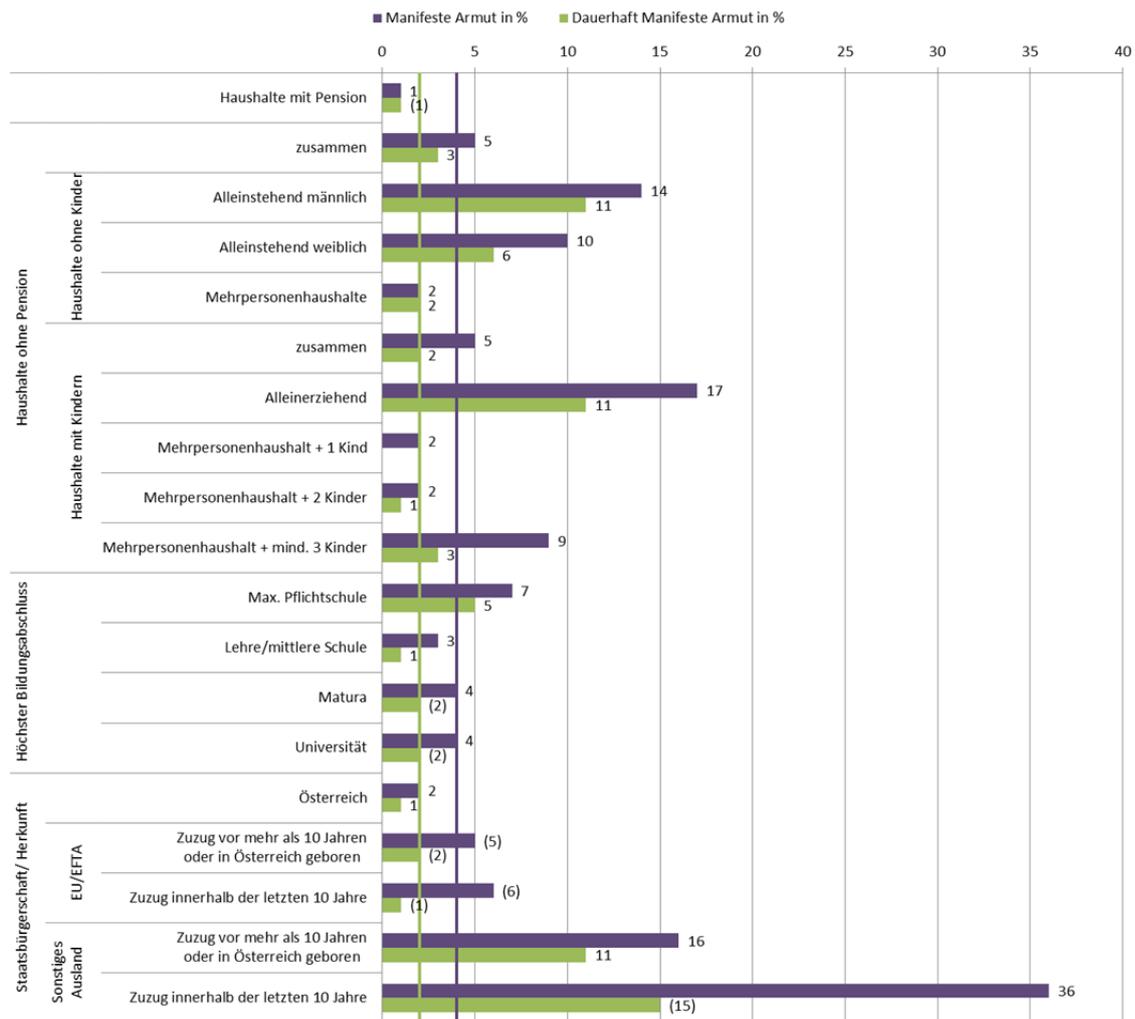
Wird nach höchstem formalen Bildungsabschluss unterschieden, so zeigt sich, dass bei über die Pflichtschule hinausgehender Ausbildung das Risiko (dauerhaft) manifester Armut im Bevölkerungsdurchschnitt lag, hingegen waren jene, die nur die Pflichtschule abgeschlossen hatten, häufiger von mehreren bzw. dauerhaften Problemlagen betroffen.

³³ In diesem Abschnitt werden im Gegensatz zum vorherigen die Indikatoren auf ganze Zahlen gerundet dargestellt, da auch Subgruppenanalysen (mit teilweise kleinen Fallzahlen) vorgenommen werden – dies soll die Vermittlung von Scheingenauigkeiten verhindern.

³⁴ Das liegt zum Teil auch daran, dass der Aspekt der keinen/sehr niedrigen Erwerbsintensität im Rahmen der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nur für 0 bis 59-Jährige definiert ist.

³⁵ Dies hängt wiederum auch mit der altersabhängigen Definition der Erwerbsintensität zusammen.

Grafik 36: Manifeste Armut und dauerhaft manifeste Armut nach Haushaltstyp, Bildung, Herkunft



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

Fallzahlen für Personen in Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind sind für den Indikator „dauerhaft manifeste Armut“ zu gering, daher wird kein Wert ausgewiesen.

Anhand der Analyse in Grafik 36 ist zu erkennen, dass die Herkunft einen entscheidenden Faktor für Armut darstellt. Wesentlich häufiger als Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft bzw. einer Staatsbürgerschaft eines anderen EU-/EFTA-Landes, waren Personen mit sonstigen Staatsbürgerschaften manifest arm. Mehr als jede dritte Person dieser Gruppe war manifest arm, wenn sie innerhalb der letzten zehn Jahre nach Österreich gezogen ist (36%).³⁶ Beachtenswert hierbei ist, dass diese Quote in der EU-SILC Erhebung des Vorjahres mit 18% halb so groß war wie in den hier präsentierten Zahlen für 2016.³⁷

Auch Personen mit einer Nicht-EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft, welche in Österreich geboren sind oder schon seit mehr als zehn Jahren in Österreich leben, waren mit 16% überdurchschnittlich häufig manifest arm (11% dauerhaft manifest arm).

³⁶ Genaue Aussagen über die Dauerhaftigkeit der Armutslage sind in diesem Fall aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht möglich.

³⁷ Da es sich hierbei um einen statistisch signifikanten Unterschied handelt, ist dieser eher nicht alleine auf die geringe Fallzahl der Gruppe zurückzuführen. Im Zeitverlauf der Jahre bis 2015 betrachtet ergibt sich für Personen mit Nicht-EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft, die nicht in Österreich geboren wurden oder weniger als zehn Jahre im Land in Privathaushalten leben, eine Quote der manifesten Armut, welche zwischen 16% und 25% schwankt.

4.5.2 Wiederholte Zahlungsprobleme

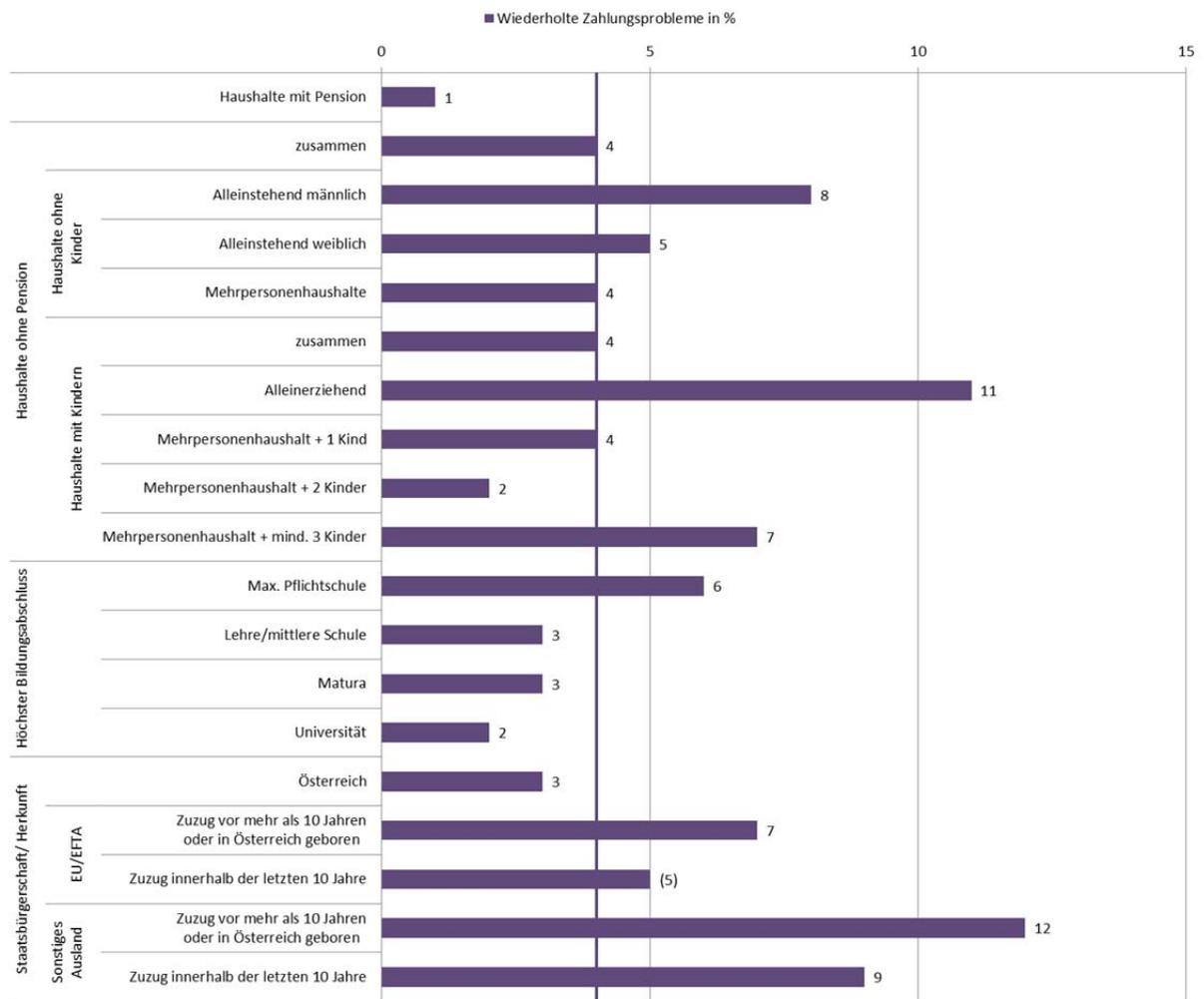
Die hier betrachteten Einschränkungen des Lebensstandards betreffen wiederholte finanziell bedingte Rückstände bei laufenden Zahlungen (Haus- und Wohnungskredite, sonstige Kredite, Miet-, Energie- und Betriebskosten), sofern sie mindestens zwei Mal im Jahr aufgetreten sind. Insgesamt traten wiederholte Zahlungsprobleme bei rund 4% der Gesamtbevölkerung auf (328.000 Personen). Ähnlich wie bei (dauerhaft) manifester Armut waren Personen in Haushalten mit Pension kaum betroffen (1%), wie in Grafik 37 zu sehen ist. Bei Haushalten ohne Pension und ohne Kinder zeigten sich wiederholte Zahlungsprobleme insbesondere bei Einpersonenhaushalten – bei alleinstehenden Männern (8%) öfter als bei alleinstehende Frauen (5%). Für Personen in Haushalten mit Kindern ergab sich wie bereits bei den Indikatoren manifeste und dauerhaft manifeste Armut eine Unterscheidung nach Familientyp und Kinderzahl. So hatten Alleinerziehende am häufigsten wiederholte Zahlungsprobleme (11%), aber auch in Haushalten mit mindestens drei Kindern traten für 7% der Personen wiederholt Rückstände bei Zahlungen auf. Bei Haushalten mit mindestens zwei Erwachsenen und ein oder zwei Kindern zeigten sich wiederholte Zahlungsprobleme unterdurchschnittlich oft.

Unterschieden nach Bildungsstand traten wiederholte Zahlungsprobleme nur bei Personen mit maximal Pflichtschulabschluss häufiger als im Durchschnitt auf. Tendenziell sinkt das Risiko wiederholter Zahlungsprobleme mit höherem formalen Bildungsabschluss – der Effekt der Bildung auf Zahlungsprobleme ist hier aber vermutlich nicht nur direkt (z.B. im Umgang mit Finanzen) sondern vor allem auch vom finanziellen Hintergrund abhängig.³⁸

Für Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft gab es unverhältnismäßig oft Probleme bei Zahlungen. Hierbei zeigte sich, dass Personen mit Nicht-EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft, die innerhalb der letzten zehn Jahre zugezogen sind, zwar häufig Zahlungsrückstände hatten (9%), aber weniger oft als jene, die vor mehr als zehn Jahren nach Österreich gezogen sind bzw. in Österreich geboren wurden und keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen (12%). Betreffend wiederholte Zahlungsprobleme war der Lebensstandard von Personen mit Nicht-EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft, die innerhalb der letzten zehn Jahre zugezogen sind, nicht so prekär wie in Bezug auf (dauerhaft) manifeste Armut (vgl. Grafik 36).

³⁸ Zum Problem, Ungleichheiten, die durch mehrere Faktoren beeinflusst sein können, monokausal zu erklären, siehe Abschnitt 6.

Grafik 37: Wiederholte Zahlungsrückstände nach Haushaltstyp, Bildung, Herkunft



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

5. DIE „VERERBUNG“ VON ARMUT UND AUSGRENZUNG

Unter „Vererbung“ von Lebenschancen versteht man eine Weitergabe von Statusmerkmalen sowie positiven oder negativen Lebensbedingungen der Eltern an ihre Kinder. So spricht man beispielsweise von „vererbter Armut“, wenn die Eltern bereits arm waren und die Kinder es auch sind. Andere Bedingungen, wie eigene Erwerbstätigkeit, Bildung usw. dürfen dabei als erklärende Faktoren natürlich nicht außer Acht gelassen werden – es ist jedoch zu hinterfragen, ob sie ihrerseits in Abhängigkeit von sozialen Herkunftsfaktoren stehen. Es geht im weitesten Sinne darum, ob die Bedingungen des Aufwachsens im Erwachsenenalter noch immer wirksam sind. In engem Zusammenhang damit steht der Begriff der „intergenerationellen, sozialen Mobilität“³⁹: Dabei wird untersucht, ob die Kindergeneration gegenüber der Elterngeneration im Hinblick auf die interessierenden Sozialvariablen wie Bildung oder Einkommen besser (Aufwärtsmobilität), schlechter (Abwärtsmobilität) oder gleich (Verfestigung, Immobilität) abschneidet.⁴⁰

Eine Möglichkeit für Österreich anhand aktueller Daten nachzuprüfen, ob Lebensbedingungen bzw. Chancenungleichheiten vererbt werden, ist die Analyse der aktuellen Lebenssituation in Abhängigkeit von der Bildung der Eltern mit EU-SILC 2016.⁴¹ Im vorliegenden Teil werden die Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung danach unterschieden, ob jemand in einem „bildungsnahen“ oder einem „bildungsfernen“ Haushalt aufgewachsen ist. Dabei ist ausschlaggebend, ob die Mutter, der Vater oder beide mehr als einen Pflichtschulabschluss hatte (=„mindestens ein Elternteil mit weiterführender Bildung“ bzw. „bildungsnah“) oder das nicht gegeben war („keinen Elternteil mit Bildung über Pflichtschule hinaus“, „bildungsfern“).

Der höchste Bildungsabschluss der Eltern muss in Österreich durchaus als bestimmend für aktuelle Lebenschancen angesehen werden (vgl. Tabelle 6). In allen untersuchten Bereichen – Armut und Lebensstandard, Erwerbsleben, Gesundheit, Bildung, teilweise sogar beim Wohnen – zeigt sich, dass die Bildung der Eltern einen Einfluss hat. Mit Ausnahme der Indikatoren Wohnkostenüberbelastung und Belastung durch die Wohnumgebung schneiden Personen, deren Eltern keine weiterführende Schule abgeschlossen haben, schlechter ab als jene aus bildungsnahem Elternhaus. Der eklatanteste Unterschied zeigt sich für die 16- bis 29-Jährigen ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs): Das Risiko zu dieser Gruppe zu gehören ist fast um das Dreifache erhöht, wenn junge Menschen aus einem bildungsfernen Haushalt stammen.

³⁹ Auch „soziale Durchlässigkeit“.

⁴⁰ Dies ist jedoch nicht nur auf der individuellen Ebene von Interesse; auch für die Gesellschaft an sich ist es relevant, ob die Fähigkeiten der Einzelnen bestmöglich genutzt werden können. Nach der soziologischen Theorie von Bourdieu/Passeron (1970) findet durch individuelle Weitergabe und Sozialisation auch eine Weitergabe und Verfestigung von Sozialstrukturen statt, es kommt zu sozialer (und kultureller) Reproduktion.

⁴¹ Zu EU-SILC siehe auch Kapitel 7.2. Internationale Studien zum Thema finden sich beispielsweise in Hertz et al. 2007, OECD 2008.

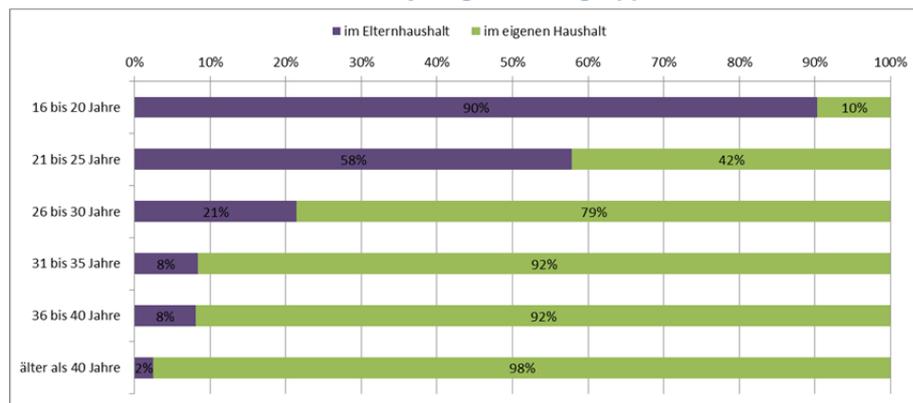
Tabelle 6: Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich 2016 nach Bildung der Eltern

	gesamt	Bildung der Eltern ¹⁾		
		kein Elternteil mit Bildung über Pflichtschule hinaus	mind. ein Elternteil mit weiterführender Bildung	Faktor, um den geringe Elternbildung den Indikatorwert erhöht
		in %	in %	in %
EU-Indikatoren				
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (in mind. 1 von 3 Bereichen)	18,0	20,8	15,7	1,3
<i>Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung</i>				
Armutsgefährdung	14,1	16,1	12,1	1,3
Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	8,1	12,0	7,2	1,7
Erhebliche materielle Deprivation	3,0	4,1	2,2	1,8
Nationale Indikatoren				
Lebensstandard				
1) manifeste Armut	4,3	5,9	4,9	1,2
4) Dauerhaft manifeste Armut	2,3	2,3	2,2	1,0
5) Wiederholte Zahlungsprobleme	3,8	4,4	3,1	1,4
Wohnraum				
6) Überbelag	15,2	16,5	11,6	1,4
7) Wohnkostenüberbelastung	7,2	5,9	8,0	0,7
8) Sehr schlechter Wohnstandard	3,0	4,2	2,2	1,9
9) mehrfache Wohnbelastung	3,3	3,3	2,8	1,2
9) Belastung durch Wohnumgebung	9,0	9,1	9,4	1,0
Erwerbsleben				
11) Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit	16,3	20,5	14,7	1,4
12) Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	22,7	29,5	18,2	1,6
13) Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	14,9	20,0	12,9	1,5
Bildungschancen				
16) Bildungsaktivität ab 25 Jahren	35,5	22,2	43,2	0,5
18) Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) ²⁾	14,0	31,8	12,0	2,7
Gesundheit				
20) Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	8,8	13,8	6,4	2,2

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. 1) höchster Bildungsabschluss der Eltern (von Vater oder Mutter) als Respondentin bzw. Respondent 14 Jahre alt war, erfragt für alle Personen ab 16 Jahre. Ohne Personen, die ohne Vater und Mutter aufgewachsen sind (1,3% der ab 16-Jährigen oder 97.000 Personen). 2) 16- bis 29-Jährige, die für mindestens 6 Monate weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren.

Generell gilt, dass Vererbungseffekte für junge Menschen prägnanter sind. Dafür ist einerseits die Bildungsexpansion verantwortlich – früher war ein weiterführender Abschluss nicht so selbstverständlich wie heute und daher weniger diskriminierend –, andererseits dürfte sich der Effekt des Elternhauses über die Zeit abschwächen (siehe z.B. Altzinger et al. 2013). Wesentlich ist auch, ob Personen mit ihren Eltern zusammenleben und sich so direkt den Lebensstandard „teilen“ oder ob sie in ihrem eigenen Haushalt ohne Eltern leben (siehe Grafik 38). Der Anteil der Personen, die mit ihren Eltern zusammenleben, verringert sich mit dem Alter: Während von den bis 20-Jährigen neun von zehn und von den 21- bis 25-Jährigen noch mehr als die Hälfte (58%) im Elternhaushalt angetroffen wurden, war das bei 36- bis 40-Jährigen nur mehr selten der Fall (8%).

Grafik 38: Lebensformen nach fünfjährigen Altersgruppen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

In der folgenden Tabelle wird die Gruppe der 26- bis 40-Jährigen – sie leben mehrheitlich ohne Eltern – anhand der gleichen Indikatoren nach der Bildung der Eltern verglichen.

Tabelle 7: Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich 2016 nach Bildung der Eltern für 26- bis 40-Jährige

	26- bis 40-Jährige gesamt	Bildung der Eltern ¹⁾		Faktor, um den geringe Eltern- bildung den Indikatorwert erhöht
		kein Elternteil mit Bildung über Pflichtschule hinaus	mind. ein Elternteil mit weiterführender Bildung	
	in %	in %	in %	
EU-Indikatoren				
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (in mind. 1 von 3 Bereichen)	17,6	25,4	15,5	1,6
<i>Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung</i>				
Armutsgefährdung	14,1	18,5	13,0	1,4
Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	6,7	10,1	5,7	1,8
Erhebliche materielle Deprivation	3,9	8,2	2,7	3,0
Nationale Indikatoren				
Lebensstandard				
1) manifeste Armut	5,8	9,0	4,9	1,8
4) Dauerhaft manifeste Armut	2,9	-	-	-
5) Wiederholte Zahlungsprobleme	4,8	9,2	3,6	2,6
Wohnraum				
6) Überbelag	17,4	32,1	13,7	2,3
7) Wohnkostenüberbelastung	8,9	7,8	9,1	0,9
8) Sehr schlechter Wohnstandard	3,9	7,9	2,9	2,7
9) mehrfache Wohnbelastung	4,7	7,6	3,9	1,9
9) Belastung durch Wohnumgebung	7,9	6,5	8,2	0,8
Erwerbsleben				
11) Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit	18,2	25,5	16,3	1,6
12) Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	20,0	27,5	18,2	1,5
13) Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	14,3	22,2	12,2	1,8
Bildungschancen				
16) Bildungsaktivität ab 25 Jahren	50,4	38,1	53,6	0,7
18) Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) ²⁾	20,4	39,4	16,9	2,3
Gesundheit				
20) Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	2,7	(3,4)	2,4	(1,4)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. 1) höchster Bildungsabschluss der Eltern (von Vater oder Mutter) als RespondentIn 14 Jahre alt war, erfragt für alle Personen ab 16 Jahre und hier dargestellt für 26- bis 40-Jährige. Ohne Personen, die ohne Vater und Mutter aufgewachsen sind. 2) 26- bis 29-Jährige, die für mindestens 6 Monate weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Der Einfluss der elterlichen Bildung ist bei jungen Erwachsenen (26 bis 40 Jahre) besonders stark ausgeprägt. Ihre Armutsbetroffenheit ist – je nach betrachtetem Indikator – um das eineinhalb bis dreifache höher, wenn sie aus einem bildungsfernen Haushalt stammen. Bei wiederholten Zahlungsproblemen wird ebenfalls ein Faktor drei zu Lasten der bildungsfernen Schichten errechnet. Für die Belastung durch Wohnkosten und -umgebung gibt es nur

geringe Unterschiede bzw. in gegenteiliger Richtung. Eindeutig sind hingegen die Ergebnisse im Bereich Erwerbsleben: Probleme mit niedriger Erwerbsintensität, geringem Haushaltserwerbseinkommen oder niedrigen Stundenlöhnen traten für 26- bis 40-Jährige, deren Eltern keine weiterführende Schule besucht haben, weit (um das 1,5 bis 1,8-fache) häufiger auf als für junge Erwachsene mit bildungsnaher Herkunft. Auch bei der Bildungsteilnahme im Erwachsenenalter waren jene, die bereits einen Bildungshintergrund hatten, wesentlich aktiver.

20,4% der 26- bis 29-Jährigen waren nicht in Ausbildung und ohne Arbeit und zählten damit zur Gruppe der NEETs. Damit ist in dieser Altersgruppe die Quote insgesamt wesentlich höher als bei den Jüngeren (9,6% bei den 16- bis 20-Jährigen und 13,7% bei den 21- bis 25-Jährigen). Zusätzlich stieg für die 26- bis 29-Jährigen, wenn sie in einem bildungsfernen Haushalt aufgewachsen sind, das Risiko zu den NEETs zu gehören, auf beinahe 40%.

In den folgenden Abschnitten werden basierend auf diesen Befunden Chancenungleichheiten in Österreich hinsichtlich deren Vererbung über Bildung zwischen den Generationen etwas näher dargestellt.

5.1 LEBENSSTANDARD

Der Lebensstandard gemessen am Haushaltseinkommen unterscheidet sich wesentlich nach soziodemographischen und ökonomischen Merkmalen der Person, aber auch danach, welche Startvoraussetzungen jemand mitbringt. Laut EU-SILC 2016 sind insbesondere Personen, die selbst maximal einen Pflichtschulabschluss haben, signifikant öfter von Armut oder in mehrfacher Hinsicht von Ausgrenzung betroffen.⁴² Auch der elterliche Bildungshintergrund⁴³ ist in erheblichem Maße determinierend für das Haushaltseinkommen und das Risiko für Armut: Das mittlere bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen unterscheidet sich um 4.609 Euro pro Jahr⁴⁴, die Armutsgefährdungsquote um 4 Prozentpunkte jeweils zu Ungunsten derjenigen, die aus bildungsfernen Familien kommen.⁴⁵ Diese Effekte umfassen dabei alle direkten und indirekten Einflüsse des „Bildungskapitals“ des Elternhaushalts.

Hinsichtlich manifester Armut und dauerhaft manifester Armut kann keine weitere Unterscheidung nach der Bildung der Eltern gefunden werden, allerdings ist es eine so spezifische und kleine Gruppe, dass die Fallzahlen hier auch schon zu unzuverlässig für eine weitere Analyse sind. Wiederholte Zahlungsprobleme hängen deutlich mit dem

⁴² Vgl. Statistik Austria 2017b, Tab. 5.4a.

⁴³ Hier gemessen am dichotomen Merkmal, ob die Eltern maximal einen Pflichtschulabschluss hatten oder höher gebildet waren – siehe zuvor.

⁴⁴ Es beträgt für Personen aus bildungsnahem Elternhaushalt 28.344 Euro und für Personen aus bildungsfernem Elternhaushalt 23.735 Euro.

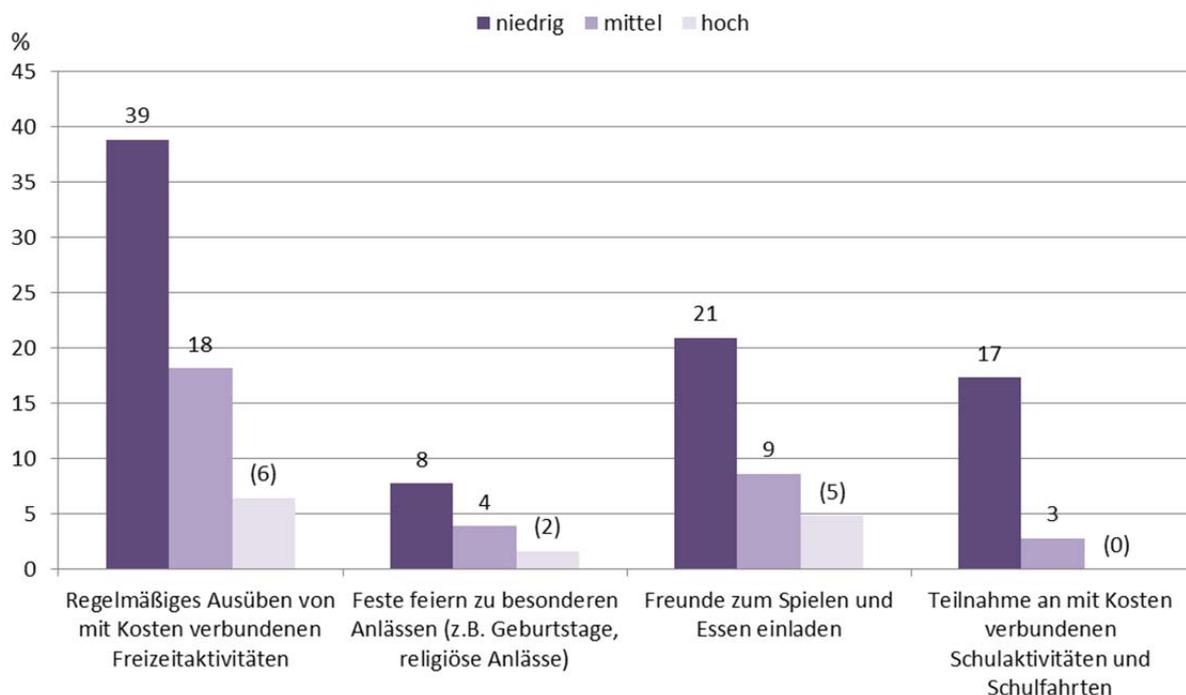
⁴⁵ Der Median des Äquivalenzeinkommens betrug 2016 für Personen aus bildungsfernem Haushalt 23.735 Euro pro Jahr, für Personen aus bildungsnahem Haushalt 28.344 Euro. Die Armutsgefährdungsquote lag bei 16,1 bzw. 12,1%.

Bildungshintergrund zusammen: Bei allen ab 16-Jährigen aus bildungsfernen Haushalten ist mit 4,4% ein größerer Anteil davon betroffen gewesen als aus bildungsnahen Haushalten (3,1%, vgl. Tabelle 6). Nur, wenn man die Gruppe der 26- bis 40-Jährigen betrachtet, erhöht sich das Risiko durch geringe Bildung der Eltern sogar um das Dreifache (von 2,7% auf 8,2%, Tabelle 7).

5.1.1 Lebensstandard von Kindern

Der Lebensstandard von Kindern ist direkt abhängig von der finanziellen Situation des elterlichen Haushaltes. Eine „Vererbung“ von Chancenungleichheiten zeigt sich somit bereits, wenn man die sozialen Aktivitäten betrachtet, die Kindern offen stehen. Die finanzielle Situation des Haushalts ist bestimmend dafür, ob die Teilnahme an bestimmten Freizeitaktivitäten möglich ist, wenn diese mit Kosten verbunden sind. Freizeitaktivitäten bieten gerade für Kinder eine wichtige Möglichkeit zur Erholung, der sozialen Interaktion und Ausbildung von Fähigkeiten und Kompetenzen.

Grafik 39: Nichtteilnahme an Freizeitaktivitäten bei Kindern nach Einkommensgruppe



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. Kinder und Jugendliche von 1 bis 15 Jahren; für die Teilnahme an Schulaktivitäten: Kinder ab 6 Jahren, die eine Schule besuchen. Die angeführten Bedürfnisse sind nicht für jedes Kind im Haushalt verfügbar (Haushalt hat finanzielle Gründe oder will das nicht). Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens – siehe Glossar. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden wird geklammert.

Grafik 39 zeigt die Nichtteilnahme an Freizeitaktivitäten von Kindern nach der Einkommensgruppe. Sind Freizeitaktivitäten mit Kosten verbunden, so konnten 39% aller Kinder in armutsgefährdeten Haushalten nicht daran teilnehmen. Bei Kindern in Haushalten mit mittlerem Haushaltseinkommen waren es mit 18% halb so viele. Auch das Aufrechterhalten sozialer Kontakte war für Kinder aus Haushalten mit niedrigerem

Haushaltseinkommen seltener möglich. So lag der Anteil derjenigen, die keine Freunde zum Spielen und Essen einladen oder keine Feste zu besonderen Anlässen feiern konnten bei Kindern in armutsgefährdeten Haushalten jeweils mindestens doppelt so hoch wie bei nicht-armutsgefährdeten. Die Teilnahme an Schulaktivitäten, die mit Kosten verbunden sind, war für 17% der Kinder in armutsgefährdeten Haushalten nicht möglich. Bei Kindern in Haushalten mit mittlerem Haushaltseinkommen betrug der Anteil nur 3%.

Soziale Ungleichheiten reproduzieren sich damit in der Lebenssituation von Kindern und wirken auf ihren späteren Lebensweg.

5.2 WOHNEN

Für die Wohnindikatoren zeigen sich teils gegenläufige Ergebnisse, was den Zusammenhang mit elterlicher Bildung betrifft (vgl. Tabelle 6 und Tabelle 7). Bei der Wohnkostenüberbelastung und der Belastung durch die Wohnumgebung schneiden Personen aus bildungsfernem Elternhaus sogar etwas besser ab, bei den anderen wohnbezogenen Indikatoren (Überbelag, sehr schlechter Wohnstandard, mehrfache Wohnbelastung) schlechter.

5.3 ERWERBSARBEIT

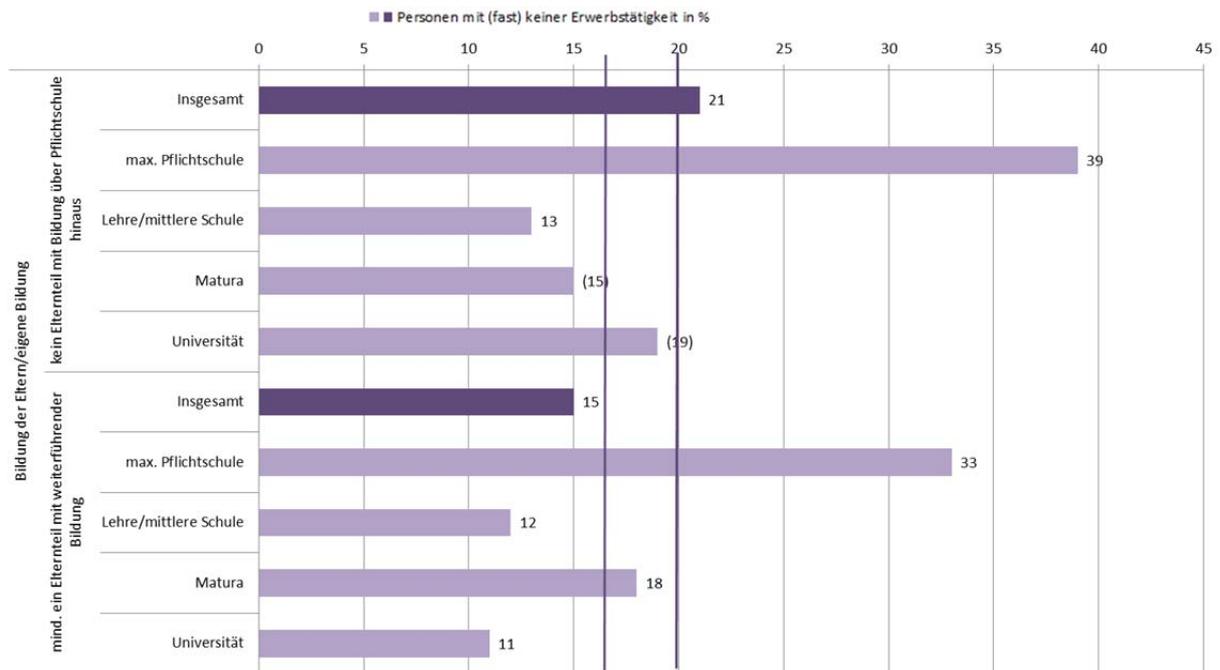
Da Einkommen und Bildungsnähe des Elternhaushalts Bildungsteilnahme und Bildungsverläufe mitbestimmen⁴⁶, ist eine „Weitergabe“ geringer Erwerbs- und Einkommenschancen zwischen den Generationen anzunehmen.

Wie zuvor (in Abschnitt 4.2) beschrieben, tragen gering qualifizierte Personen generell ein höheres Risiko beschäftigungslos zu sein. Neben diesem direkten Bildungseffekt ist darüber hinaus eine Auswirkung der Bildung der Eltern auf die aktuellen Beschäftigungschancen zu sehen (vgl. Grafik 40): Personen, deren Eltern keinen weiterführenden Schulabschluss hatten, waren zu 21% ohne regelmäßige Erwerbstätigkeit, hat mindestens ein Elternteil mehr als Pflichtschulabschluss, betrug diese Quote 15% – unabhängig vom eigenen Bildungsstand.

Der kombinierte Effekt der eigenen und der Elternbildung weist jene, die selbst nur über Pflichtschulabschluss verfügen und deren Eltern auch bereits bildungsfern waren, als besonders gefährdet aus, nicht ausreichend in den Arbeitsmarkt integriert zu sein.

⁴⁶ Siehe Lamei et al (2017), S. 196f. und Abschnitt 4.3.

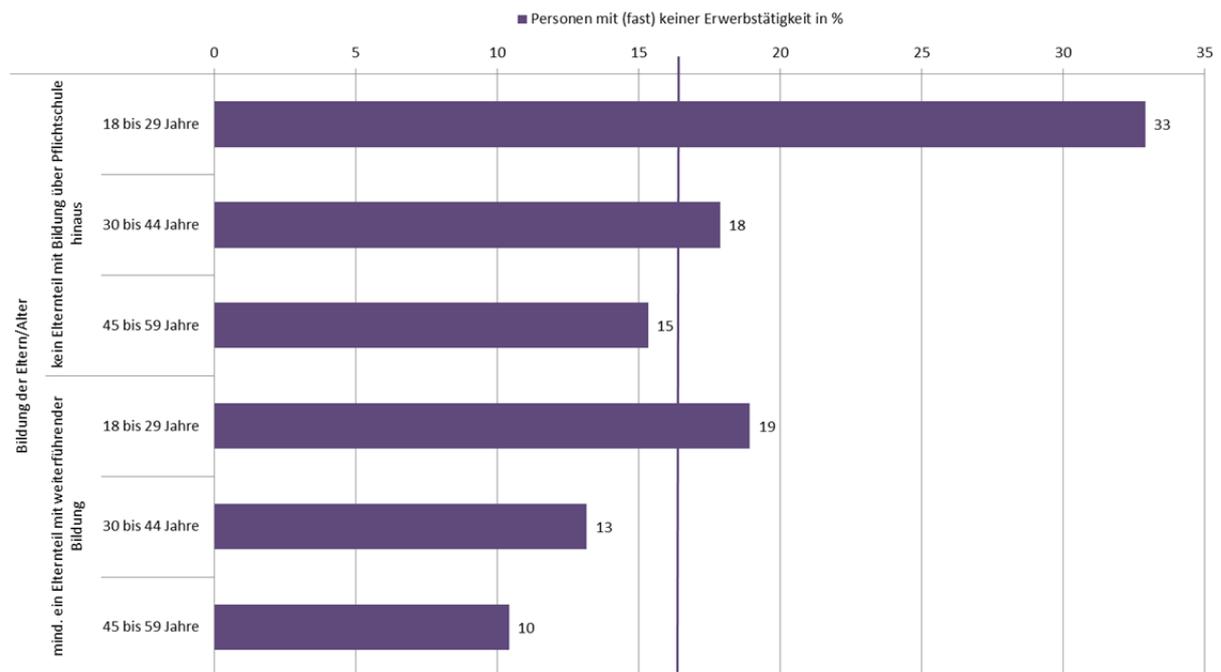
Grafik 40: Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit nach Bildung der Eltern und eigener Bildung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden wird geklammert.

Eine teilweise Erklärung liefert die unterschiedliche Altersstruktur von Personen mit Eltern ohne bzw. mit weiterführendem Abschluss: Da das Bildungsniveau in den vergangenen Jahrzehnten deutlich angestiegen ist, sind diejenigen, deren Eltern nur die Pflichtschule absolviert haben im Durchschnitt um fünf Jahre älter (44 Jahre) als die potentiell Erwerbstätigen, deren Eltern mehr als Pflichtschulabschluss haben (39 Jahre). Allerdings zeigt sich auch bei Berücksichtigung des Alters, dass diejenigen mit gering gebildeten Eltern deutlich häufiger Probleme haben, sich auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen (vgl. Grafik 41).

Grafik 41: Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit nach Bildung der Eltern und Alter

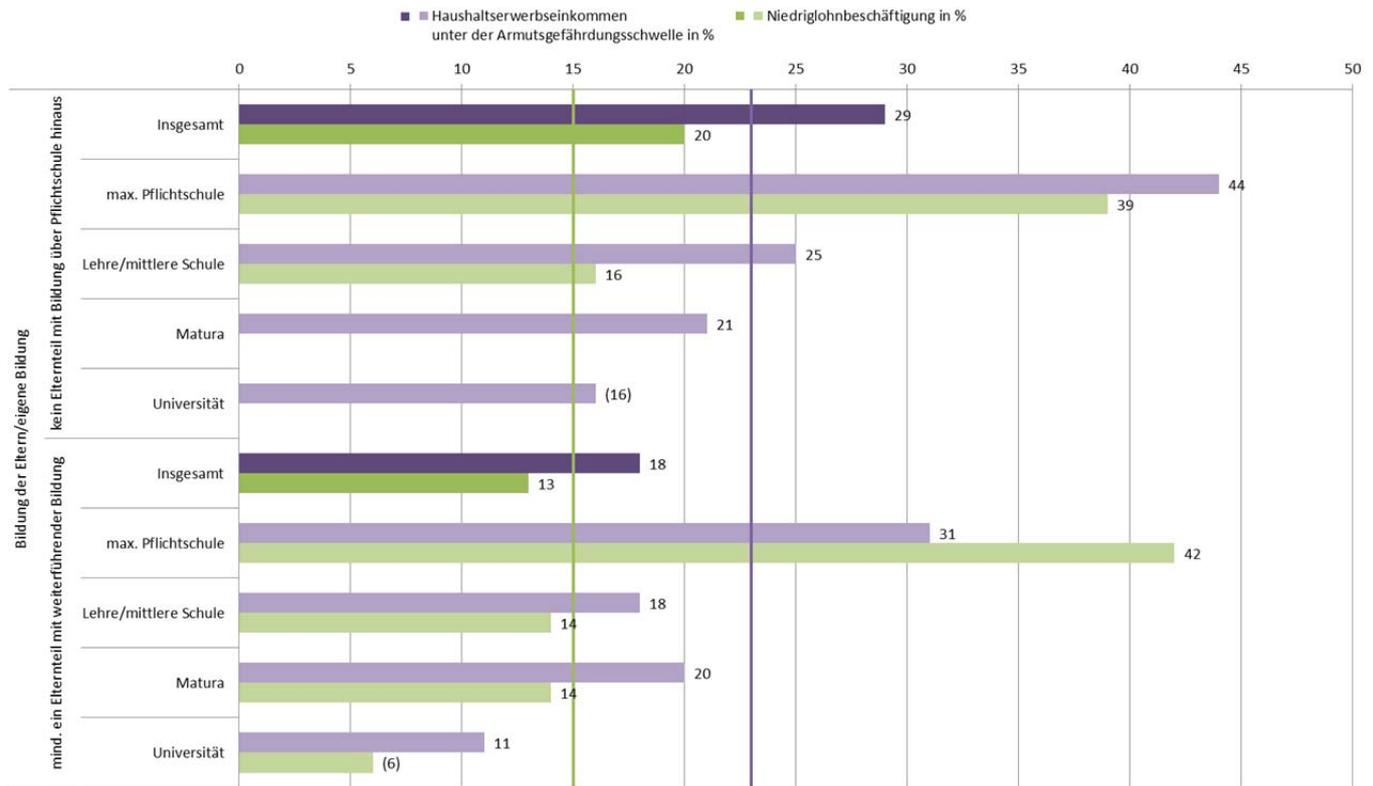


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

In Bezug auf das Haushaltserwerbseinkommen (Grafik 42, lila Balken) zeigt sich wieder, dass sowohl der Bildungshintergrund des elterlichen Haushalts wie auch die eigene Bildung zusammenwirken und vor allem dann eine Benachteiligung entsteht, wenn beide Generationen auf Pflichtschulniveau verblieben: 44% der Pflichtschulabsolventinnen und -absolventen mit bildungsfernen Eltern hatten ein Haushaltserwerbseinkommen unter der Armutgefährdungsschwelle. Für diejenigen, die selbst maximal Pflichtschulabschluss haben aber aus einem bildungsnahen Elternhaus kommen, betrug die Quote hingegen „nur“ 31% – deutlich mehr als für Absolventinnen bzw. Absolventen weiterführender Schulen; der „Vererbungseffekt“ durch die Bildung der Eltern manifestiert sich in um ca. 10 Prozentpunkte erhöhtem Risiko für geringes Einkommen.

Hinsichtlich des Indikators Niedriglohnbeschäftigung (Grafik 42, grüne Balken) finden sich ebenfalls mehr Personen, die Eltern ohne weiterführende Bildung haben, in der Risikogruppe (20% vs. 13%). Wichtiger als die Differenzierung nach der Bildung der Eltern ist hier das eigene Ausbildungsniveau (vgl. auch Abschnitt 4.2.3).

Grafik 42: Indikatoren zum Erwerbsleben nach Bildung der Eltern und eigener Bildung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

Fallzahlen für Personen mit Matura oder Universität, deren Eltern über keinen weiterführenden Abschluss verfügen, sind für den Indikator „Niedriglohnbeschäftigung“ zu gering, daher werden keine Werte ausgewiesen. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden wird geklammert.

Für alle hier betrachteten Indikatoren des Erwerbslebens gilt: Als essentiell für den Ausgleich nachteiliger Startvoraussetzungen – hier in Form von Bildungsnachteilen des Elternhauses – erweist sich die eigene Bildung. Je höher der formale Bildungsstand ist, desto besser ist die Arbeitsmarktbeteiligung, das Erwerbseinkommen im Haushaltskontext und desto seltener gibt es Niedriglohnbeschäftigung. Dennoch muss man anhand der Daten einräumen, dass unabhängig davon ungleiche Einkommenschancen durch die Bildung der Eltern vererbt sind.

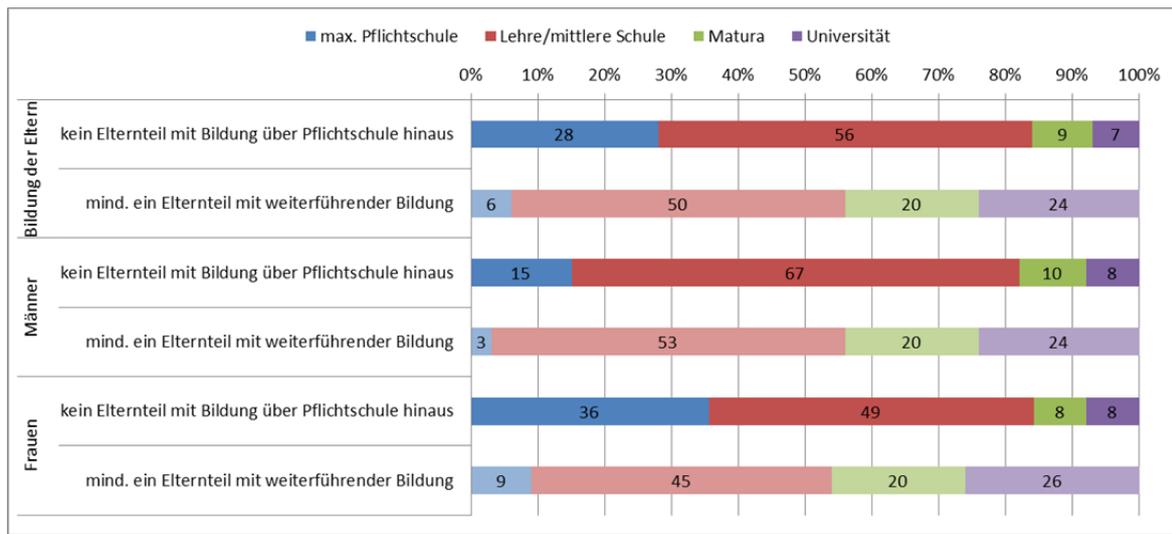
5.4 BILDUNGSSCHANCEN

Die Chance, materielle und finanzielle Nachteile der Kindheit durch höhere Bildung und gut bezahlte Erwerbstätigkeit im Erwachsenenalter zu überwinden, ist die Grundidee hinter dem Schlagwort „soziale Mobilität“. Unter Bildungsmobilität versteht man das Erreichen höherer Abschlüsse auch für Personen aus bildungsarmen Haushalten. Wie in Abschnitt 3.4.1 dargestellt, ist in Österreich von sozial eingeschränkter Bildungsmobilität auszugehen, denn die Differenz zwischen der Pflichtschulquote von 25- bis 59-Jährigen aus bildungsfernen Familien und gleichaltrigen Personen, deren Eltern eine weiterführende Ausbildung absolviert haben, betrug 2016 22 Prozentpunkte. Frauen zeigen sich dabei bei der Entscheidung für eine weiterführenden Schulabschluss stärker von der Bildung ihrer Eltern beeinflusst als Männer (27 vs. 12 Prozentpunkte Unterschied). Als eine Erklärung für diesen

schlechten Wert von Frauen aus bildungsfernen Schichten nennen Altzinger et al. (2013) ihren geringeren Anteil bei den mittleren und Lehrabschlüssen gegenüber den Männern.

Der Unterschied am oberen Ende des Bildungsspektrums betrug 17 Prozentpunkte: Von jenen, deren Eltern selbst keinen weiterführenden Abschluss haben, erlangten 7% einen akademischen Abschluss; hat hingegen mindestens ein Elternteil einen mittleren Abschluss oder mehr, haben 24% ein Studium abgeschlossen (siehe Grafik 43).⁴⁷ Der Effekt ist für Frauen und Männer hier nahezu gleich.

Grafik 43: Bildungsabschlüsse nach Bildung der Eltern und Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

Auch gerade Nicht-Österreicherinnen und Nicht-Österreicher sind von der Vererbung von Bildungsnachteilen betroffen. Anhand der Daten sieht man, dass sich zwischen den Generationen für Personen aus dem „sonstigen (Nicht-EU/EFTA-)Ausland“ kaum Verbesserungen ergeben haben: Mit Eltern ohne weiterführende Bildung verbleiben 64% der schon länger in Österreich lebenden Nicht-EU-/EFTA-Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ebenfalls auf Pflichtschulniveau. Für keine andere Herkunftsgruppe ist die Persistenz der Bildung so hoch. Zum Vergleich: Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, deren Eltern keine weiterführende Bildung haben, sind zu einem Drittel selbst Pflichtschulabsolventinnen und -absolventen.

Wie zuvor diskutiert, ist die ökonomische Position der Eltern ein Faktor, der zum Gelingen einer erfolgreichen Bildungs- und Berufskarriere ihrer Kinder beiträgt (vgl. Abschnitt 4.2 und 4.3). Auch die Bildung der Eltern wirkt nachweislich auf das Risiko zur NEETs-Gruppe zu zählen: Entsprechend sind Jugendliche, deren Eltern keine weiterführende Schule abgeschlossen haben, mehr als doppelt so oft (32%) von Erwerbslosigkeit betroffen bzw. ohne Berufsausbildung wie der Durchschnitt (14%) bzw. wie aus einem bildungsnahen Elternhaus

⁴⁷ Ergebnisse zum Bildungsabschluss der Eltern als wesentlicher Faktor für akademische Karrieren sind der Publikation „Bildung in Zahlen 2015/16“ (Statistik Austria 2017) zu entnehmen und werden hier zusammengefasst: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/112262.html (17.8.2017).

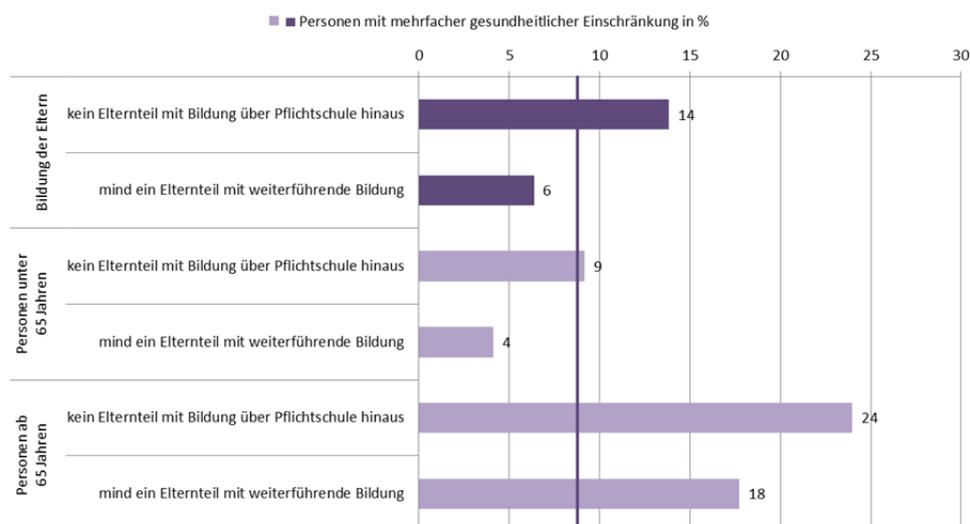
Kommende (12%).

Wenn soziale Mobilität daran gemessen werden soll, welche Bildungskarrieren Kinder gegenüber der Elterngeneration erreichen, ist somit einerseits ein großer Fortschritt durch eine allgemeine Bildungsexpansion gemacht worden⁴⁸, andererseits sind bestimmte Gruppen – wie Migrantinnen und Migranten – deutlich weniger sozial mobil. Insgesamt bedeutet es noch immer mit einer hohen Wahrscheinlichkeit einen Nachteil aus bildungsfernem Elternhaus zu kommen.

5.5 GESUNDHEIT

Gesundheitliche Einschränkungen treten häufiger bei geringer gebildeten Personen auf – auch wenn man die höhere Betroffenheit für ältere Kohorten berücksichtigt, bleibt dieser Effekt bestehen (vgl. bereits Abschnitt 4.4). Nach der Bildung der Eltern zeigen sich ebenfalls Unterschiede (vgl. Grafik 42): Personen, deren Eltern keine über eine Pflichtschule hinausgehende Bildung abgeschlossen hatten, waren mit 14% mehr als doppelt so häufig betroffen wie Personen deren Eltern einen höheren Schulabschluss hatten (6%). Unterscheidet man auch hier die Kohorten der unter und ab 65-Jährigen, ist der Effekt der Elternbildung bei den Jüngeren, die in Summe seltener von mehrfachen gesundheitlichen Einschränkungen betroffen sind, deutlicher (9% bei Eltern ohne und 4% bei jenen mit weiterführendem Abschluss). Für die ab 65-Jährigen beträgt das Risiko mehrfacher Gesundheitseinschränkungen aus bildungsfernen Haushalten 24% und aus höher gebildeten Haushalten 18%.

Grafik 44: Personen mit mehrfacher gesundheitlicher Einschränkung nach Bildung der Eltern und Alter



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

Wiederholt sei hier noch der Hinweis auf die Komplexität des Phänomens: Auch in Bezug auf

⁴⁸ So ist zwischen 1971 und 2015 der Anteil der 25- bis 64-Jährigen mit maximal Pflichtschulabschluss von 58 auf 19% gefallen (http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/bildungsstand_der_bevoelkerung/02_0912.html)

die Bildung der Eltern kann einerseits ein direkter Effekt, wie Weitergabe von Wissen über Gesundheitsverhalten, angenommen werden, andererseits sind indirekte Effekte wie die generelle ökonomische Situation des Elternhaushalts und der Person selbst, die Art des Jobs, Stress und psychische Hintergründe usw. als Faktoren, die Gesundheit beeinflussen, wahrscheinlich.

6. AUSBLICK

Die vorliegenden Analysen in den Abschnitten 4 und 5 zeigen auf einfache, bivariate Art und Weise Zusammenhänge zwischen Sozialvariablen und ökonomischem Status mit verschiedenen Bereichen des Lebens auf. Nicht immer ist dabei die Richtung des Zusammenhangs klar – zum Beispiel kann Bildung die Einkommenssituation beeinflussen wie auch umgekehrt das Einkommen Grundlage für das Verfolgen einer bestimmten Bildungskarriere sein kann. Andererseits sind auch (direkte oder indirekte) Einflüsse anderer Faktoren als der hier untersuchten nicht auszuschließen: Am Beispiel der Bildung muss sicherlich die Erwerbstätigkeit (Erwerbsstatus, berufliche Funktion, Branche etc.) als gewichtige vermittelnde Instanz auf Einkommen angesehen werden. Auch sind die Zusammenhänge in Bezug auf Haushaltseinkommen und für den Haushalt berechnete Maßzahlen komplex, da Personen mit unterschiedlichen Individualmerkmalen dazu beitragen.

Für die Frage der „Vererbung“ ist nach dem direkten Einfluss der Merkmale der Eltern (hier deren Bildung) vs. deren Wirkung als indirekte Faktoren zu unterscheiden. Auch hier ermöglicht eine bivariate Analyse oft nur ein erstes Sichtbarmachen von Zusammenhängen ohne Anspruch auf eindeutiges Erkennen von Kausalitäten oder Stärke von Effekten. Wir haben versucht, diese Umstände möglichst klar zu vermitteln.

Während in Altzinger et al. (2013) eine differenzierte Betrachtung der höchsten abgeschlossenen Schulbildung der Eltern erfolgte und die Wirkung auf Bildung und sozioökonomischen Status der heutigen Generationen untersucht wurde, wurde im vorliegenden Bericht bewusst eine vereinfachte Variante gewählt: Die Trennlinie im Sinne der Wirkung auf die aktuelle Lebenssituation liegt zwischen dem Erreichen ausschließlich eines Pflichtschulabschlusses und allen Bildungsstufen darüber. Dabei ist es, zum Beispiel in der verringernden Wirkung auf das aktuelle Armuts- oder Ausgrenzungsrisiko, scheinbar unerheblich, ob nur ein oder beide Elternteile mehr als Pflichtschule hatten. Auch wurde hier nicht explizit das Bildungsniveau der Väter mit dem der Mütter verglichen⁴⁹.

Fazit des vorliegenden Berichts kann daher sein: Aktuelle Daten bestätigen den Zusammenhang von Merkmalen des Elternhaushalts, der Einkommenssituation und Herkunft mit Chancen(un)gleichheiten in Bezug auf Lebensstandard, Arbeit, Wohnen, Bildung und Gesundheit. Das sind wichtige Anhaltspunkte für weiterführende Analysen. In diesem Sinne sind multivariate Methoden jedoch unerlässlich. Darüber hinaus wäre auch eine differenzierte Betrachtung von Abwärts- und Aufwärtsmobilität für bestimmte Bevölkerungsgruppen ein lohnenswertes Analyseziel.

⁴⁹ Es zeigte sich bei Altzinger et al. (2013) ein etwas stärkerer Effekt der Bildung der Väter auf die Söhne und Töchter als der Mütter. (ebd., S. 55)

7. METHODISCHER ANHANG

7.1 GLOSSAR

Die Definitionen der **Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung** („Eingliederungsindikatoren“) aus Abschnitt 3 sind in den jeweiligen Boxen angeführt.

Armutsgefährdung: Als armutsgefährdet gelten in der EU jene Haushalte, deren Äquivalenzeinkommen unter 60% des Medians aller Äquivalenzeinkommen des Landes liegt. Die **Armutsgefährdungsschwelle** 2016 beträgt für Alleinlebende 14.217 EUR pro Jahr bzw. 1.185 EUR pro Monat. Hinzuzurechnen sind 592 EUR pro Monat für jede weitere Person ab 14 Jahren und 355 EUR pro Monat für jedes Kind unter 14 Jahren im Haushalt.

Bildung der Eltern: Für die Personen ab 16 Jahre wird erfragt, welchen Bildungsabschluss der Vater und die Mutter hatten, als sie selbst 14 Jahre alt waren. Hat ein Elternteil mehr als einen Pflichtschulabschluss wird dies als „mindestens ein Elternteil mit weiterführender Bildung“ bezeichnet, alle übrigen haben „keinen Elternteil mit Bildung über Pflichtschule hinaus“.

Einkommensgruppen: Gemessen am Median des Äquivalenzeinkommens (der Wert, der die Verteilung der gesamten Bevölkerung in zwei gleich große Hälften teilt), das sind für 2016 23.694 EUR pro Jahr:

- Niedrige Einkommen (unter 60% des äquivalisierten Medianeinkommens – 2016 unter 14.217 EUR pro Jahr; entspricht der Gruppe der Armutsgefährdeten)
- Mittlere Einkommen (60% bis <180% des äquivalisierten Medianeinkommens – 2016 zwischen 14.217 und 42.650 EUR pro Jahr)
- Hohe Einkommen (180% und mehr des äquivalisierten Medianeinkommens – 42.650 EUR pro Jahr und mehr).

Erhebliche materielle Deprivation, europäischer Mindestlebensstandard: Über neun Aussagen über die Leistbarkeit von Gütern/Bedürfnissen für den Haushalt festgelegt. Bei Nichtleistbarkeit von mindestens vier dieser neun Merkmale wird eine erhebliche materielle Benachteiligung bzw. Einschränkung aller Personen dieses Haushalts angenommen. Der Haushalt kann sich nicht leisten:

- regelmäßige Zahlungen in den letzten zwölf Monaten rechtzeitig zu begleichen (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohnnebenkosten, Gebühren für Wasser, Müllabfuhr und Kanal, sonstige Rückzahlungsverpflichtungen);
- unerwartete Ausgaben bis zu 1.160 EUR zu finanzieren;
- die Wohnung angemessen warm zu halten;
- jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch (oder entsprechende vegetarische Speisen) zu essen;
- einmal im Jahr eine Woche auf Urlaub zu fahren;

- einen Pkw;
- eine Waschmaschine;
- ein Fernsehgerät;
- ein Festnetztelefon oder Handy.

Europa 2020-Sozialzielgruppe Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung: Personen, auf die mindestens eines der drei folgenden Kriterien zutrifft:

- Armutsgefährdung oder
- keine/sehr niedrige Erwerbsintensität im Haushalt oder
- erhebliche materielle Deprivation.

Gini-Koeffizient: Ein Maß für die ungleiche Verteilung von Einkommen. Er misst Ungleichheit von Einkommen innerhalb einer Population, wobei 0% totale Gleichverteilung bedeutet und 100%, dass ein Mitglied der Population das gesamte Einkommen besitzt.

Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität: Personen bis 59 Jahre, die in einem Haushalt leben, in dem Personen zwischen 18 und 59 Jahren (ausgenommen Studierende) im Laufe eines Jahres insgesamt weniger als 20% der maximal möglichen Erwerbsmonate ausschöpfen. Berücksichtigt werden dabei sowohl die Erwerbsmonate als auch die Wochenstunden.

Staatsbürgerschaft/Herkunft: Die Differenzierung erfolgt nach der Staatsbürgerschaft in Österreich, übrige EU/EFTA (EU-28 außer Österreich, Liechtenstein, Schweiz, Norwegen, Island) und sonstiges Ausland (Personen ohne EU/EFTA-Staatsbürgerschaft). Zusätzlich wird für Nicht-Österreicher nach dem Zuzugsjahr (vor mehr als zehn Jahren vs. innerhalb der letzten zehn Jahre) bzw. danach, ob jemand schon in Österreich geboren wurde, unterschieden.

7.2 DATENGRUNDLAGE

7.2.1 Die Erhebung EU-SILC

Datengrundlage des vorliegenden Beitrags ist die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)⁵⁰, eine jährliche Erhebung bei Privathaushalten, die eine wichtige Grundlage für die Europäische Sozialstatistik bildet. Die Erhebung EU-SILC gibt es in Österreich seit 2003, seit 2004 in der Form eines vierjährigen Rotationspanels. Die rechtliche Grundlage bilden EU-Verordnungen und eine nationale Verordnung des Sozialministeriums, das seit 2008 die von Statistik Austria durchgeführte Erhebung finanziert. Eines der Kernelemente der Erhebung ist die Messung von Armut nach europäischen Vorgaben. Seit dem Jahr 2010 werden zum Monitoring des Sozialziels der Europa 2020-

⁵⁰ European Community Statistics on Income and Living Conditions

Strategie auch die Zahl der von sozialer Ausgrenzung gefährdeten Personen und die zugehörigen Indikatoren ermittelt. Für die Jahre ab 2008 liegt eine einheitliche Zeitreihe vor, die das Monitoring des Europa 2020-Sozialziels ermöglicht. Ergänzend wurde national ein Katalog an Indikatoren entwickelt, der die Entwicklung der Problemlagen von Armut abgestimmt auf die österreichischen Lebensverhältnisse beschreiben soll – auch hier werden die meisten Kennzahlen auf Grundlage von EU-SILC berechnet. Im vorliegenden Bericht werden Ergebnisse für das Erhebungsjahr 2016 (Abschnitt 4) wie auch Zeitvergleiche ab 2008 (Abschnitt 3) präsentiert.⁵¹

Die Stichprobe von EU-SILC 2016 umfasste netto 6.000 Haushalte, in denen 13.049 Personen lebten. Die präsentierten hochgerechneten Ergebnisse sind somit Schätzungen für die Verteilung in der Grundgesamtheit und unterliegen einer Zufallsschwankung. Unterschiede zwischen Untergruppen und Jahren müssen daher mit Rücksicht auf die Schwankungsbreite interpretiert werden.⁵²

7.2.2 Die Erfassung sozialer Mobilität

Nachdem in EU-SILC bereits in den Jahren 2005 und 2011 Fragen zu Bildung und Einkommenssituation im Elternhaushalt mittels europäisch verpflichtender Erhebungsmodule und nationaler Zusatzfragen gestellt wurden und daraus Analysen zu intergenerationaler sozialer Mobilität entstanden sind, wurde der Indikator „Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität“ ins Set der nationalen Indikatoren für soziale Eingliederung aufgenommen. Um diesen aktuell berechnen zu können, wird seit EU-SILC 2015 auf nationale Initiative hin regelmäßig die Bildung der Eltern (jeweils für die Personen in der Ersterhebung) erfragt.

Für 2019 ist auf europäischer Ebene erneut ein Erhebungsmodul in EU-SILC zur sozialen Mobilität geplant⁵³, das dann beginnend mit der neuen Verordnung für EU-SILC alle sechs Jahre wiederholt werden soll.

7.3 BOOSTRAP-FEHLERRECHNUNG

Im Zuge einer Revision der Hochrechnungsmethode für den österreichischen Mikrozensus hat Statistik Austria im Jahr 2015 auch eine neue Methode zur Fehlerrechnung entwickelt.⁵⁴ Für die vorliegende Sonderauswertung über die Entwicklung der nationalen Indikatoren zwischen 2008 und 2016 wurde das Verfahren auf EU-SILC Daten übertragen. Die Fehlerrechnung wird dabei mit Hilfe von Replikationsgewichten aus einem

⁵¹ Zur Methodik siehe die Standarddokumentation (Statistik Austria 2017a). Ergebnisse in tabellarischer Form sind im Tabellenband zu EU-SILC 2016 (Statistik Austria 2017b) nachzulesen.

⁵² Zur Kennzeichnung, dass ein Wert auf Basis einer kleinen Subgruppe in der Stichprobe berechnet wurde, werden Klammern gesetzt: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen von weniger als 20 Fällen beruhen, werden nicht ausgewiesen.

⁵³ Es sei denn, die neue Sozialstatistikverordnung IESS tritt bis dahin wider Erwarten in Kraft.

⁵⁴ http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&dDocName=081240

Bootstrapverfahren durchgeführt. Für jede Person bzw. jeden Haushalt in der Stichprobe gibt es zusätzlich zu den Stichprobengewichten 1.000 Bootstrapgewichte. Der Standardfehler wird auf Basis von diesen Bootstrapreplikationsgewichten geschätzt. Die Berechnung der Bootstrapgewichte erfolgt durch die Ziehung von Bootstrapstichproben. Dabei wird eine Stichprobe der Größe m durch Ziehung mit Zurücklegen aus der ursprünglichen Haushaltsstichprobe derselben Größe ermittelt, sodass jedes Stichprobenelement 0- bis m -Mal vorkommen kann. Die Häufigkeit des Vorkommens r_i^j der Beobachtung i in der j -ten Bootstrapstichprobe multipliziert mit den kalibrierten⁵⁵ Stichprobengewichten w_i der ursprünglichen Stichprobe ergibt die unkalibrierten Bootstrapgewichte $bw_i^{0,j} = r_i^j w_i$. Als nächster Schritt in der Berechnung werden die kalibrierten Bootstrapgewichte bw_i^j berechnet, indem das Kalibrierungsverfahren mit Startwert $bw_i^{0,j}$ durchlaufen wird.

Da es sich bei der Stichprobenziehung von EU-SILC um eine Ziehung ohne Zurücklegen aus einer endlichen Grundgesamtheit handelt, kann nicht einfach das oben beschriebene „naive“ Bootstrap-Verfahren⁵⁶ verwendet werden. Für diese Situation eignet sich das „Rescaled Bootstrap“ Verfahren⁵⁷, wobei der Hauptunterschied zum klassischen Bootstrap darin besteht, dass die Häufigkeit des Vorkommens r_i^j in einer Bootstrapstichprobe nicht mehr ganzzahlig ist.

Zur tatsächlichen Fehlerrechnung wird mit den 1.000 Bootstrapgewichten bw_i^j jeweils der Schätzer $\hat{\theta}$ der zu schätzenden Populationsgröße θ berechnet. Die Standardabweichung dieser 1.000 Schätzungen $\hat{\theta}^j$

$$SE = \sqrt{\frac{\sum_j (\hat{\theta}^j - \bar{\hat{\theta}})^2}{500 - 1}}$$

mit $\bar{\hat{\theta}}$, dem arithmetischen Mittel der Bootstrap Replicates $\hat{\theta}^j$, entspricht dem geschätzten Stichprobenfehler.

7.3.1 Clustering auf Wohnungsebene

Auch die Bootstrapstichproben sind auf Wohnungsebene geclustert, d.h. die Ziehung der Bootstrapstichproben wird auf Wohnungsebene durchgeführt. Dadurch erhalten alle Personen in einer Wohnung dasselbe Bootstrapgewicht.

⁵⁵ Kalibrierung bedeutet, dass die Hochrechnung jeder Replikation stets an dieselbe Randverteilungen gebunden wird. Hier: Alter, Geschlecht, Staatsbürgerschaft, Erwerbsstatus, Bundesland, Haushaltsgröße, und Rechtsform der Wohnung

⁵⁶ Efron, B. / Tibshirani, R. (1993): "An Introduction to the Bootstrap". Chapman & Hall.

⁵⁷ Preston J. (2009): Rescaled bootstrap for stratified multistage sampling. Survey Methodology 35(2) 227-234 bzw. Rao JNK, Wu CFJ. (1993): "Bootstrap inference for sample surveys". Proc Section on Survey Research Methodology (866–871)

7.3.2 Rotation

In jedem Jahr wird nur rund ein Viertel der Stichprobe durch eine neue Zufallsstichprobe ersetzt, für diesen Teil der Stichprobe werden neue Bootstrapstichproben gezogen und damit r_i^j berechnet. Bei den restlichen 3/4 werden diese r_i^j von dem vorhergehenden Jahren beibehalten, sodass auch die Überschneidung der Stichproben bei Schätzung von mehrjährigen Durchschnitten oder Veränderungen im Bootstrapverfahren abgebildet ist.

8. LITERATUR

- Altzinger, W./ Lamei, N./ Rumpfmaier, B./ Schneebaum, A. (2013). [Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich](#). In: Statistische Nachrichten 01/2013, S. 48-62. Wien.
- Bacher, J. (2003). Soziale Ungleichheit und Bildungspartizipation im weiterführenden Schulsystem in Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, S. 3-32.
- Bacher, J. (2005). Bildungsungleichheit und Bildungsbenachteiligung im weiterführenden Schulsystem Österreichs — Eine Sekundäranalyse der PISA2000-Erhebung/Johann Bacher. In: SWS-Rundschau, Jg. 45, S. 37-63.
- Bacher, J./ Braun, J./ Burtscher-Mathis S./ Dlabaja, C./ Lankmayer, T./ Leitgöb, H./ Stadlmayr, M./ Tamesberger, D. (2014). Unterstützung der arbeitsmarktpolitischen Zielgruppe "NEET" In: Sozialpolitische Studienreihe des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Band 17. Wien.
- Bauer, A./ Klapfer, K. (2015). Wohnungslosigkeit in Österreich. Abgestimmte Erwerbsstatistik 2012. Registerbasierte Statistiken. Haushalte, Schnellbericht 10.22. Statistik Austria. Wien.
- Bourdieu, P./ Passeron J.-C. (1970). La reproduction. Eléments pour une Théorie du System d'Enseignement. Paris. - In der deutschen Übersetzung: Bourdieu, P./ Passeron J.-C. (1971). Die Illusion der Chancengleichheit. Stuttgart.
- Biedermann, H./ Weber, Ch./ Herzog-Punzenberger B./ Nagel, A. (2016). Auf die Mitschüler/-innen kommt es an? Schulische Segregation – Effekte der Schul- und Klassenzusammensetzung in der Primarstufe und der Sekundarstufe I. In: Bruneforth, M/ Eder, F./ Krainer, K./ Schreiner, C./ Seel, A./ Spiel, Ch. (Hrsg.). [Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015, Band 2](#). Graz.
- Bundeskanzleramt (2017). Nationales Reformprogramm Österreich. <https://www.bka.gv.at/nationale-reformprogramme-europa-2020> (abgerufen am 11.07.2017).
- Dettmner, S. (2006). Berufliche und private Lebensgestaltung in Paarbeziehungen, Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Doktorin der Philosophie. Berlin, 2006
- Eurofound (2012). Young people and NEETs in Europe: First findings. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Dublin.
- Europäische Kommission (2010). [Europa 2020 - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum](#). KOM(2010) 2020. Brüssel.
- Geisberger, T./ Glaser, Th. (2017). [Gender Pay Gap. Analysen zum Einfluss unterschiedlicher Faktoren auf den geschlechtsspezifischen Lohnunterschied](#). In: Statistische Nachrichten 06/2017, S. 460-471. Wien.

- Heuberger, R. / Zucha, V (2015). [Wohnkosten und Wohnkostenbelastung in EU-SILC](#). In: Statistische Nachrichten 11/2015, S. 879-887. Wien.
- Hertz, T./ Jayasundera, T./ Piraino, P./ Selcuk, S./ Smith, N./ Verashchagina, A. (2007). The inheritance of educational inequality: International comparisons and fifty-year trends. The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy 7, Article 10.
- Hofer, H./ Titelbach, G./ Weichselbaumer, D./ Winter-Ebmer, R. (2013). Diskriminierung von MigrantInnen am österreichischen Arbeitsmarkt. Studie im Auftrag des BMASK. Wien.
- Klimont, J. / Baldaszi, E./ Ihle, P. (2016). Sozio-demographische und sozio-ökonomische Determinanten von Gesundheit: Auswertungen der Daten des Austrian Health Interview Survey (ATHIS 2014) zu Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Statistik Austria im Auftrag von Bundesministerium für Gesundheit und Frauen. Wien.
- Klotz, J./ Asamer, E.-M. (2014). Bildungsbezogene Sterbetafeln 2006/2007 sowie 2011/2012. In: Statistische Nachrichten 03/2014, S. 209-214. Wien.
- Klotz, J./ Till, M. (2015). Sterben Arme früher? Neue Analysepotenziale durch Verknüpfung demographischer Ereignisse mit Befragungsmerkmalen. In: Statistische Nachrichten 10/2015, S. 765-772. Wien.
- Klotz, J./ Göllner, T. (2017). Expertenworkshop zu differenzieller Sterblichkeit. In: Statistische Nachrichten 07/2017, S. 556-560. Wien.
- Krause, K./ Liebig Th. (2011). [The Labour Market Integration of Immigrants and their Children in Austria](#). OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 127, OECD Publishing.
- Lamei, N./ Till, M./ Plate, M./Glaser, T./Heuberger, R./ Kafka, E./ Skina-Tabue, M. (2013). Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2011. BMASK. Wien.
- Lamei, N./ Angel, S./ Heuberger, R./ Oismüller, A./ Glaser, T./ Göttliger, S./Kafka, E./Skina-Tabue, M. (2015a). Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. In: Sozialbericht 2013-2014. Resortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. S. 337-368. BMASK. Wien.
- Lamei, N. / Glaser, T./ Göttliger, S./ Heuberger, R./ Oismüller, A./ Riegler, R./ Greußing, E. (2015b). [Lebensbedingungen in Österreich – ein Blick auf Erwachsene, Kinder und Jugendliche sowie \(Mehrfach-\)Ausgrenzungsgefährdete](#). Studie im Auftrag des BMASK. Wien.
- Lamei, N. et al. (2017). [Lebensbedingungen, Armut und Einkommen in Österreich](#). In: BMASK (2017), S. 179-226. Wien.
- OECD (2008). [Intergenerational Mobility: Does it Offset or Reinforce Income Inequality?](#) In: Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries.

Skina-Tabue, M. (2017). [Soziale und kulturelle Teilhabe. Ergebnisse des EU-SILC Moduls 2015](#). In: Statistische Nachrichten 07/2017, S. 570-577. Wien.

Statistik Austria (2017). [Bildung in Zahlen 2015/16 - Schlüsselindikatoren und Analysen](#). Wien.

Statistik Austria (2017a). [Standarddokumentation zu EU-SILC 2016](#). Wien.

Statistik Austria (2017b). [Tabellenband EU-SILC 2016](#). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien.

Statistik Austria (2017c). Wohnen 2017. Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik. Wien.

Till, M./ Klotz, J./ Zucha, V. (2015). [Eingliederungsindikatoren 2014. Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich](#). Wien.

Till, M. (2005). Assessing the Housing Dimension of Social Inclusion in six European Countries. Innovation: The European Journal of Social Science Research 18/2, S 153-181.

Till, M. (2016). [Eingliederungsindikatoren 2015. Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich](#). Wien.

Till-Tentschert, U./ Till, M. / Glaser, T./Heuberger, R./ Kafka, E./Skina-Tabue, M . (2011). Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. In: Sozialpolitische Studienreihe des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Band 8. Wien.

Ziegleder, D./ Kudlacek, D./ Fischer, T. (2011). Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. Schriftenreihe Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.